



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Ressourcen als Fluch – Der Coltan-Abbau in der
Demokratischen Republik Kongo“

Verfasserin

Verena Karlsböck

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 344 456

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Lehramt UF Englisch und UF Geographie und
Wirtschaftskunde

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. i. R. Dr. Heinz NISSEL

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- Dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt

Wien, September 2013

.....

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Forschungsfragen	6
2. Politische Ökologie	9
2.1. Definition	9
2.2. Geschichte	12
2.2.1. <i>Erstes Auftauchen des Begriffes</i>	12
2.2.2. <i>Mangel einer zusammenhängenden Theorie</i>	13
2.2.3. <i>Erstes Konzept der Politischen Ökologie</i>	14
2.3. Aktuelle Forschungsinteressen der Politischen Ökologie	16
2.3.1. <i>Flitners ökologisches Dreieck</i>	16
2.3.2. <i>Die vier großen Narrative der Politischen Ökologie</i>	16
2.3.3. <i>Die Bedeutung von Macht in politisch-ökologischen Analysen</i>	18
2.4. Die Forschungsansätze der Politischen Ökologie	19
2.4.1. <i>Handlungs- und konfliktorientierte Ansätze</i>	20
2.4.2. <i>Poststrukturalistische und diskursanalytische Ansätze</i>	22
2.4.3. <i>Vulnerabilitäts-Ansatz</i>	23
2.4.4. <i>Environmental-Entitlements-Ansatz</i>	24
2.5. Darstellung der konzeptionellen Bezüge	25
2.6. Terrains of Resistance und Soziale Bewegungen	26
2.6.1. <i>Terrains of Resistance</i>	26
2.6.2. <i>Soziale Bewegungen</i>	27
2.7. Third World Political Ecology	29
2.8. First World Political Ecology	31
2.9. Kritik an der Politischen Ökologie	32
2.10. Zusammenfassung und Ausblick für das nächste Kapitel	32
3. Ressourcen als Fluch	34
3.1. Ressourcen und ihre Konstruktion	34
3.2. Ressourcen als Fluch –sozioökonomische Indikatoren	34
3.2.1. <i>Natürliche Ressourcen und ökonomische Entwicklung</i>	36
3.2.2. <i>Natürliche Ressourcen und Wohlfahrt</i>	41
3.2.3. <i>Ressourcenrenten als Mittel zur Macht</i>	43
3.2.4. <i>Eine mögliche Umkehr des „Ressourcenfluchs“</i>	44
3.2.5. <i>Politische Maßnahmen gegen den „Ressourcenfluch“</i>	44
3.2.6. <i>Zusammenfassung und Ausblick für das nächste Kapitel</i>	45
3.3. Ressourcen als Fluch - bewaffnete Konflikte	46
3.3.1. <i>Ressourcen und Gewalt</i>	46

3.3.2.	<i>Die Ressourcen-Bürgerkriegskorrelation</i>	53
3.3.3.	<i>Die Vorteile von Ressourcen für bewaffnete Gruppen</i>	57
3.3.4.	<i>Miteinbeziehung der Bevölkerung</i>	58
3.3.5.	<i>Verhinderung von Sieg und Frieden</i>	59
3.3.6.	<i>Konfliktresolutionen</i>	60
3.3.7.	<i>Zusammenfassung und Ausblick</i>	61
4.	Die politische und sozioökonomische Lage/	
	Entwicklung der DR Kongo	63
4.1.	Allgemeine Information	63
4.2.	Wirtschaft	64
4.2.1.	<i>Landwirtschaft</i>	64
4.2.2.	<i>Rohstoffe</i>	64
4.2.3.	<i>Wirtschaftsindikatoren</i>	65
4.2.4.	<i>Sozioökonomische Indikatoren</i>	66
4.2.5.	<i>Korruption und Menschenrechtsverletzungen</i>	66
4.2.6.	<i>Unterstützung der Vereinten Nationen für das Regierungsprogramm</i>	68
4.3.	Provinzen Nord-Kivu und Süd-Kivu	68
4.4.	Der politische Werdegang seit 1960	68
4.4.1.	<i>Unabhängigkeit von der belgischen Kolonialherrschaft</i>	69
4.4.2.	<i>Herrschaft unter Joseph-Désiré Mobutu</i>	70
4.4.3.	<i>Bürgerkrieg in Ruanda</i>	77
4.4.4.	<i>Der erste Kongo-Krieg</i>	78
4.4.5.	<i>Herrschaft unter Laurent Désiré Kabila</i>	78
4.4.6.	<i>Der zweite Kongo-Krieg</i>	80
4.4.7.	<i>Herrschaft unter Joseph Kabila</i>	85
4.5.	Zusammenfassung und Ausblick	87
5.	Coltan	89
5.1.	Eigenschaften und Verwendung	89
5.2.	Geschichte von Angebot, Nachfrage und Preis auf dem internationalen Markt von 1960 bis 2010	90
5.3.	Die weltweiten Tantalum- und Coltan-Lagerstätten	94
5.3.1.	<i>Die kongolesischen Coltan-Lagerstätten</i>	97
5.4.	Die Coltan-Wertschöpfungskette	100
5.4.1.	<i>Die Coltan-Produktion in der DR Kongo</i>	101
5.4.2.	<i>Informelle Handelsnetzwerke nach Ruanda</i>	108
5.4.3.	<i>Coltan und ausländische Unternehmen</i>	109

5.5. Coltan und Bürgerkrieg in der DR Kongo	111
5.5.1. <i>Die aktuelle Lage - fortdauernde Anwesenheit von bewaffneten Gruppen</i>	115
5.6. Das Leben der Creuseurs in den Coltan-Minen	117
5.6.1. <i>Arbeitsverhältnisse</i>	118
5.6.2. <i>Schwache politische Mitsprache</i>	119
5.6.3. <i>Gewalt und Gefahr</i>	120
5.6.4. <i>Große freiwillige Beteiligung</i>	120
5.7. Soziale Auswirkungen	121
5.7.1. <i>Aufgabe der Landwirtschaft</i>	121
5.7.2. <i>Abwanderung in Camps und Städte</i>	122
5.7.3. <i>Jugendkriminalität, Prostitution und sinkende Schulbesuch-Raten</i>	122
5.8. Ökologische Auswirkungen	122
5.8.1. <i>Auswirkungen auf die Vegetation</i>	123
5.8.2. <i>Auswirkungen auf die Fauna</i>	123
5.8.3. <i>Umweltverschmutzung</i>	124
5.9. Zusammenfassung	125
6. Zusammenfassung	126
7. Bibliographie	130
8. Abbildungsverzeichnis	136
9. Anhang	137

1. Einleitung und Forschungsfragen

„Nature is a realm deeply shaped through a history of human political and economic transformations [...] ideas about ‘nature’ tell us much about people’s ideas about society” (TAYLOR 1997: 111). Zu diesem Entschluss kam der Kulturkritiker Raymond Williams in seinen Ideen über die Natur und er lehnte auf diese Weise eine strikte Trennung von Natur und Gesellschaft ab. Da die Ideen über die Natur viel über die menschlichen Ideen über die Gesellschaft aussagen, soll laut ihm vielmehr die Komplexität von Gesellschafts-Natur-Prozessen anerkannt werden (vgl. TAYLOR 1997: 111).

Der Gedankengang Raymond Williams‘ spiegelt das Grundgerüst dieser Arbeit wider: den engen und komplexen Zusammenhang von Natur und Gesellschaft anhand eines Problems aufzuzeigen. Es soll herausgearbeitet werden, wie einerseits die Natur, in diesem Fall eine Ressource, soziale, ökonomische und ökologische Auswirkungen auf die Gesellschaft hat und andererseits die politischen, sozialen und ökonomischen Handlungen der Gesellschaft ebenso effektreich auf die Natur sind. Ein Beispiel dafür setzte Coltan. Als interdisziplinäre Forschungsrichtung, welche sich mit problematischen Natur-Gesellschafts-Prozessen beschäftigt, bildet die Politische Ökologie die theoretische Fundierung sowie die methodische Basis für den späteren Hauptfokus dieser Arbeit, den Coltan-Abbau in der Demokratischen Republik Kongo.

Im ersten Kapitel wird das Forschungsfeld mit seinen verschiedenen Forschungsinteressen und Forschungsansätzen bestmöglich dargestellt, wobei dazu unterschiedliche Basisliteratur und Einführungswerke von den Autoren KRINGS (2011), KRINGS und MÜLLER (2001), REUBER (2012), FLITNER (2004) und ROBBINS (2005) herangezogen wurden. Den Forschungsschwerpunkt der Politischen Ökologie bilden einerseits „problematische Mensch-Umwelt-Beziehungen“ (KRINGS 2011: 1097f) und andererseits „Auseinandersetzungen um Natur- und Umweltressourcen“ (REUBER 2012: 143). Zentral in den Untersuchungen ist dabei die Annahme, dass nicht die natürliche Knappheit von Ressourcen an sich Konfliktpotential birgt, sondern der gesellschaftliche Zugang zu Ressourcenmangel führt. Die Untersuchung erfolgt dabei durch eine Verbindung von gesellschaftlichen Denkansätzen und physisch-geographischen Fakten. Während in dem Kapitel zuerst verschiedene Definitionen der Politischen

Ökologie dargelegt werden, fokussiert sich die Arbeit im Weiteren auf ihre Herausbildung und Entstehungsgeschichte und stützt sich dabei hauptsächlich auf BLAIKIE und BROOKFIELDS (1984) Werk *Landdegradation and Society*. Anschließend erfolgt eine Darstellung der handlungsorientierten und poststrukturalistischen Forschungsansätze unter einer Berücksichtigung der nah verwandten *Vulnerabilitäts-* und *Environmental Entitlements-Ansätze*. Die darauffolgende Vertiefung durch BRYANT und BAILEYS (1997) und BRYANTS (1999) *Third World Political Ecology* ist besonders für den Coltan-Abbau im letzten Kapitel von Bedeutung. Zusätzlich finden auch ROUTLEDGES (1996) *Terrains of Resistance* Beachtung, da interessant wird, zu schauen, ob sich auch in Bezug auf den Coltan-Abbau Widerstandsbewegungen bildeten.

Ressourcen kommt in politisch-ökologischen Analysen eine wichtige Bedeutung zu. In Kapitel zweiten Kapitel erfolgt daher zuerst eine Spezifizierung dieser, um später mit einer Herausarbeitung des Zusammenhangs zwischen Ressourcen und sozioökonomischen Indikatoren auf der staatlichen Ebene sowie zwischen Ressourcen und politischen Konflikten fortzufahren. Verwendet wird dazu Literatur von Autoren wie KRINGS und MÜLLER (2001), LE BILLON (2001), AUTY (2006), SACHS und WARNER (2001) sowie ROSS (2004). Einerseits kann der Fluch der Ressourcen bedeuten, dass rohstoffreiche Länder durch die einseitige Orientierung auf den Export in vielen Fällen ein geringes wirtschaftliches Wachstum aufweisen und die Mehrheit der Bevölkerung somit von dem Reichtum natürlicher Ressourcen nicht profitiert. Andererseits kann sich der Fluch der Ressourcen aber auch auf die erhöhte Wahrscheinlichkeit ressourcenreicher Ländern für bewaffnete Konflikte beziehen. So stellt der Kampf um Rohstoffe wie Diamanten, Mineralien, Drogen und Tropenhölzern in vielen Teilen Afrikas eine wichtigere Ursache für Kriege dar als politische und ethnisch-religiöse Spannungen. Ein Grund für die Konflikte ist oftmals „die staatliche Schwäche sowie seine Abhängigkeit von Rohstoffexporten“ (KRINGS und MÜLLER 2001). Mit dem Kriegsausbruch bilden sich in der Folge „Bürgerkriegsökonomien“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 101), in welchen Ressourcen zur Kriegsfinanzierung dienen. Für die Wahrscheinlichkeit eines Krieges haben auch die soziale Konstruktion und die Geographie der Ressourcen Einfluss.

Die Theorie der ersten zwei Kapitel soll als Hintergrund für den letzten Teil der Arbeit, Kapitel drei und vier, dienen, welcher sich zuerst mit der wirtschaftlichen,

politischen und gesellschaftlichen Lage der Demokratischen Republik Kongo und anschließend mit Coltan, seiner Eigenschaften und Verwendung, der Entwicklung der weltweiten Nachfrage des Angebots und des Preises sowie mit der Coltan-Produktion in der DR Kongo und dem Leben in den Coltan-Minen beschäftigt. Die zentralen Forschungsfragen lauten dabei folgendermaßen:

- 1) Welche wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und historischen Bedingungen auf der staatlichen und regionalen/lokalen Handlungsebene führten zum Coltan-Abbau in der DR Kongo?
- 2) Von wem wird Coltan nachgefragt und welche globalen Ereignisse und breiteren ökonomischen Kräfte hatten einen Einfluss auf den Coltan-Abbau in der DR Kongo?
- 3) Wo befinden sich die kongolesischen Coltan-Lagerstätten und wie sieht die Coltan-Produktion aus?
- 4) Von wem wird Coltan in der DR Kongo abgebaut?
- 5) Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Coltan und Bürgerkrieg?
- 6) Welche sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen hat der Coltan-Abbau?

Unter Beachtung der breiteren ökonomischen, sozialen, politischen und historischen Umstände soll mit Hilfe dieser Forschungsfragen herausgearbeitet werden, wie sich der in der Theorie beschriebene „Fluch der Ressourcen“ in Bezug auf Coltan in der DR Kongo sozial, ökologisch und ökonomisch auswirkt und welche Rolle das Erz im Krieg spielte.

Dabei handelt es sich bei dieser Arbeit um eine Sekundärliteraturanalyse und dies schließt ein, dass keine Primärdaten gesammelt werden, sondern stattdessen bereits in Bezug auf das Thema existierende Literatur herangezogen und analysiert wird.

2. Politische Ökologie

2.1. Definition

Das Ziel der Politischen Ökologie ist ein Verständnis für die komplexen Verbindungen von „Natur und Gesellschaft“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 93) zu schaffen, wobei der Untersuchungsschwerpunkt dabei auf „problematische Mensch - Umwelt - Beziehungen“ (KRINGS 2011: 1097f) und auf „Auseinandersetzungen um Natur- und Umweltressourcen“ (REUBER 2012: 143) gelegt wird. Neben einer sorgfältigen Analyse des Zugangs zu und der Kontrolle über Ressourcen erfolgt eine Untersuchung der Umweltveränderungen und Umweltkonflikte in meist weniger entwickelten Ländern in Bezug auf ihr „Ausmaß, Ursachen und ihren Prozesszustand“ (KRINGS 2011: 1098) und ihre Auswirkungen auf die Umweltgesundheit (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 93; KRINGS 2011: 1097f; REUBER 2012: 143; PEET und WATTS 2004: 4).

Als relativ junge und interdisziplinär ausgerichtete Forschungsrichtung stellt die Politische Ökologie ein breit gefächertes Feld dar, welches sich weniger durch eine „kohärente Theorie“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 93) als vielmehr „durch gemeinsame Hypothesen und Problemformulierungen“ (KRINGS 2011: 1099) auszeichnet. Sie ermöglicht eine „gesellschaftswissenschaftliche Herangehensweise an einen Gegenstand“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 93), der lange zu den Naturwissenschaften gehörte und naturdeterministisch aufgefasst wurde. Nicht physisch-geographische Messdaten dienen zur Erklärung von Konflikten, sondern im Mittelpunkt stehen die sozialen Ungleichheiten zwischen den einzelnen Umweltakteuren der Gesellschaft. Zentral in politisch-ökologischen Thesen ist dabei, dass gesellschaftliche Konflikte um Rohstoffe nicht durch eine „Begrenztheit natürlicher Ressourcen“ (KRINGS 2011: 1099) per se, sondern auf Grund des gesellschaftlichen Zugangs und der daraus resultierenden „gesellschaftsbedingten Knappheit“ (ebd.: 1099) entstehen. Eine große Bedeutung erhalten Wissenssysteme sowie gesellschaftliche und institutionelle Zugriffsregelungen (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 93; 95; KRINGS 2011: 1097ff; BRYANT und BAILEY 1997: 25).

Politische Ökologen politisieren die Umwelt, wobei ihrer Annahme im Speziellen der Umweltveränderung, dem Umweltdiskurs und der Sozialnatur in

Entwicklungsländern ein politischer Prozess zugrunde liegt (vgl. BRYANT 1999: 151). Für sie stellt die Umwelt zum einen ein „gesellschaftliches Konstrukt“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 95), in welchem die Gesellschaft bestimmt, was als Natur erachtet und geschützt werden muss, und zum anderen „ein Schlachtfeld divergierender Interessen“ (KRINGS 2011: 1099), auf welchem um „Macht, Verfügungsrechte und Einfluss“ (ebd.: 1100) gerungen wird, dar. „Umweltkonflikte, Verteilungs- und Machtkämpfe“ (ebd.: 1100) ergeben sich aus den Interaktionen zwischen von unterschiedlichen Machtverhältnissen geprägten Akteuren und Akteurinnen. Dafür sind das Zusammenspiel von „politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Handlungen auf lokaler, nationalstaatlicher und international-globaler Ebene“ (KRINGS 2011: 1098) sowie die historische Dimension bedeutend. Zentral ist daher, dass Umweltkonflikte nicht in Isolierung dieser breiteren ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und historischen Kontexte gesehen werden (vgl. BRYANT 1999: 151f; KRINGS 2011: 1098ff; KRINGS und MÜLLER 2001: 95; BRYANT und BAILEY 1997: 25).

Für politische Ökologen und Ökologinnen ergibt sich in Bezug auf die gesellschaftliche Konstruktion der Natur zuerst die Fragestellung, „wessen Wahrnehmungs- und Wissenssystem herangezogen und reproduziert wird“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 95) und danach gewinnen im handlungsorientierten Ansatz die verschiedenen Akteursinteressen sowie ihre Durchsetzungsstrategien an Bedeutung (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 95). Zudem erfolgt eine Untersuchung jener Politik, welche den Zugang zu einer Vielfalt von natürlichen Ressourcen umgibt. Da politische und ökonomische Eliten kommunale und andere Ressourcen einnehmen, erhält die ungleiche Durchdringung des Kapitalismus eine besondere Aufmerksamkeit und so wird in den Analyse-Ergebnissen oftmals ein Prozess des offenen oder versteckten Widerstands der Schwachen gegenüber den Starken offenbart (vgl. BRYANT 1999: 151f; KRINGS 2011: 1098ff; KRINGS und MÜLLER 2001: 95).

Eine erste Definition der Politischen Ökologie gaben BLAIKIE und BROOKFIELD (1987: 17) und für sie stellt diese eine Verbindung der „Ökologie mit einer breiter definierten politischen Ökonomie“ (1987: 17) dar. Da Wirtschaftsakteure und -akteurinnen zugleich auch Umweltakteure und –akteurinnen sind und somit einen wesentlichen Einfluss auf die Ökologie haben, wurde die politische Ökonomie zur Erklärung von Umweltveränderungen herangezogen. Die Hauptursachen für

Umweltprobleme waren sozialer Natur und daher mussten Probleme in ihrem sozialen, politischen und ökonomischen Kontext betrachtet werden (vgl. PEET und WATTS 2004: 7). Eine Betonung liegt dabei auf der sich ständig ändernden Dialektik zwischen „natürlichen Ressourcen, den Kräften des Weltmarkts und zwischen sozialen Gruppen und Klassen einer Gesellschaft“ (KRINGS 2011: 1099) (vgl. BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 17; PEET und WATTS 2004: 7; KRINGS 2011: 1099).

PEET und WATTS (1996: 6; 38f) erweiterten dieses Konzept und für sie ist die Politische Ökologie eine Vereinigung der ökologisch verwurzelten Sozialwissenschaften mit den Prinzipien einer politischen Ökonomie. Sie befasst sich mit Bewegungen, welche durch Spannungen und Widersprüche von Unterproduktionskrisen entstehen. Zudem erfolgt eine Ausweitung der Umweltanliegen auf soziale Gerechtigkeit und auf „Livelihood-Entitlements“ (PEET und WATTS 1996: 38), welche dabei effektive und konkrete Verfügungsrechte über ökologische Ressourcen darstellen (vgl. PEET und WATTS 1996: 6; 38f in ROBBINS 2005: 15).

Für BRYANT und BAILEY (1997: 28f) sind Umweltveränderungen und ökologische Umstände ein Produkt von politischen Prozessen. Somit wird die Politisierung der Umwelt betont. Eine politisch-ökologische Untersuchung beachtet daher die breiteren politischen und ökonomischen Kontexte. Zudem konzentriert sie sich auf die politischen Quellen, Umstände und Auswirkungen, welche Einfluss auf die sozioökonomischen Ungleichheiten haben. Das Wichtigste ist dabei die Ressourcen-Politik auf der lokalen Ebene, wobei ein Fokus auf die primäre Warenproduktion und ihr Management oder Missmanagement unter den auftauchenden Marktkräften gelegt wird. Hier wird erforscht, wie Einheimische auf die lokale oder regionale Konservierungs-Politik antworten, wie Produzenten sich den Marktveränderungen und der staatlichen Politik anpassen oder wie Männer und Frauen über die Neudefinierung des Haushaltes kämpfen. In der Politik des alltäglichen Lebens werden Erklärungen des ökologischen und sozialen Wandels gegeben (vgl. BRYANT und BAILEY 1997: 28f in ROBBINS 2005: 15).

GREENBERG und PARK (1994: 1) beschreiben die Politische Ökologie als eine Synthese von politischer Ökonomie und ökologischer Analyse. Macht wird mit produktiver Aktivität und der ökologischen Analyse mit ihrer weiteren Vision von

Bio-Umwelt-Verhältnissen verbunden (GREENBERG und PARK 1994: 1 in ROBBINS 2005: 15).

2.2. Geschichte

2.2.1. Erstes Auftauchen des Begriffes

Die Bedeutung der Politischen Ökologie änderte sich im Laufe der Geschichte. Das Englische *Political Ecology* tauchte erstmals in den 1950er und 1960er Jahren in der Wahlsoziologie und im Bereich der internationalen Politik auf, ohne dabei eine richtige Schule zu bilden. Als in den 1970er Jahren die Umweltfrage an Bedeutung gewann, erschienen die Begriffe ‚Politik‘ und ‚Ökologie‘ erstmals als Paar miteinander. Zu dieser Zeit entstand die Politische Ökologie als neues, interdisziplinäres Forschungsfeld und stellte „eine Schnittstelle zwischen den Naturwissenschaften und den Politik- und Sozialwissenschaften“ (KRINGS 2011: 1097) dar. Sie beschäftigte sich mit Fragen über den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen und trug somit zu einem Verständnis von Formen und Geographien von Störung und Degradation bei. Vor allem der Journalist Alexander COCKBURN, der Anthropologe Eric WOLF sowie der Umweltforscher Graham BEAKHURST prägten den Begriff am Anfang. Mit einer Betonung auf die Politik und die politische Ökonomie distanzieren sie sich von Denkrichtungen der „apolitischen Ökologie“ (KRINGS 2011: 1098), welche die Technologie, „das ungebremste Bevölkerungswachstum, die Kultur, das schlechte Landmanagement und die Landnutzungsweisen“ (ebd.: 1098) sowie „verzerrte Märkte“ (ebd.: 1098) als Ursachen für Umweltkrisen und für die Verknappung von Rohstoffen sahen. Zudem trug die Kritik an systemischen Erklärungsmodellen, welche zur Berechnung der Tragfähigkeiten bestimmter Gebietseinheiten demographische, ökologische und ökonomische Parameter miteinbeziehen, zur Herausbildung der Politischen Ökologie bei (vgl. KRINGS 2011: 1098; PEET und WATTS 2004: 6).

Ausschlaggebend für die konkrete Entstehung der Politischen Ökologie waren zwei miteinander verbundene Quellen. Die eine war die Bauernstudien, „peasant-studies“ (SHANIN 1970 in PEET und WATTS 2004: 8), in welchen Fragen von Ausbeutung und sozialer Differenzierung sowie die Rolle des Marktes in der Dritten Welt angesprochen wurden. Die andere war das Wachstum des Marxismus während der 1960er und 1970er Jahre. So forderten die Welt-System-Theorie, die Dependenztheorie und der strukturelle Marxismus zu dieser Zeit die

kulturelle Ökologie und die ökologische Anthropologie heraus. Dennoch lag der Untersuchungsschwerpunkt der Politischen Ökologie nicht auf isolierten Gemeinschaften oder Subsistenz-Communities, die in Harmonie mit ihrer physischen Umwelt lebten, sondern auf Bauern-Gemeinschaften, welche durch die Anwesenheit von Märkten, sozialen Ungleichheiten, Konflikten und Formen von sozialer und kultureller Desintegration geprägt waren und in das moderne Weltsystem eingebunden werden sollten (vgl. PEET und WATTS 2004: 8f).

Außerdem bewirkten nach 1945 vor allem die kulturelle Evolution (und somit das darwinistische und evolutionäre Denken), die neuen Wissenschaften der Eco-Systeme und Kybernetik und die Konsequenzen des Kalten Krieges und der Atombombe eine Vereinigung von Ökologie und politischer Ökonomie. Die kulturelle Evolution und der kulturelle Materialismus boten den darwinistischen Rahmen um über die historische Veränderung, die Muster des Ressourcengebrauchs und die menschliche Adaption von verschiedenen Umwelten nachzudenken. Die Eco-Systeme und Kybernetik stellten Konzepte vor, wie über die Rolle der Menschen in lebenden Systemen reflektiert werden konnte. Das nukleare Zeitalter wiederum gab Aufschluss über die menschlichen Antworten auf Risiken und Katastrophen. Obwohl sich die drei Ansätze in ihrem theoretischen Ansatz und ihrem Schwerpunkt unterschieden, bildeten sie miteinander die Grundlage für die Entstehung der Politischen Ökologie (vgl. PEET und WATTS 2004: 7f).

2.2.2. Mangel einer zusammenhängenden Theorie

Von Beginn an mangelte es der Politischen Ökologie an einer zusammenhängenden Theorie, da die Bedeutung von Ökologie, politischer Ökonomie und Politik oft in Frage gestellt wurde. So gab es bereits von der politischen Ökonomie eine Vielzahl von unterschiedlichen Definitionen. Bei WATTS (1983b) bezog sie sich auf eine marxistische Vision von der Produktion und stellte ein Feld von Möglichkeiten und Beschränkungen dar (vgl. PEET und WATTS 2004: 9). Eine „weit definierte politische Ökonomie“ (BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 21) beschäftigte sich bei BLAIKIE und BROOKFIELD (1987: 21) mit den Effekten auf „Leute, und auf ihre produktiven Aktivitäten sowie auf die fortlaufenden Veränderungen innerhalb der Gesellschaft auf lokaler und globaler Ebene“ (BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 21 in PEET und WATTS 2004: 9). Die politische

Ökonomie wurde aber auch als ein Synonym für „ökonomische Verteilungskonflikte“ (ALIER und GUHA 1998: 31 in PEET und WATTS 2004: 9) verwendet (vgl. KRINGS 2011: 1099; PEET und WATTS 2004: 9).

2.2.3. Erstes Konzept der Politischen Ökologie

Das bisherige Konzept der Politischen Ökologie wurde Ende der 1980er Jahre erstmals durch BLAIKIE und BROOKFIELDS (1987) Werk erweitert, wobei es bereits große Ähnlichkeiten zum aktuellen Forschungskonzept aufwies und daher als Exemplar dient (vgl. PEET und WATTS 2004: 9). Erstmals wurden kausale Verbindungen zwischen der Logik des kapitalistischen Wachstums und den spezifischen Ergebnissen auf die Umwelt hergestellt. Eine Konzentration erfolgte dabei auf die Theoretisierung der politischen Ökonomie und der Umwelt auf verschiedenen Ebenen und es wurde versucht eine Verbindung von Natur und Gesellschaft herzustellen (vgl. PEET und WATTS 2004: 9; 13).

Erstens besagt das verfeinerte Konzept der Marginalisierung, dass sich politische, ökologische und ökonomische Aspekte gegenseitig verstärken. So ist „die Landdegradation sowohl ein Ergebnis als auch eine Ursache von sozialer Marginalisierung“ (BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 23). Zweitens herrscht das Konzept vom Druck der Produktion auf die Ressourcen vor. Jener Druck der Produktion wird über soziale Verbindungen übertragen und dadurch werden der Umwelt exzessive Forderungen aufgezwungen. Drittens gibt es das Konzept des pluralistischen Ansatzes. Umweltdebatten sind in Bezug auf ihre historische Tiefe unzulänglich und dies führte zu einer Kette von pluralistischen Ansätzen. So müssen „vielfältige Auffassungen und vielfältige Definitionen... als auch vielfältige Rationalitäten“ (BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 23 in PEET und WATTS 2004: 10) akzeptiert werden, wobei angenommen wurde, dass der Gewinn einer Person die Gifthalde einer anderen ist (vgl. BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 23 in PEET und WATTS 2004: 10).

Drei weitere Annahmen waren aus Sicht von BLAIKIE und BROOKFIELD (1987: 48) für die Politische Ökologie bedeutend. Die Erste ist „die interaktive, sich widersprechende und dialektische“ (ebd.: 48) und besagt, dass die Gesellschaft und landgebundene Ressourcen gegenseitig einen Einfluss aufeinander haben. Schlechtes Management und Umweltdegradation bewirken Armut, wobei diese durch die beiden aber auch noch verstärkt wird (vgl. BLAIKIE und BROOKFIELD 1987:

48). Zweitens argumentieren die Autoren für eine räumliche und regionale Berücksichtigung der Degradation und so erfolgt eine Verbindung von lokalen Entscheidungsträgern und räumlichen Variationen über eine „Kette von verschiedenen Erklärungen“ (ebd.: 46), bei welchen die Studien auf verschiedene regionale Skalen abzielen und unter ebenso vielschichtigen Analysen zusammengefasst werden. Drittens wird das Land-Management durch „externe Strukturen“ (ebd.: 18) wie dem Staat, dem Zentrum-Peripherie-Modell und fast jedem Element der Weltökonomie beeinflusst (vgl. BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 48 in PEET und WATTS 2004: 9).

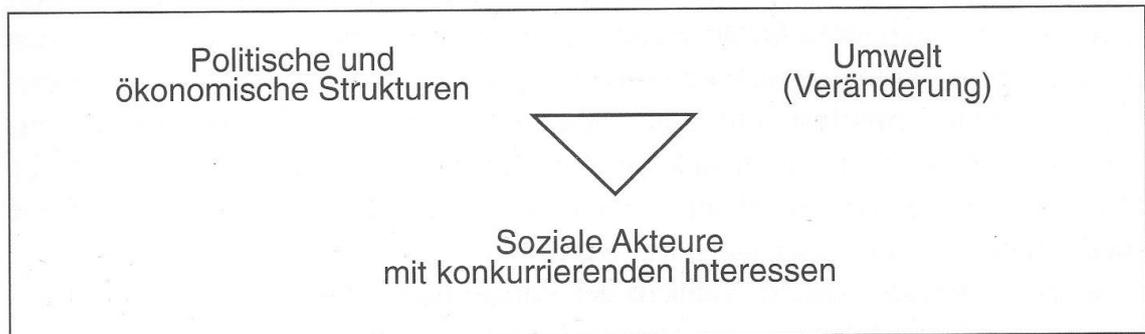
Erstmals konnten Fragen über den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen in die Humanökologie integriert werden. Innerhalb der Politischen Ökologie erwiesen sich die Bemühungen die politische Aktion – ob im Alltagswiderstand, in BürgerInnenbewegungen oder in organisierten Parteienpolitiken – mit Fragen des Ressourcenzugangs und der Kontrolle zu verbinden als besonders fruchtbar. Auch die „feministische Politische Ökologie“ (PEET und WATTS 2004: 13) entwickelte sich vor diesem Hintergrund und diese untersucht, wie man in Gender-Rollen, Gender-Wissen und Gender-Praktiken Umweltanliegen finden konnte (vgl. PEET und WATTS 2004: 10; 13).

Dennoch bildeten sich auch Kritiken in Bezug auf BLAIKIE und BROOKFIELDS Werk. Die erste entstand bezüglich ihrer starken Schwerpunktlegung auf die Armut als Hauptursache für die Degradation. Dies war mit einer Voreingenommenheit über die rurale, agrarische und Dritte Welt verbunden, da Armut nur ein Teilaspekt und eine annähernde Ursache der Umweltdegradation ist. Weitere Aspekte, die keine Berücksichtigung fanden, sind die Arbeitsgesundheit und Sicherheit, Klasseninteressen, der Sozialkampf, die Luftverschmutzung, der Verfall von Dritte-Welt-Staaten sowie die Restrukturierung des Kapitalismus. Eine zweite Kritik bezog sich auf die unscharfe und diffuse Definition der politischen Ökonomie, da die Pluralität dem Voluntarismus gefährlich nahe kommt. Mit der Pluralität war „fast jedes Element in der Weltökonomie“ (BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 68 in PEET und WATTS 2004: 12) gemeint. Keinen Versuch gab es dabei zu erklären, wie manche Faktoren zu Ursachen wurden (vgl. BLAIKIE und BROOKFIELD 1987: 68 in PEET und WATTS 2004: 11f).

2.3. Aktuelle Forschungsinteressen der Politischen Ökologie

2.3.1. Flitners ökologisches Dreieck

Um die Forschungsinteressen der gegenwärtigen Politischen Ökologie darzustellen, schlägt FLITNER (2004: 223) das „ökologische Dreieck“ (ebd.: 223) vor und nimmt damit eine Spezifizierung der Eckpunkte „Umwelt, Gesellschaft und Individuum“ (ebd.: 223) vor (vgl. ebd.: 223).



12.3 „Politisch-ökologisches Dreieck“

Abb.1.: Politisch-ökologisches Dreieck (Quelle: FLITNER 2004: 223)

In dem ökologischen Dreieck wird die Umwelt unter dem Blickwinkel von „Konflikten und Veränderungen“ (FLITNER 2004: 223) betrachtet, während die Gesellschaft ein „Ensemble aus politischen und ökonomischen Strukturen und Prozessen“ (ebd.: 223) bildet und den Platz von Individuen die „konkurrierenden Interessen und die daraus resultierenden Ansprüche sozialer Akteure“ (ebd.: 223) einnehmen. Das Schema ist dennoch vereinfacht und soll mit Vorsicht genossen werden, da die Veränderungen an den Polen einen unterschiedlichen Status besitzen. Besonders bei der Ecke der „sozialen Akteure“ (ebd.: 223) sind die theoretischen Konsequenzen beträchtlich, zumal es sich hier um „kollektive Akteure, Bewohner einer Region, Umweltgruppen, Firmens, staatliche Organe, usw.“ (ebd.: 223) handelt und diese durch gegensätzliche Interessen charakterisiert sind (vgl. FLITNER 2004: 223).

2.3.2. Die vier großen Narrative der Politischen Ökologie

Politische Ökologen und Ökologinnen haben ein gemeinsames Interesse an vier generellen Thesen: der Degradations- und Marginalisierungsthese, der Umweltkonfliktthese, der Konservierungs- und Kontrollthese und der

Umweltidentitäts- und Sozialbewegungsthese und sie legen den Schwerpunkt ihrer Untersuchungen auf eine von diesen (vgl. ROBBINS 2005: 22).

2.3.2.1. Degradations- und Marginalisierungsthese

Die Degradations- und Marginalisierungsthese besagt, dass ein Wandel von umweltschädigenden lokalen Produktionssystemen zur Ausbeutung von natürlichen Ressourcen erfolgt. Ob dies passiert, hängt von der Staatsintervention und von der wachsenden Integration in den regionalen oder globalen Markt ab. Meist resultiert dies jedoch in einer wachsenden Armut und einer zunehmenden Über-Ausbeutung der Ressourcen (vgl. ROBBINS 2005: 15).

2.3.2.2. Umweltkonfliktthese

Die Ressourcen-Abgrenzung und die Ressourcen-Inbesitznahme durch Staatsautoritäten, private Firmen oder soziale Eliten verursacht eine steigende Knappheit und dies erhöht die Wahrscheinlichkeit für Konflikte zwischen Gruppen von verschiedener Klasse, Gender und Ethnizität. So werden Umweltprobleme „sozialisiert“ (ROBBINS 2005: 15), wenn sich lokale Gruppen unterschiedlicher Gender, Klasse und Ethnizität die Kontrolle über kollektive Ressourcen sichern (vgl. ROBBINS 2005: 15).

2.3.2.3. Konservierungs- und Kontrollthese

Da lokalen ProduzentInnen sowie ProduzentInnengruppen auf Grund von Bemühungen um „Nachhaltigkeit“ (ROBBINS 2005: 15), „Gemeinschaft“ (ebd.: 15) oder „Natur“ (ebd.: 15) die Kontrolle über Ressourcen und Landschaften entrissen wird, behindern die lokalen Systeme von Lebensunterhalt, Produktion oder sozio-politischer Organisation die von OffizierInnen und globalen Interessen vorangetriebene „Umweltbewahrung“ (ebd.: 15) (vgl. ROBBINS 2005: 15).

2.3.2.4. Umweltidentitäts- und Sozialbewegungs-These

Veränderungen im Umweltmanagementregime und bei den Umweltkonditionen schufen für lokale Gruppen Möglichkeiten, um sich selbst politisch zu sichern und darzustellen. Durch die Verbindung von Gruppen unterschiedlicher Klasse, Ethnizität und Gender entstand eine neue Form von politischer Aktion. Zudem wurden auf Grund lokaler und sozialer Umweltumstände und Aktionen anders mächtige politische und ökonomische Kräfte begrenzt, verändert oder abgestumpft (vgl. ROBBINS 2005: 15).

2.3.3. Die Bedeutung von Macht in politisch-ökologischen Analysen

Da die physische Umwelt immer als ein Ausdruck unterschiedlicher Machtverbindungen zwischen verschiedenen Akteuren und Akteurinnen gesehen werden kann, erhält die Macht trotz der schweren Fassbarkeit ihres Konzeptes in der politisch-ökologischen Analyse eine große Bedeutung. „Machtverhältnisse und Aushandlungsprozesse“ (REUBER 2012: 143) sind bei der Inanspruchnahme von Ressourcen zentral. Aufgabe dabei ist herauszufinden, wie Macht verhandelt und gehandhabt wird und dabei wird ein Augenmerk auf die ungleichen Verbindungen, welche verschiedene Akteure und Akteurinnen mit sich bringen und wie sie damit umgehen, gelegt (vgl. BRYANT 1997: 16). Gesellschaftliche Formen von Abhängigkeit, Armut, Marginalität und Verwundbarkeit können Konflikte bewirken. Zudem stellt die Umweltveränderung oftmals eine Wohlstandskreation für die einen und eine Verarmung für die anderen dar (vgl. BRYANT 1997: 15f; KRINGS 2011: 1103; KRINGS und MÜLLER 2001: 98; REUBER 2012: 143f).

Die Politische Ökologie stellt daher die Fragen:

- über welche verschiedenen Wege ein Akteur/ eine Akteurin Kontrolle über die Umwelt von anderen erhält
- wie sich Machtverhältnisse in der physischen Umwelt niederschlagen
- warum schwächere Akteure und Akteurinnen fähig sind, sich den mächtigeren zu widersetzen (vgl. BRYANT 1997: 11)

Akteure und Akteurinnen schlagen unterschiedliche Wege ein, um die Kontrolle über die Ressourcen von anderen Akteuren und Akteurinnen zu erhalten. Einerseits versuchen sie dies physisch über Umweltressourcen wie Land, Wald, Wasser, marine oder irdische Wildtiere und Mineralien und andererseits mit Hilfe von indirekten diskursiven Mitteln wie zum Beispiel über die Regulierung von Ideen, welche existierende soziale und ökonomische Arrangements herausfordern oder verstärken. Ungleiche Machtverhältnisse spiegeln sich in „wissenschaftlichen Diskursen, Gesetzen, Verordnungen, in administrativen Vorgängen und wissenschaftlichen Verlautbarungen“ (KRINGS 2011: 1103) wider, wobei sich bei diesen das Bestreben einiger Gruppen, Einfluss über andere Gruppen zu bekommen, zeigt (vgl. BRYANT 1997: 11f; KRINGS 2011: 1103). Ebenso divers sind die Auswirkungen der Machtverhältnisse auf die physische Umwelt. Macht zeigt sich so zum Beispiel bei der Umweltverschmutzung, welche die Gesundheit oder

den Lebenserhalt von anderen Akteure und Akteurinnen beeinflusst (vgl. BRYANT 1997: 11f; KRINGS 2011: 1103).

Dennoch werden sowohl „elitistische Auffassungen von Macht [...] ebenso wie ein klassisch struktureller Machtbegriff“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 98) abgelehnt.

„Im Gegensatz zu systemtheoretischen Entwicklungstheorien der 60er und 70er Jahre reduziert man Begriffe wie Ungleichheit, Abhängigkeit und Macht weder eindimensional auf ökonomische Strukturen, noch versteht man sie als einseitige Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse. Viel eher wird Macht als analytisch nur partiell erfassbare Komplexität verstanden“ (ebd.: 98).

Macht kann im Kontext des Poststrukturalismus und im Sinne von Foucaults‘ Verständnis der Begriffe *Power* und *Knowledge* sowohl „Produktionsfaktor als auch Resultat von individuell kaum beeinflussbaren Mechanismen sein“ (ebd.: 98) und umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 98f).

2.3.3.1. *Autoritative vs. Allokative Ressourcen*

In Verbindung mit Macht gibt es eine Unterscheidung zwischen autoritativen und allokativen Ressourcen. Dabei teilen sich autoritative Ressourcen in institutionelle und individuelle Komponenten auf. Unter die Erste werden die „soziale Rolle und Position, persönliche Kontakte und Netzwerke, sowie die Kenntnis über die ‚Spielregeln‘ des Konflikts“ (REUBER 2005: 7) gezählt unter die Zweite wiederum fallen „das persönliche Charisma, Führungsqualitäten und Verhandlungsgeschick“ (ebd.: 7). Unter die allokativen Ressourcen werden „die Verfügbarkeit über materielle Güter (Grund und Boden etc.), finanzielle Potenziale und die Wirtschaftskraft“ (ebd.: 7) subsumiert (vgl. REUBER 2005: 7).

2.4. Die Forschungsansätze der Politischen Ökologie

Bei den politisch-ökologischen Forschungsansätzen erfolgt eine Unterscheidung in zwei grobe konzeptionelle Richtungen: die konflikt- und handlungsorientierten Ansätze und die poststrukturalistisch argumentierenden Ansätze, wobei aber auch die Environmental-Entitlements-Ansätze und die Vulnerabilitäts-Ansätze Anwendung finden. Enge Verbindungen bestehen zudem zu den Dependenz- und Globalisierungstheorien und zu der Global-Governance-Forschung. Dabei erfolgt auch eine Einbeziehung der Konzepte von Marginalität, Ausgrenzung und Armut sowie der verfügungsrechtlichen Ansätze (vgl. REUBER 2012: 145).

2.4.1. Handlungs- und konfliktorientierte Ansätze

„Akteur[Inn]en, Interessen, Handlungsspielräume und Durchsetzungsstrategien nehmen eine Schlüsselrolle in der Analyse von Umweltveränderungen ein“ (REUBER 2012: 147). Die handlungs- und konfliktorientierten Ansätze zielen darauf ab, über die Rolle von verschiedenen Akteuren und Akteurinnen in Verbindung zu ihrer Umwelt nachzudenken. Eine Herausarbeitung der divergierenden Interessen und der Vielfalt von verschiedenen Akteuren und Akteurinnen erfolgt unter Einbeziehung der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebenen, wobei sich hier auch die Nähe zur geographischen Konfliktforschung zeigt (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 94f; REUBER 2012: 147; BRYANT und BAILEY 1997).

2.4.1.1. Akteure und Akteurinnen

2.4.1.1.1. EinzelakteurInnen und Akteurskollektive

In Bezug auf die Akteure und Akteurinnen erfolgt zuerst eine Unterscheidung zwischen den Handlungen von Individuen und jenen von Akteurskollektiven. Letztere sind Akteursgruppen mit gemeinsamen institutionellen Strukturen (Kultur, Sprache und Ethnizität) und Nutzungszielen (vgl. KRINGS 2011: 1103), wobei sie sich in Krisen aber auch oftmals durch widersprechende Interessen auszeichnen. Ebenfalls dazu gehören Organisationen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, wobei diese oftmals finanzielle oder technische Unterstützung bieten und durch die sie charakterisierende „enorme Machtfülle [...] im Ernstfall den Regierungen bestimmter Entwicklungsländer Kredite verweigern und deren politische Handlungsspielräume einengen“ (ebd.: 1103) können. Aber auch der Staat und verschiedene Interessensgruppen wie Bewohner einer Region und Umweltgruppen, welche nur „kurzfristige, meist individualistische Ziele im Bereich der Umwelt verfolgen“ (ebd.: 1103) zählen zu den Akteurskollektiven. Während Individuen bei der Ressourcennutzung meist anhand von eigennützigen Zielen, wie „der Existenzsicherung oder der Gewinnmaximierung“ (ebd.: 1103) handeln, verfolgen Akteurskollektive meist gemeinsame Umwelt-Nutzungsziele. Manche sind stärker auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen vor Ort ausgerichtet. Bei anderen stehen der Ressourcenschutz und die Ressourcenbewahrung im Zentrum. Zerfallen die Sozialstrukturen in Krisensituationen oder durch externen ökonomischen Druck allerdings, bilden sich als Folge konkurrierende Nutzungsinteressen und es kann zu Konflikten zwischen ganz unterschiedlichen

umweltrelevanten Akteursgruppen wie jenen auf der lokalen und auf der staatlichen Ebene kommen (vgl. KRINGS 2011: 1103).

Insgesamt geht man in den Analysen nicht von „machtlosen oder handlungsunfähigen Opfern gesamtgesellschaftlichen Strukturen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 96) aus, sondern die Gesellschaft wird viel eher als ein „konfliktives Wechselspiel zwischen internen und externen Entwicklungen“ (REUBER 2012: 149; KRINGS und MÜLLER 2001: 96) angesehen. So erfolgt der Analyseblick „von unten nach oben“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 99) und die erste Frage bei der Konfliktanalyse widmet sich daher den individuellen Maximen, nach welchen die einzelnen AkteurInnen handeln, da diese in unterschiedlichem Maße von der Nutzung natürlicher Ressourcen profitieren. Erst in einem weiteren Schritt rücken die übergeordneten gesellschaftlichen Strukturen in den Blickpunkt (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 96; 99; REUBER 2012: 149; KRINGS 2011: 1103).

2.4.1.1.2. Der Staat

Da die lokalen Individuen und Bevölkerungsgruppen in größere „gesellschaftliche Zusammenhänge“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 96) und deren „ökonomische Strukturen und kulturellen Muster“ (ebd.: 96) eingebunden sind, gewinnt auch der Staat in handlungsorientierten Ansätzen an Bedeutung, wobei seine Rolle dennoch zwiespältig ist. Erstens besteht er aus unterschiedlichen Akteursgruppen und es gehören „Beamte, Angehörige der Staatsklasse, Militärangehörige, Privatunternehmer mit engen klientelistischen Beziehungen zur Bürokratie oder auch geistliche Führer“ (KRINGS 2011: 1103) dazu, welche alle in unterschiedlicher Weise versuchen auf die Ressourcen Einfluss zu nehmen. Zweitens hat er die Verantwortung sowohl „für den Schutz der natürlichen Ressourcen als auch für ihre ökonomische Inwertsetzung“ (ebd.: 1101). Staatliche Akteursklassen sind an einer Aneignung von natürlichen Ressourcen als auch an einer Kontrolle interessiert, wodurch sie gesellschaftliche Spielregeln beeinflussen und politische Ämter, Patronage und soziale Netzwerke zu ihrem eigenen Vorteil nützen können. Da jede Nation auch in „internationale Beziehungen, Verträge und Abhängigkeitsstrukturen“ (ebd.: 1101) eingebunden ist, muss sie sich zudem auf Grund der Globalisierung bestimmten ökonomischen Zwängen fügen und diese können von einer „teilweisen Integration in die globale Ökonomie bis zu einer

ungewollten Abkopplung“ (ebd.: 1102) reichen (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 96ff; KRINGS 2011: 1101ff; REUBER 2012: 149; BRYANT und BAILEY 1997: 36).

Generell erfolgt auch eine Differenzierung zwischen lokal ansässigen „*place-based actors* (Kleinbauern, Tierhalter und Fischer)“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 96) und „*non-place-based actors* (Staatspräsidenten, Minister, Staatsangestellte, Entscheidungsträger in der internationalen Politik, Wirtschafts- und Finanzwelt)“ (ebd.: 96) auf der nationalen und internationalen Ebene (vgl. REUBER 2012: 149; KRINGS und MÜLLER 2001: 96).

2.4.1.2. Mehrebenenanalyse und kausale Erklärungsketten

Der Umweltwandel wird durch politische Entscheidungen und Interessen auf der Mikro- als auch auf der Makroebene verursacht und daher werden in einer Mehrebenenanalyse die Interdependenzen zwischen der „individuellen, lokalen, nationalen und internationalen Ebene“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 94) herausgearbeitet, wobei auch immer die historische Komponente miteinbezogen wird (vgl. KRINGS 2011: 1098; KRINGS und MÜLLER 2001: 94; REUBER 2012: 147).

Für die Analyse des komplexen Wirkungsgefüges schlägt BLAIKIE (1995) kausale Erklärungsketten vor (vgl. KRINGS 2011: 1101). Diese „Mehrebenen-Verursachungskette“ (ebd.: 1101) setzt bei einer Region an, welche anfangs durch bestimmte Umweltveränderungen geprägt ist, und in der weiteren Entwicklung akute ökologische Problemlagen aufweist. Vorerst tritt nur eine Verschlechterung der sozioökonomischen Situation von Individuen, Haushalten und Familien ein. Da diese in größere gesellschaftliche Zusammenhänge und „deren Umgang mit der Umwelt“ (ebd.: 1101) eingebunden sind und soziale, ökonomische Merkmale sowie kulturelle Sichtweisen der nationalen Gesellschaft teilen, nehmen auch der Staat und die „übergeordneten nationalstaatlichen Rahmenbedingungen“ (ebd.: 1101) eine wichtige Position bei der Untersuchung ein (vgl. KRINGS 2011: 1101).

2.4.2. Poststrukturalistische und diskursanalytische Ansätze

Der *Cultural Turn* hatte einen erheblichen Einfluss auf die Herausbildung der Politischen Ökologie und mit ihm gab es eine theoretische Verschiebung „vom kritischen Realismus zu poststrukturalistischen und diskursanalytischen Ansätzen“ (FLITNER 2003: 223). Da mit Hilfe der Sprache eine soziale Realität kreiert wird, analysiert man neben „realen physikalischen Tatsachen“ (KRINGS 2011: 1101) auch die „Repräsentation der Wirklichkeit“ (ebd.: 1101). Die Umwelt wird als ein

Konstrukt verstanden, das durch gesellschaftliche Leitlinien festgelegt ist und daher steht im Vordergrund, „wie unterschiedlich mächtige Interessensgruppen Wissen von und über die Umwelt produzieren und verbreiten“ (ebd.: 1101). Analysiert werden die Konstruktion und Repräsentation von Umweltdiskursen in „Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und in den Medien“ (KRINGS 2011: 1101) und zur Untersuchung werden die Sprache in „Lehrbüchern, Lexikonbeiträge, Expertisen“ (ebd.: 1101) ebenso wie „Bilder, Poster und Fernsehreportagen“ (ebd.: 1101) herangezogen (vgl. FLITNER 2003: 224; KRINGS 2011: 1101).

Mit Hilfe der poststrukturalistisch informierten Politischen Ökologie konnte man neue inhaltliche Felder erschließen und einen Blick auf Schwachstellen der handlungsorientierten Politischen Ökologie werfen. „Eine Politische Ökologie, die ökologische Ressourcen als gesellschaftlich umkämpftes Gut betrachtet, beinhaltet eine duale Sichtweise auf das Verhältnis von Gesellschaft und Natur“ (REUBER 2012: 154) und ist somit bereits eine Konstruktion und „Teil hegemonialer Diskurse der westlich-modernen Gesellschaft“ (ebd.: 154). Daher soll eine Dekonstruktion dieser sehr machtvollen Konstruktion des Mensch-Natur-Verhältnisses über Sprache erfolgen. Eine neuere Politische Ökologie schließt daher die poststrukturalistischen Vorstellungen von Wissen, Macht und Diskurs mit ein. Das, was Individuen und Gruppen in Bezug auf ihre lokale Umwelt wissen, gewinnt an Bedeutung (vgl. REUBER 2012: 154; PEET und WATTS 2004: 20).

2.4.3. Vulnerabilitäts-Ansatz

Das *Vulnerabilitäts-* bzw. *Verwundbarkeits-Konzept* stellt eine Schnittstelle zwischen der Politischen Ökologie und der geographischen Entwicklungsforschung dar. Es wendet die „Mehrebenen-Analyse“ an und bezieht Machtverhältnisse und soziale Prozesse wie zum Beispiel „verfügungsrechtliche Beziehungen, Partizipationschancen, sich verändernde Mensch-Umwelt-Beziehungen und Marginalisierungs- bzw. Ausgrenzungsprozesse“ (KLÖPPER 2008: 41 in REUBER 2012: 151) mit ein. Da verschiedene AkteurInnen aus der Nutzung von Naturressourcen unterschiedliche Gewinne ziehen, sind sie auch von den negativen Folgen ungleich stark betroffen und es gibt auf allen Ebenen sowohl GewinnerInnen als auch VerliererInnen (vgl. REUBER 2012: 151; KRINGS 2011: 1099f).

„Verlieren Individuen, Haushalte oder soziale Gruppen die Verfügungsrechte an natürlichen Ressourcen“ (KRINGS 2011: 1100) so steigt die soziale Verwundbarkeit. Die Lebensabsicherung (*Livelihoods*) kann nicht mehr sichergestellt werden und es zeigt sich ein Mangel an *Livelihood Assets* (Ressourcen und Aktiva), wobei zu diesen „Finanz-, Sach- und Sozialkapital“ (ebd.: 1100) sowie „Naturkapital in Form von Ackerland“ (ebd.: 1100) zählen. Dabei ist die Ursache des Verlustes schwer nachzuweisen. Einerseits verursachen Marginalisierung und Verwundbarkeit Umweltveränderungen. Andererseits sind Umweltveränderungen und Krisensituationen auch eine Ursache für eine erhöhte Verwundbarkeit. Die Politisierung der Umwelt zeigt sich auch bei „Landnutzungskonflikten, verfügungsrechtlichen Problemen“ (ebd.: 1101) und „Konflikten im Zuge von Zwangsumsiedlungen“ (ebd.: 1101) (vgl. KRINGS 2011: 1100f).

2.4.4. Environmental-Entitlements-Ansatz

In der letzten Zeit gewannen in der Politischen Geographie auch *Environmental Entitlements* - Ansätze an Bedeutung. Laut Amartya SEN (1984: 297) stellen „Environmental Entitlements“ (SEN 1984: 297 in REUBER 2012: 150) dabei die Gesamtheit der Rechte und Möglichkeiten dar, die einer Person an einem Bündel von Gütern zur Verfügung stehen. Während anfangs eine vorwiegend ökonomische Sichtweise auf die *Entitlements* geworfen wurde, kamen in den 1990er Jahren die politisch-ökologischen *Environmental-Entitlements-Ansätze* auf und damit wurde Verfügungsrechten über ökologische Ressourcen eine größere Bedeutung zugeschrieben. In diesem Kontext werden auch Fragen von Macht und Machtstrukturen wichtig, da sie Einfluss auf die Verwundbarkeit der verschiedenen AkteurInnen haben (vgl. REUBER 2012: 150f).

In der Theorie wird zwischen drei Typen von Verfügungsrechten unterschieden:

- *Endowments*: „Rechte, Normen und Wissen spezifischer AkteurInnen über ökologische Ressourcen“ (REUBER 2012: 151)
- *Entitlements*: konkrete, „effektive“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 104) „Verfügungsrechte über Ressourcen“ (REUBER 2012: 151), „legitimierte Kontrolle über/ Zugang zu natürlichen Ressourcen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 104),

- *Capabilities*: „Fähigkeiten, in einer Gesellschaft definierte *endowments* und *entitlements* aktiv zu nutzen und sie zur Sicherung der eigenen Interessen und Bedürfnisse einzusetzen“ (REUBER 2012: 151) (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 104; REUBER 2012: 151)

Trotz der theoretischen Unterscheidung fällt es im empirischen Kontext oft schwer, die drei Konzepte voneinander zu differenzieren. *Entitlements* beziehen sich auf den „effektiven, legitimierte“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 104) Zugang zu Ressourcen und meinen damit nicht nur „staatliche Regelungen, [...] sondern auch traditionelle lokale Zugangs-, Kontroll- und Nutzungsrechte“ (ebd.: 104), welche umkämpft sind. Vormalige *Endowments* können sich zudem später zu *Entitlements* entwickeln und als diese interpretiert werden. Vor allem auf der globalen Ebene kommt es in Bezug auf die *Endowments* und *Entitlements* häufig zu Konflikten. Staatliche und globale Akteure und Akteurinnen weisen häufig eine andere Rechtsauffassung auf als lokale Akteure und Akteurinnen. Außerdem überschneiden sich verschiedene „institutionelle Systeme“ (ebd.: 104) mit häufig sehr unterschiedlichen Rechtssystemen und dies kann zu Auseinandersetzungen führen (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 104).

Im Laufe der Zeit können sich die *Endowments* und *Environmental Entitlements* auf Grund von verschiedenen „internen Entwicklungen und externen Einflüssen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 104) verändern. Agrarreformen können zum Beispiel einen „Wandel des Bodenrechts“ (ebd.: 104) bewirken. „Neue Anbauprodukte“ (ebd.: 104), technische Innovationen oder „die Veränderung von Zugangsrechten“ (ebd.: 104) können zu einer Preisveränderung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt führen. Dabei ist die Aufgabe von politisch-ökologischen Untersuchungen, die Auswirkungen dieser Faktoren herauszuarbeiten (vgl. ebd.: 104f). Der Vorteil des *Environmental-Entitlements* Konzeptes liegt darin, dass es sich auch gut für Kontexte mit nur teilweise formellen Institutionen eignet, da auch informelle Rahmenbedingungen miteinbezogen werden (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 104; REUBER 2012: 151).

2.5. Darstellung der konzeptionellen Bezüge

Einen Überblick über die konzeptionellen Bezüge der politisch-ökologischen Analyse fasst KRINGS (2011: 1100) in folgender Abbildung zusammen und soll daher als eine Veranschaulichung dienen (vgl. KRINGS 2011: 1100).

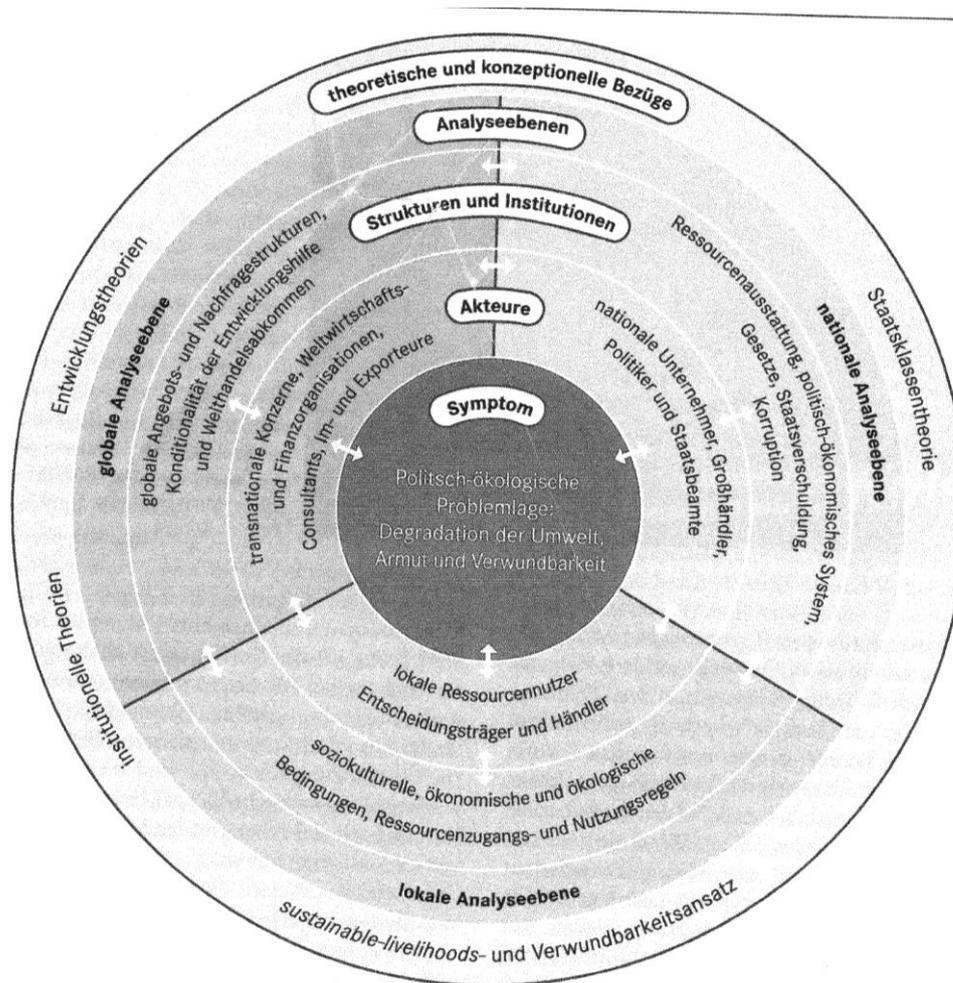


Abb. 2.: Theoretisch-konzeptionelle Bezüge politisch-ökologischer Analysen (Quelle: KRINGS 2011: 1100)

2.6. Terrains of Resistance und Soziale Bewegungen

Im Zuge der politisch-ökologischen Analyse wird die Region für die Erzeugung und Artikulierung von Wissen sowie für die Entstehung von Konflikten wichtig und daher gewinnen innerhalb der beiden Konzepte soziale Bewegungen und Terrains of Resistance an Bedeutung. Durch den Ressourcenzugriff kommt es zur Bildung von Konfliktplätzen und oftmals entstehen soziale Widerstandsbewegungen. Dabei erfolgt in diesem Kapitel eine Beschreibung dieser zwei.

2.6.1. Terrains of Resistance

Terrains of Resistance beziehen sich auf Plätze der Auseinandersetzungen sowie auf die Vielfalt der Verbindungen zwischen den hegemonialen und gegen-hegemonialen Mächten, Diskursen, Werten, Ansichten und Zielen. Es ist ein Netz von spezifischen symbolischen Bedeutungen, kommunikativen Prozessen, politischen Diskursen, religiösen Idiomen, kulturellen Praktiken, sozialen

Netzwerken, ökonomischen Verbindungen, physikalischen Settings, vergegenwärtigten Wünschen und Hoffnungen. Sie sind taktische, strategische und symbolische Prozesse, welche die Welt nach bestimmten Werten, Zielen und Vorstellungen erschaffen (vgl. ROUTLEDGE 1996: 509; 516f). Da Gruppen mit unterschiedlichen Interessen verschiedene Plätze mit unterschiedlichen Bedeutungen und Werten einnehmen, ergeben sich als Folge Konfliktplätze. Hier überschneiden sich differierende soziale Strukturen und Verbindungen von Macht, Herrschaft und Widerstand (vgl. ROUTLEDGE 1996: 509; 516f).

Dennoch kann ein Terrain of Resistance nicht nur ein physischer Platz, sondern auch ein physischer Ausdruck sein. Der lokale Ort wird mit Bedeutungen – ob symbolisch, spirituell, ideologisch, kulturell oder politisch – verknüpft und ist somit ein wichtiger Standort des Widerstands und der Schaffung von alternativem Wissen. Er zeichnet sich durch ein Zwischenspiel von lokalen und globalen Praktiken aus (vgl. ROUTLEDGE 1996: 517; 520).

Terrains of Resistance entstehen, wenn auf Grund der Globalisierung „Gesellschaften von außen auf die räumlich lokalisierten Ressourcen einer Region“ (REUBER 2012: 135) zugreifen. Dies kann passieren, wenn sich Entscheidungen von Unternehmenszentralen auf der lokalen Ebene niederschlagen oder, wenn lokale und regionale Ressourcen durch nationale und internationale Akteure ausgebeutet werden (vgl. REUBER 2012: 135). Die regionale Identität und ihre Geschichte wird auf eine einzigartige Weise „mit übergeordneten gesellschaftlichen Strukturierungsmustern (z.B. national und global)“ (REUBER 2012: 135) verbunden und so steht das „regional bedrohte ‚Eigene‘ [...] dem überregional definierten ‚Anderen‘ (Außen) gegenüber“ (ebd.: 135). Die regionale Identität dient dabei zur Abwehr des Globalen und des Staatlichen (vgl. REUBER 2012: 135). Im Kontext der *Terrains of Resistance* gewinnen sozialen Bewegungen an Bedeutung (vgl. ROUTLEDGE 1996: 509).

2.6.2. Soziale Bewegungen

Das Ziel der sozialen Bewegungen besteht darin, die Macht des Staates und der internationalen Institutionen, welche spezifische Entwicklungsprogramme verordnen, herauszufordern. Damit bewegt sich der Fokus der Untersuchungen von der staatlichen und globalen Ebene weg auf die regionale und lokale Maßstabsebene und es wird die Verbindung von lokalem Widerstand mit globalen

Prozessen herausgearbeitet. Ähnlich wie im *Environmental Entitlements* Ansatz stehen bei den Raumnutzungskonflikten meist „verfügungrechtliche Problemlagen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 105) im Vordergrund. Soziale Bewegungen kämpfen um Zugangsrechte zu und die Nutzung von „natürlichen Ressourcen wie Ackerland, Wald und Wasser“ (ebd.: 105) und dabei erfolgt eine Berücksichtigung der „sozialen Gerechtigkeit, bürgerlichen Rechte, Rechte der Frauen sowie Zugangsrechte zu sozialen Diensten, Aspekte von Ethnizität, Geschlecht und Menschenrechten“ (ebd.: 105). Der Schwerpunkt liegt auf „Widerstandsstrategien, Handlungsmöglichkeiten und Handlungsrestriktionen“ (ebd.: 106) von marginalisierten Gruppen, wobei der „Hintergrund, der Ablauf und die Folge von lokalen Abwehrreaktionen“ (ebd.: 106) analysiert werden. So wird zum Beispiel untersucht, wie „Akteur[Inn]en des informellen Gold- und Diamantenbergbaus in Nutzungskonflikten mit (trans-)nationalen Bergbaukonzernen ihre Handlungsspielräume nützen“ (ebd.: 106) oder wie sie „ihre elementaren Nutzungsrechte in der globalisierten Welt“ (ebd.: 106) verteidigen (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 106; ROUTLEDGE 1996: 510).

Soziale Bewegungen sind autopoietisch, d.h. sie organisieren sich selbst, und sind mit ihrem kulturellen, ökonomischen, politischen und physikalischen Umfeld auf komplexe Weise verbunden. Da sie in sich sehr heterogen sind und unzählige Interessen und Identitäten (Gender, Ethnizität, Klasse, Sexualität) beinhalten, zeichnen sie sich durch ihre Vielfalt aus. Ihre Herausbildung erfolgt innerhalb des täglichen Lebens (Familie, Gemeinschaft, etc.) oder innerhalb von regionalen und nationalen Institutionen. Meist werden sie innerhalb der politischen Grenze eines Staates verortet und von seinen Handlungen und Politiken beeinflusst, obwohl in letzter Zeit auch transnationale Widerstandsbewegungen an Bedeutung gewannen. Macht- und Wissensrelationen sind für ihre Lokalisierung wichtig (vgl. ROUTLEDGE 1996: 510f). Die Definition von sozialen Bewegungen umfasst eine Breite von verschiedenen Gruppierungen. Soziale Bewegungen können LandbesetzerInnen-Bewegungen, Bauern-Bewegungen, Nachbarschaftsgruppen und Menschenrechtsorganisationen, Frauen-Verbindungen, indigene Gruppen, Selbsthilfe-Bewegungen unter den Armen und Arbeitslosen oder Jugendgruppen und Bildungs- und Gesundheitsverbindungen sein (vgl. ROUTLEDGE 1996: 510f; 514).

Die politisch-ökologische Untersuchung von sozialen Bewegungen erfolgt auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen. Dabei stehen die Konfliktkonstellationen und die Konfliktverläufe sowie die Handlungsstrategien der betreffenden Akteure und Akteurinnen im Mittelpunkt. Die Hauptbetroffenen versuchen selbst die „machtvollen Akteure aus Wirtschaft und Politik unter Druck“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 106) zu setzen (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 106).

Eine Analyse von sozialen Bewegungen konzentriert sich darauf, wie neue soziale Bewegungen staatszentrierte Vorstellungen von Hegemonie, Zustimmung, Macht und Kolonialisierung herausfordern (vgl. ROUTLEDGE 1996: 509f). Die Handlungen von neuen sozialen Bewegungen können dabei an den Staat oder an andere Gruppierungen wie ethnische Gruppen, Institutionen oder Medien gerichtet sein. Trotz der Argumentation vieler Theoretiker, dass der Staat nicht länger das „Objekt der Attraktion“ (ROUTLEDGE 1996: 510) bleibt, ist er dennoch bei fast allen ein Referent, ob er nun angenähert, gegensätzlich oder auf Distanz gehalten wird (vgl. ROUTLEDGE 1996: 509ff).

2.6.2.1. Beispiel für eine soziale Bewegung

Als ein Beispiel für ein Widerstandsterrain dient die Baliapal-Bewegung in Nord-Orissa in Indien. Sie bildete sich als Protest gegen die Entscheidung der Zentralregierung in der Region ein nationales Raketentestgelände mit Forschung, Entwicklung und Abschuss zu errichten. Da 100.000 ortsansässige Bauern und Fischer von ihrem Land vertrieben wurden, bildete sich ein regionaler Widerstand gegen das Vorhaben und wurde durch lokale ökonomische und kulturelle Faktoren motiviert. Alle Bewohner und Bewohnerinnen kultivierten Betelpfeffer, was ökonomisch zu einem Aufschwung in der Ernte-Zeit führte. Als Zeichen des Widerstands weigerten sich die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner Steuern zu zahlen. Kulturell verpflichteten sie sich zur Nicht-Gewalt und machten Gebrauch von ortsspezifischen Sanktionen und Interventionen. Dies beinhaltete die Nicht-Kooperation sowie einen Protest. Zudem wandten sie religiöse und mythische Werkzeuge an, womit eine Vielfalt von Prozessen ausgelöst wurde (vgl. ROUTLEDGE 1996: 517ff).

2.7. Third World Political Ecology

Die *Third World Political Ecology* bildete sich als Kontrast zu traditionellen apolitischen wissenschaftlichen Ansätzen, welche behaupten die Umweltprobleme

und Armut in der Dritten Welt würden sich gegenseitig verursachen („If one is poor, then one degrades“ (BROAD 1994: 812 in BRYANT 1997: 6) ohne die politischen und ökonomischen Interessen miteinzubeziehen. Der Gedankengang, dass Armut die Hauptursache für Umweltprobleme sei, wird von BRYANT (1997: 6) als deterministisch und problembehaftet beschrieben. Erstens wird die Armut ‚den Armen‘ auf natürliche Weise beigemessen, wobei diese dabei nicht in Bezug auf Klasse, Ethnizität und Gender unterschieden werden. Eine Korrektur der Armut kann nur über ökonomisches Wachstum erfolgen. Zweitens wird verabsäumt, die Armut mit historischen Prozessen zu verbinden, wobei dies vor allem während der kolonialen Ära, als die Kolonialmächte vor-koloniale politische und ökonomische Strukturen verwandelten, sinnvoll gewesen wäre. Drittens wird ausgeschlossen, dass die arme Bevölkerung trotz ihrer Armut einen nachhaltigen Unterhalt verfolgen kann. Zuletzt wird der Ersten Welt dadurch eine Problem-Lösungs-Rolle für die Dritte Welt Armut-Probleme zugeteilt. Unberücksichtigt bleibt, dass Armut auch dominante Erste Welt Probleme wie globale politische und ökonomische Prozesse widerspiegeln können. In einem globalen kapitalistischen System ist es möglich Armut und Umweltdegradation eng mit ökonomischer Entwicklung zu verbinden. Die möglichen Widersprüche nachhaltiger Entwicklung unter dem Kapitalismus bleiben unerforscht, obwohl ökonomisches Wachstum ermutigt wird, um ‚den Armen‘ aus der Armut zu helfen. Von traditionellen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen wird zudem nicht hinterfragt, wie Umweltprobleme mit elitären Interessen und den aktuellen Status Quo aufrecht erhaltenden Aktivitäten verbunden sind (vgl. BRYANT 1997: 6f).

Als stärkste Rechtfertigung für eine spezifische *Third World Political Ecology* dient die Tatsache, dass der Alltag einer großen Anzahl an Leuten in Entwicklungsländer von extremer Armut geprägt ist, und diese dafür sorgt, dass Umweltkonflikte hauptsächlich auf der eigenen Lebensgrundlage basieren. Da in Entwicklungsländern Böden sowie pflanzliche und tierische Ressourcen für die Lebensabsicherung der meisten Menschen bedeutend sind, stellen Umweltveränderungen Ursachen der Fehl- und Unterentwicklung dar und können daher eine Bedrohung für den Lebensunterhalt sein. Das Schlüsselforschungsziel liegt daher darin, die Verbindungen zwischen Armut, Wohlstand, Umweltdegradation und Politik herauszuarbeiten (vgl. BRYANT und BAILEY 1997: 8; BRYANT 1997: 10). Oftmals sind Umweltprobleme auf die ungleichen

Machtverhältnisse zurückzuführen. Bei der Erforschung der Ressourcenverknappung müssen zudem die breiteren politischen und ökonomischen Kräfte und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung miteinbezogen werden (vgl. BRYANT 1997: 8), da diese die Sozial- und Umweltkonditionen in der Dritten Welt bestimmen und die Interessen der Regierung nach Macht, nationaler Sicherheit und persönlicher Bereicherung widerspiegeln. Vielmals, aber nicht nur, sind sie auch mit der Ausbreitung des globalen kapitalistischen Systems verbunden (vgl. BRYANT 1997: 5; KRINGS 2011: 1098; BRYANT und BAILEY 1997: 8-10).

Die Hauptfragestellungen der von BRYANT und BAILEY (1997: 8) entwickelten *Third World Political Ecology* befassen sich daher mit Themen wie der „Umweltdegradation im Kontext von Unterentwicklung und Marginalität“ (KRINGS 2011: 1098), „Umweltkonflikten vor dem Hintergrund von Geschlecht, Klasse und Ethnizität“ (ebd.: 1098), den „Folgen und Wirkungen des Umwelt- und Naturschutzes“ (ebd.: 1098), „politisch-sozialen Auseinandersetzungen“ (ebd.: 1098). Diese sind mit Fragen der Überlebenssicherung und des Schutzes von natürlichen Lebensgrundlagen sowie „mit gewalttätigen Konflikten um natürliche Ressourcen auf Grund von institutioneller Staatsschwäche“ (KRINGS 2008: 5) verbunden (vgl. KRINGS 2011: 1098; KRINGS 2008: 5; BRYANT und BAILEY 1997: 8).

Die Lösung von Dritte Welt Umweltproblemen erfordert dennoch eine beachtliche Anstrengung, da von ihr eine Transformation von ungleichen Machtverhältnissen und von Konzepten wie dem ‚Erste‘ vs. ‚Dritte Welt‘ Konzept, ‚Arm vs. Reich‘, ‚Herrscher‘ vs. ‚Beherrschte‘ benötigt wird (vgl. BRYANT 1997: 8f). ROBBINS (2005: XVIII) sieht in der starken Fokussierung auf die breit definierte ‚unterentwickelte‘ Welt auch eine Kritik an der Politischen Ökologie (vgl. ROBBINS 2005: XVIII; BRYANT 1997: 8f).

2.8. First World Political Ecology

Kontroverse Debatten über die Natur, Umwelt und Ressourcen erhielten auch in Industrieländern eine größere Bedeutung und so wurden in den letzten Jahren auch in entwickelten Ländern Forschungen der Politischen Ökologie häufiger. Hier steht die Umweltgerechtigkeit im Vordergrund und es werden die „Hintergründe, Interessens- und Handlungsstrategien politisch einflussreicher Akteurs-Gruppen“ (KRINGS 2011: 1098) herausgearbeitet (vgl. KRINGS 2011: 1098;).

2.9. Kritik an der Politischen Ökologie

Zur Messung der Reife und Solidität eines Wissensfeldes sind Debatten und Widersprüche über den Ansatz sowie seine interne Konsistenz und Konzeption wichtig. Hinsichtlich dieser Merkmale kommen PEET und WATTS (2004: 17) zu dem Entschluss, dass die Politische Ökologie alle Kennzeichen eines etablierten interdisziplinären Forschungsfeldes beinhaltet. So zeichnet sie sich durch einen grundlegenden Text und durch „In-Haus“ (ebd.: 17) Journale aus, weist eine Geschichte der theoretischen Rekonstruktion und Erweiterung auf und besitzt ein konzeptionelles Werkzeug. Zudem gibt es eine Breite von Forschungen, welche alle eine Vielfalt von Regionen umfassen. Laut den Autoren hat sie daher den „heiligen Status“ (ebd.: 17) einer normalen Wissenschaft erreicht (vgl. PEET und WATTS 2004: 17).

WALKER (2007: 365) kritisiert die Politische Ökologie dahingehend, dass sie zum Großteil nach innen fokussiert ist. Sie begrenzt sich auf akademische Publikationen, aber bleibt unzugänglich und unverständlich für jene, die von der Forschung profitieren würden. Genauer gesagt, wird sie auf Konferenzen und Seminare reduziert, welche meist ausschließlich von gleich gesinnten, privilegierten akademischen Eliten besucht werden, die den Hunger, die Krankheit, die Armut und die Umweltgefahren und Umweltdegradation über die sie sprechen nicht selber erleben (vgl. WALKER 2007: 365). Die Politische Ökologie ist zudem nicht neutral oder kostenlos für Leute, welche die Geschichten und Information sowie das Rohmaterial zur Verfügung stellen. Es sollte daher gefragt werden, wer von der Forschung gewinnt und wer verliert. In Folge wäre es notwendig, darüber nachzudenken, wie man sich in der politisch-ökologischen Landschaft verhalten soll (vgl. WALKER 2007: 365).

2.10. Zusammenfassung und Ausblick für das nächste Kapitel

Wie in diesem Kapitel dargestellt, ist das Ziel der Politischen Ökologie ein Verständnis für die komplexen Verbindungen von „Natur und Gesellschaft“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 93) zu schaffen. Ein Schwerpunkt wird dabei auf Konflikte um Umweltressourcen sowie auf Umweltveränderungen gelegt wird (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001). In einer Politisierung der Umwelt sehen diese als „ein Schlachtfeld“ (vgl. KRINGS 2011) an, auf welchem verschiedene unterschiedlich mächtige AkteurInnen auf der lokalen, regionalen, staatlichen und globalen Ebene

um Einfluss ringen. Da diese ebenso diverse ökonomische, politische und gesellschaftliche Interessen aufweisen, gewinnen die „breiteren ökonomischen, gesellschaftlichen, historischen und wirtschaftlichen Kontexte“ (KRINGS 2011) an Bedeutung. Politische Ökologinnen und Ökologen versuchen diese verschiedenen Interessen entweder mit Hilfe handlungsorientierter oder mit Hilfe poststrukturalistisch-diskursanalytischer Ansätze offenzulegen (vgl. KRINGS 2011). Obwohl in diesem Kapitel auf Grund der Vollständigkeit eine Vielfalt von Ansätzen und Theorien dargestellt wurden – angefangen von der Entstehung über die verschiedenen aktuellen Forschungsinteressen bis zu den gegenwärtigen Forschungsansätzen – ist für die spätere Behandlung des Coltan-Abbaus vor allem der handlungsorientierte Ansatz mit seiner Mehrebenenanalyse sowie die von BRYANT (1997) entwickelte *Third World Political Ecology*, in welcher Umweltkonflikte um ökologische Ressourcen in Entwicklungsländern sowie Konflikte um den Lebensunterhalt einen Forschungsschwerpunkt bilden, von Bedeutung. Da auch interessant ist zu schauen, ob sich beim Coltan-Abbau durch die Einwirkung des Globalen auch regionale Widerstandsbewegungen bildeten, behandelte dieses Kapitel ebenso die *Terrains of Resistance* (vgl. ROUTLEDGE 1996).

Ressourcen bilden einen wesentlichen Bestandteil von politisch-ökologischen Untersuchungen. Im folgenden Kapitel erfolgt eine Behandlung darüber, wie Ressourcen zum Fluch werden können. Zum einen kann sich der Ressourcenüberfluss als Fluch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes erweisen. Zum anderen können Ressourcen aber auch Bürgerkriege hervorrufen und in dieser Hinsicht zum Fluch werden. In dem folgenden Kapitel wird daher der in der Literatur gefundene Zusammenhang dieser beschrieben.

3. Ressourcen als Fluch

3.1. Ressourcen und ihre Konstruktion

Natürliche Ressourcen stellen zusammen mit Arbeit und anderen Formen von Kapital Produktionsfaktoren für Güter und Services dar. Dennoch unterscheiden sich ihre ökonomische Geographie sowie ihre Produktionsorte und ihre Konsumplätze von jenen anderer Faktoren. Natürliche Ressourcen existieren als eine Form von Interaktion zwischen der physischen Umwelt und der Gesellschaft. Für die Bewertung natürlicher Ressourcen sind „die technologischen, kulturellen, historischen und geographischen Umstände“ (HANIK 2000: 227) bedeutend. „Resources are not; they become“ (ZIMMERMANN in HANIK 2000: 227). Ein bestimmter technologischer oder sozialer Umstand muss eintreten, bis ein Teil der Natur in der Produktion als wertvoll angesehen wird. Einerseits sind für die Verwandlung der Natur in eine Ressource die menschlichen Wünsche, Bedürfnisse und Praktiken zentral. Andererseits ist die Konstruktion aber auch von einer politisch-ökonomischen Perspektive von den Umständen, den Mitteln und den Kräften der Produktion abhängig. Diamanten stellten ursprünglich sinnloses Material dar, welches nur für industrielles Schneiden verwendet wurde. Sie wurden allerdings ökonomisch und diskursiv über eine Marktmanipulation durch Kartelle und eine Marketingmanipulation durch Symbole wie Reinheit, Liebe und Ewigkeit konstruiert und gehören nun zu den höchst gepriesenen Ressourcen der Welt. Ökonomisch gesehen ist es die Knappheit, welche Wert verleiht, und so ist es der Überfluss, welcher zu Wohlstand führt. In Angola gibt es einen Überfluss von global knappen Diamanten (vgl. LE BILLON 2001: 565; HANIK 2000: 227).

3.2. Ressourcen als Fluch –sozioökonomische Indikatoren

Afrika ist ein mit einem Reichtum an Rohstoffen ausgestatteter Kontinent, wobei diese Fülle auf den ersten Blick wie ein Segen wirkt. Dank der Entwicklungen auf dem globalen Rohstoffweltmarkt gab es in vielen von Rohstoffexporten abhängigen Ländern Wachstumsraten von bis zu fünf Prozent. Besonders Länder wie der Tschad (2004) und Angola (2007) profitierten von ihrem Ressourcenreichtum und wiesen zweistellige Wachstumsraten mit über 20 Prozentpunkten auf. Mit den Erlösen kann dabei eine Verbesserung des Gesundheitswesens und der Infrastruktur bewirkt werden sowie eine Bekämpfung

der Armut stattfinden. Der Besitz von strategisch wichtigen Ressourcen kann außerdem zu einer größeren „Unabhängigkeit gegenüber dem Westen und anderen Importeuren“ (BASEDAU 2009: 21) führen (vgl. BASEDAU 2009: 21). Dennoch hat ein Ressourcenreichtum in vielen Ländern auch negative Effekte und so kann dieser schlechte Auswirkungen auf „Wirtschaft, Institutionen, Demokratie und Frieden“ (BASEDAU 2009: 21) haben (vgl. BASEDAU 2009: 21).

Daher wird im folgenden Kapitel der Zusammenhang zwischen der Ressourcenabhängigkeit eines Staates und der ökonomischen Entwicklung sowie anderen Wohlfahrtsindikatoren dargestellt. Politische, ökonomische, kognitive, staatszentrierte und gesellschaftliche Ansätze helfen zu erklären, warum ein natürlicher Ressourcenreichtum negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Wohlfahrt haben und sich somit zum Fluch entwickeln kann. Im Anschluss daran erfolgt ein Vorschlag für eine mögliche Umkehr des „Ressourcenfluchs“ (LE BILLON 2001: 562) und für die dafür benötigten politischen Maßnahmen.

Die Ressourcenabhängigkeit und der Ressourcenüberfluss sind mit der politischen Ökonomie des Staates, den grenzüberschreitenden kommerziellen Interessen und mit den inländischen Eliten verbunden. Die Abhängigkeit eines Staates von Ressourcen wird oft mit Faktoren wie schlechter ökonomischer Performanz, geringem ökonomischen Wachstum, schlechter Regierungsführung, politischer Instabilität, niedrigeren Bildungsraten und größeren sozioökonomischen Ungleichheiten assoziiert. Diese Staaten leiden zudem unter höheren Armutsraten und Korruptionsstufen - Kriterien, welche wiederum die Verletzlichkeit und Wahrscheinlichkeit für bewaffnete Konflikte steigern (vgl. LE BILLON 2001: 566; Ross 2004b: 350f).

Meist wird der Ressourcenreichtum eines Landes über den Anteil von Primärgüterexporten am BIP gemessen. Ein Land, dessen Exporte stark von der Primärgüterindustrie abhängen, ist ein ressourcenreiches Land. Dennoch ist dieser Index irreführend, da hier hauptsächlich die sektorale Wichtigkeit in der Ökonomie und bei Primärgüterexporten gemessen wird. Die Ressourcenausstattung und der Ressourcenreichtum sind aber nicht das gleiche. Einerseits ist es möglich, dass ein ressourcenabhängiges Land einen kleinen

Primärsektor hat. Andererseits kann auch ein ressourcenarmes Land eine stark vom Primärsektor abhängige Ökonomie haben (vgl. DING und FIELD 2005: 497).

3.2.1. Natürliche Ressourcen und ökonomische Entwicklung

Der in der Literatur verwendete Begriff des „Ressourcenfluchs“ (LE BILLON 2001: 563) bezieht sich auf die negative Korrelation zwischen dem Ressourcenreichtum eines Landes und dem ökonomischen Wachstum. Gegensätzlich zur weit verbreiteten Meinung, welche besagt, dass ein großes Rohstoffvorkommen ökonomisches Wachstum unterstützt und positiv für die politische Stabilität ist, zeigen empirische Beobachtungen andere Ergebnisse auf (vgl. LE BILLON 2001: 563; SACHS und WARNER 2001: 2001: 827).

3.2.1.1. Ökonomische Erklärung und die holländische Krankheit

So schreibt AUTY (2006: 628), dass die Verbindung zwischen der Effizienz der Kapitalakkumulation und der Abhängigkeit von Ressourcen in Entwicklungsländern invers ist. Entwicklungsländer mit einer großen Ausstattung an natürlichen Ressourcen wachsen langsamer und haben ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt als ressourcenarme Länder. Dabei impliziert dies, dass dieses Phänomen eng mit der Politik verbunden ist. Auch SACHS und WARNER (2001: 828) bewiesen in einer Regressionsanalyse empirisch, dass es bei einer Studie von 97 Ländern über eine Periode von 19 Jahren fast keine Überschneidung von Ländern mit einer großen Ausstattung an natürlichen Ressourcen und Ländern mit einem hohen BIP gab (vgl. AUTY 2006: 628; SACHS und WARNER 2001: 828).

3.2.1.1.1. Ökonomische Erklärung - Verdrängungslogik

Obwohl eine vollständige, allgemein akzeptierte ökonomische Erklärung des Ressourcenfluchs fehlt, schlugen SACHS und WARNER (2001: 833) zur Klarstellung der Frage, warum es keine positive Korrelation zwischen natürlichem Ressourcenwohlstand und anderen Arten von ökonomischem Wachstum gibt, die Verdrängungslogik vor. Natürliche Ressourcen verdrängen die Aktivität X, wobei Aktivität X Wachstum fördert und somit wird Wachstum von natürlichen Ressourcen behindert. X kann sich dabei auf verschiedene Variablen, wie zum Beispiel auf handelnde Produktionsaktivitäten oder auf Bildung beziehen. Ein positiver Wohlstandsschock vom natürlichen Ressourcensektor geht mit einer höheren Konsumentennachfrage für nicht-gehandelte Güter einher. Mit der

exzessiven Forderung für nicht-gehandelte Produkte steigen die nicht-gehandelten Preise. Dadurch werden wiederum die Profite von gehandelten Aktivitäten aus der Produktion gedrückt, da diese nicht-gehandelte Produkte als Inputs verwenden, aber die Produkte auf dem internationalen Markt als relativ fixierte Preise verkaufen. Der Produktionsrückgang führt zu einem Halt des Wachstumsprozesses und somit können ressourcenreiche Länder nie ein exportgeführtes Wachstum verfolgen (vgl. SACHS und WARNER 2001: 833).

3.2.1.1.2. Die holländische Krankheit

Die ökonomische Erklärung des Ressourcenfluchs steht in enger Verbindung mit der holländischen Krankheit, engl. ‚Dutch Disease‘ (LE BILLON 2001: 566). Dieser Begriff hat seinen Ursprung in den Niederlanden und datiert bis ins 17. Jahrhundert zurück, wobei auch ein Ereignis in den 1960er Jahren für den Namen ausschlaggebend war (vgl. LE BILLON 2001: 566).

Die holländische Krankheit erhielt ihren Namen aus dem 17. Jahrhundert, als in den Niederlanden die Tulpe an Bedeutung gewann. Diese entwickelte sich 1637 zur Modeblume der Reichen und Schönen und weckte die Gier von holländischen Investoren. Auf Grund des verstärkten Verkaufs konnten sich die Händler damit ein Luxus-Leben leisten und dies stellte einen starken Kontrast zum einfachen Leben der Mehrheit der Bevölkerung dar. Innerhalb kürzester Zeit gab es mit dem Höhepunkt des Tulpen-Wahns eine Vervielfachung der Preise. Viele Menschen gaben ihre erlernten Berufe auf, um von nun an als Tulpen-Händler zu arbeiten. „Die kostbaren Pflanzen“ (FRIEDMAN Spiegel Online 2009, 09.08.13) wurden „selbst zur Währung“ (FRIEDMAN Spiegel Online 2009, 09.08.13). Als es bald darauf jedoch einen Verkauf von gefälschten Tulpen-Pflanzen sowie nie gelieferte „Zwischengeschäfte und Luftbuchungen“ (ebd.) gab, war dies bereits ein Frühwarnzeichen der bevorstehenden Krise. Die Preise sanken im Februar 1637 bis zu 95 Prozent und viele Investoren erlitten Verluste. Die meisten Derivate verloren ihren Wert dadurch. Da immer mehr Tulpen-Besitzer schnell verkauften, war das für viele Menschen der Ruin. Letztendlich griffen die Obrigkeiten zur Ordnung ein und so mussten alle offen-stehenden vertraglichen Verpflichtungen für 3,5 Prozent des ursprünglichen Preises abgegolten werden. Ein Übergriff der Krise auf andere Sektoren konnte so vermieden werden. Der Tulpen-Wahn hatte Ähnlichkeiten zu weiteren Krisen (vgl. FRIEDMAN Spiegel Online, 09. 08. 13).

Ein ähnliches Beispiel spielte sich in den 1960er Jahren in den Niederlanden ab. Zu dieser Zeit gab es ein großes Wohlstandswachstum auf Grund der Entdeckung von Gas-Lagerstätten in der Nord-See und so hatte diese scheinbar positive Entwicklung unerwarteter Weise ernsthafte Auswirkungen auf wichtige Segmente der staatlichen Ökonomie. Als die holländischen Gulden stärker wurden, wurden die Nicht-Öl-Exporte weniger wettbewerbsfähig zurückgelassen (vgl. IMF, 09.08.13; ENDERS und HERBERG 1983: 473)

Laut der holländischen Krankheit weisen ressourcenreiche Staaten mit einer hohen Exportrate der Rohmaterial-Produktion auf Grund einer Vernachlässigung der anderen Sektoren ein niedrigeres, ökonomisches Wachstum auf. Das große Wachstum der aus der gestiegenen Rohstoffproduktion resultierenden Einkommen hat nicht nur vorteilhafte Effekte. Vielmehr stellt es eine Bedrohung für den traditionellen Export und die Import-konkurrierenden Industrien dar. Es kann sogar zu einer Deindustrialisierung führen (vgl. ENDERS und HERBERG 1983: 473).

Da die Preise von gehandelten Gütern am Weltmarkt festgesetzt werden und somit fixe Wechselkurse aufweisen, führen die höhere Produktion und die höheren Preise von Rohmaterialien zu höheren Staatsausgaben für Güter und Services. Mit der Erwartung die Kurzzeit-Output-Reaktionen wären geringer, steigen die Preise von nicht-gehandelten Gütern. Der von der Weltökonomie geschützte Sektor wird somit höhere nominale Gehälter bezahlen. Dabei bewirkt der intersektorale Wettbewerb, dass die Gehälter auch in dem der Weltökonomie ausgesetzten Sektor steigen. Da die Preise von gehandelten Gütern am internationalen Markt festgesetzt werden und somit fixiert sind, reduziert sich die Wettbewerbsfähigkeit vom ausgesetzten Sektor und seine Produktion von Export-Gütern und import-konkurrierenden Gütern schrumpft. Es kommt zu einer Verringerung seines Anteils am Nationalprodukt. Der boomende Ressourcensektor kann das Kapital vom Produktions- und vom Landwirtschaftssektor entziehen und diese Effekte führen gemeinsam zu einem Schrumpfen des Nicht-Ressourcensektors und dadurch zu einem Rückgang von landwirtschaftlichen und produzierten Gütern. Wegen der wenig lohnenden produktiven Aktivitäten fließen die Investitionen in den Ressourcensektor und in rentensuchende Aktivitäten (vgl. ENDERS und HERBERG 1983: 473; LE BILLON 2001: 566; ROSS 1999: 306; BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 3).

Unter flexiblen Wechselkursen wiederum bewirkt der starke Anstieg der Exporte eine Aufwertung der nationalen Währung. Damit wird der Wert von importierten Rohstoffmaterialien verringert und jener von den exportierten Rohstoffen gesteigert. Eine Inflation entsteht auf Grund der aufgeblasenen Kosten von nicht importierten Gütern und Services. Die folgende erneute Aufwertung der Nationalwahrung kann ein Hindernis für den internationalen Wettbewerb des der Weltwirtschaft ausgesetzten Sektors und verringert seinen Anteil am Nationalprodukt (vgl. LE BILLON 2001: 566; ROSS 1999: 306; BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 3; ENDERS und HERBERG 1983: 473).

Einen anderen ökonomischen und institutionellen Effekt der Ressourcenabhängigkeit stellt die hohe Abhängigkeit gegenüber externen Schocks dar. Auf Grund von Ressourcenpreis- Fluktuationen ist die Ökonomie des Landes großen Primarguterpreisschwankungen ausgesetzt. Da der Nicht-Ressourcensektor vernachlässigt wird und es dadurch nur wenige ökonomische Verbindungen gibt, ist schlechtes ökonomisches Wachstum die Folge. Eine Hemmung der Entwicklung erfolgt (vgl. SWITZER 2001: 8).

Ein Boom im Ressourcensektor kann überdies öffentliche und private Investitionen in die Bildung, in Humankapital oder in Unternehmen entmutigen. Studien ergaben, dass Länder mit einem Reichtum an natürlichen Ressourcen weniger Innovation erfahren und weniger unternehmerische Aktivitäten durchführen. Dadurch weisen sie ein geringeres Wachstum auf und haben eine schlechtere Regierungsführung. Insgesamt wird damit die Fähigkeit von Staaten am Weltmarkt zu konkurrieren reduziert und das Potential für ein export-geführtes Wachstum vermindert sich auf längere Sicht (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 3; SACHS und WARNER 2001: 833ff).

Die holländische Krankheit muss jedoch nicht eintreten. Wenn die produktiven Gewinne des Ressourcensektors groß genug sind, dann führt das zu einem größeren Realwachstum. Das neo-klassische Erklärungsmodell prognostiziert Wohlstand, welcher auf Grund der Bewegung der Produktionsfaktoren in die nun profitableren Sektoren der Ressourcengewinnung und der nicht-handelbaren Güter entsteht. Zudem benötigt der Ressourcensektor wenig Arbeit und Kapital als Input. Er kann dadurch große ökonomische Renten produzieren. Das Land erhält dadurch zusätzliche Einkommen ohne dabei investieren zu müssen (vgl. ENDERS

und HERBERG 1983: 474). Darüber hinaus muss ein Rückgang des Herstellungssektors nicht unbedingt zu geringeren Wachstumsraten führen. Dazu müsste der Herstellungssektor erst zum Hauptmotor der Ökonomie werden und positive externe Effekte generieren oder steigende Skalenerträge bringen (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 3; ENDERS und HERBERG 1983: 474).

Empirisch gibt es für das Modell der holländischen Krankheit wenig Unterstützung. Die Erfahrungen von verschiedenen Ländern sind sehr komplex und es gibt viele Ausnahmen in der entwickelten und unterentwickelten Welt (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 5).

3.2.1.2. Politische Erklärungen

Der Ressourcenfluch ist dennoch nicht deterministisch, sondern eng mit der Politik verbunden. Die Ökonomie in ressourcenreichen Ländern müsste laut einer reinen ökonomischen Theorie trotz der Verdrängungsaktivitäten von den größeren Renten profitieren, da die Rente aus natürlichen Ressourcen als ein Geschenk der Natur angesehen wird. Sie kann von einer effektiven Regierung weg besteuert werden und belastet den Anreiz der Produzenten somit nicht. Wegbesteuerte Renten, die einen effizienten Einsatz finden, können eine hohe Investitionsrate aufrechterhalten. Im Gegensatz zu ressourcenarmen Ländern mit einem ähnlichen Entwicklungsstand könnte die Infrastruktur einer modernen Ökonomie errichtet werden (vgl. AUTY 2006: 628).

3.2.1.3. Kognitive Erklärung

Kognitive Ansätze aus den 1950er und 1960er Jahren behaupten, dass Ressourcenreichtum eine kurzsichtige Trägheit oder kurzsichtige Ausgelassenheit unter den öffentlichen und privaten Akteuren und Akteurinnen verursacht. Auf der einen Seite kann die Entwicklung von zucker-exportierenden Staaten durch die „Zucker-Mentalität“ (Ross 1999: 309) verzerrt werden. Wohlstand führt laut dieser zu einem nachlässigen, ökonomischen Planen und zu einer unzureichenden Diversifizierung. Auf der anderen Seite können Ressourcenrenten zu einer irrationalen Ausgelassenheit führen und eine „Reich-Werde-Mentalität“ (ebd.: 309) unter Geschäftsleuten oder eine „Boom-und-Bust“ (ebd.: 309) Psychologie unter politischen EntscheidungsträgerInnen verursachen. Der leicht verfügbare Wohlstand führt also insgesamt zu einer Lähmung oder zu einer kurzsichtigen Euphorie unter Politikern und Politikerinnen (vgl. Ross 1999: 309).

3.2.1.4. Gesellschaftliche Erklärung

Laut der gesellschaftlichen Erklärung vergrößert der Ressourcenboom den politischen Einfluss von Nicht-Staats-Akteuren und -innen und diese bevorzugen in Folge eine wachstums-hemmende Politik. Dabei erklärt dieser Ansatz die Wohlstandslücke in den 1970er und 1980er Jahren zwischen ressourcenreichen Staaten in Lateinamerika und ressourcenarmen asiatischen Staaten (vgl. ROSS 1999: 311).

3.2.1.5. Staatszentrierte Erklärung

Staatszentrierte Erklärungen bestehen aus kognitiven, gesellschaftlichen und institutionellen Argumenten und erklären die Verbindungen zwischen Ressourcenrenten und schlechter ökonomischer Regierungsführung. Regierungen erhalten den größten Anteil der Einnahmen von externen Quellen wie Ressourcenrenten oder durch ausländische Unterstützung. Dadurch entfällt für sie der Bedarf, Steuern zu erheben, und sie sind somit für die Gesellschaften, welche sie regieren, weniger verantwortlich. Renten-Staaten erfahren darüber hinaus wenig sozialen Druck, um ihre ökonomischen Politiken zu verbessern. Oppositionsgruppen werden durch die niedrigen Steuern und die großzügigen Wohlfahrtsprogramme entmutigt, sich wegen ökonomischen Problemen zu mobilisieren. Gleichzeitig widmen Regierungen den größeren Teil ihrer Ressourceneinnahmen der Bewahrung des Status Quo, wobei sie dadurch kurzfristig und risiko-avers werden. Auf Grund eines Mangels an Informationen für Entwicklungsstrategien kommt es zu einer Vernachlässigung der Entwicklungsförderung. Das ökonomische Wachstum wird in Folge gehemmt. Ressourcenrenten können außerdem von der führenden Elite leicht angenommen werden und führen zu Bestechungen. Dies ist mit einer unproduktiveren Aufteilung und Verzerrung der Politik verbunden (vgl. ROSS 1999: 312f; BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 3f).

3.2.2. Natürliche Ressourcen und Wohlfahrt

Die Ausgangsannahme der Autoren ist, dass natürliche Ressourcen und die menschliche Entwicklung über die institutionelle Qualität gelenkt und vom Staatseinkommen beeinflusst werden. Die institutionelle Qualität wird dabei am Weltbank Regierungs- und Rechtsindikator, am Mitspracherecht und an der Zuständigkeit der Regierung sowie an ihrer Effektivität gemessen. Das Ergebnis

zeigt, dass natürliche Ressourcen bei konstanter institutioneller Qualität und konstantem Einkommen keinen separaten Effekt auf Entwicklungs- und Unterentwicklungsindikatoren wie den UN Human Development Index (HDI), den UN Human Poverty Index (HPI), den Prozentsatz der unterernährten Bevölkerung, den Prozentsatz von untergewichtigen Kindern und die Lebenserwartung bei der Geburt haben. Obwohl der Einfluss der Ressourcen auf die Wohlfahrt bedeutend ist, ist er bei konstanter institutioneller Qualität insgesamt dennoch kleiner als jener auf das ökonomische Wachstum. Die genauen Ergebnisse werden mit Hilfe der institutionellen Qualitätsgleichung und der Entwicklungsgleichung dargestellt (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 8f; 11).

In der Entwicklungsgleichung stellen die Entwicklungsindikatoren Funktionen von institutioneller Qualität und vom Einkommen dar. Punktrressourcen wie Mineralien, Erze und Öl haben einen Einfluss auf die institutionelle Qualität und führen oft zu Korruption, wobei dies zu einer Verschlechterung der Entwicklungsindikatoren führt. Der Einfluss des Ressourcenfluchs auf die Unterentwicklung zeigt sich hier indirekt. Höhere Einkommen wiederum verbessern oftmals (aber nicht immer) die Entwicklungsindikatoren. Sie können somit zu besseren Institutionen und zu einer besseren Regierungsführung führen. Dennoch sind einige Indikatoren für die institutionelle Qualität empfänglicher als andere, wobei dies zum Beispiel mit dem HDI-Indikator im Gegensatz zum Prozentsatz von untergewichtigen Kindern der Fall ist. Wenn das Einkommen und die Institutionen konstant gehalten werden, hat ein natürlicher Ressourcenreichtum keinen signifikanten Effekt auf Entwicklungsindikatoren (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 9ff).

Aus dieser Gleichung ist aber auch zu schließen, dass die Black-Box von Institutionen einen erheblichen Einfluss auf die ökonomischen Indikatoren hat. Gute Institutionen können den Ressourcenfluch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ländern, welche reich an Punktrressourcen wie Erzen und Mineralien sind, herumdrehen. Die Demokratie führt zu Verbesserungen bei fast allen Dimensionen der Wohlfahrt. Demokratische Staaten beinhalten politische Anreize, welche Grundbedürfnisse bereitstellen, und werden seltener von Hunger befallen (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 12; BOSCHINI, PETTERSON und ROINE 2013: 30f).

Zudem gibt es eine offensichtliche Verbindung zwischen Ressourcen, der Nahrungsmittelsicherheit und den Armutsstufen. Schnelle Wirtschaftswachstumsraten auf Grund von Ressourcen sind an hohe Stufen von Investitionen in menschliches Kapital gekoppelt und resultieren schließlich in höheren Lebensstandards. Wenn das Einkommen auf Grund von Wachstum über eine gewisse Schwelle angehoben wird, wirkt das als Puffer gegenüber exogenen Schocks. Diese würden andernfalls Deprivation, Hunger oder Hungersnot hervorrufen (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 12f; 15).

Als weitere Erklärung zur Lücke zwischen natürlichem Ressourcenreichtum und sozialem Wohlstand dient die ungleiche Verteilung der Auswirkungen und der Vorteile. Jene Gruppen, welche die sozialen Kosten und Risiken tragen, sind nicht jene, welche die sozialen und ökonomischen Vorteile erhalten. Regierungen ziehen aus ökologischen Projekten den größten Profit. Die lokale Gemeinschaft trägt wiederum die sozialen und ökologischen Kosten, da sie oftmals nicht in an sie gerichtete Entscheidungen miteinbezogen wird (vgl. SWITZER 2001: 8).

3.2.3. Ressourcenrenten als Mittel zur Macht

Ressourcenrenten bieten politischen FührerInnen ein Hilfsmittel, um in Macht zu bleiben und ein Regime zu schaffen, welches über ein System von Patronage und Klientelismus organisiert ist. Auf Grund der strengen ökonomischen und politischen Kontrolle des dominanten Ressourcensektors gibt es speziell für Mineralexporteure wenig Spielraum Wohlstand und Status außerhalb der Staatspatronage zu akkumulieren. Es bildet sich eine steigende Wohlstands- und Machtlücke zwischen den Regierenden und den Regierten, was in der Folge zu einer erhöhten Frustration bei marginalisierten Gruppen führt. Sie sehen eine politische Veränderung als den einzigen Weg, um ihre Gier und Bestrebungen zufriedenzustellen und wenden Gewalt als den einzigen Weg zu Wohlstand und Macht an (vgl. LE BILLON 2001: 567).

Gewaltsame Konflikte bei der Ressourcenausbeutung können zur Verwandlung von Patrimonialismus und von Klientelismus in Plünderungs-Politiken führen. Mit Hilfe von Gewalt bereichern sich jene, welche um das politische Amt oder um die Macht kämpfen, selbst. Korruption, Missmanagement, überlastende Renten, der Ausschluss vom internationalen Handel und strukturelle Anpassungen können zur ökonomischen Erosion führen. Die politische Situation wird dabei auch durch den

Anstieg von privater und illegaler Gewalt verschlimmert und somit sinkt das Vertrauen in den Staat. An der Tagesordnung der Plünderungspolitiken stehen illegale aber profitable Aktivitäten wie der Drogen-Handel, die Plünderung von natürlichen Ressourcen und die Geldwäsche (vgl. LE BILLON 2001: 569).

3.2.4. Eine mögliche Umkehr des „Ressourcenfluchs“

Dennoch gibt es eine Fülle von Ausnahmen zum Ressourcenfluch sowohl in der entwickelten als auch in der unterentwickelten Welt. So nutzten viele Länder ihre Ressourcen, um eine moderne und erfolgreiche Ökonomie zu errichten. Natürliche Ressourcen hatten in Staaten wie Australien, Botswana, Kanada und Norwegen einen positiven Effekt. Ebenso gibt es historisch viele Beispiele eines ressourcengeführten Wachstums (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 5; BOSCHINI, PETTERSSON und ROINE 2013: 19).

Zwei Dimensionen sind für das Ausmaß, zu welchem natürliche Ressourcen zum Problem werden, ausschlaggebend. Die erste ist die institutionelle Qualität und die zweite ist die technische Anwendbarkeit der Ressourcen. Natürliche Ressourcen hemmen nicht das Wachstum per se, sondern werden erst in Abwesenheit von guten Institutionen zum Problem. Gute Institutionen wiederum können den Ressourcenfluch in an Punktressourcen reichen Ländern herumdrehen (vgl. Kapitel 3.2.2.). Laut der technischen Anwendbarkeit stellen einige Ressourcentypen ein größeres Problem dar, wobei die Hauptantriebskraft des Ressourcenfluchs von Punktressourcen und ihrer Interaktion mit der institutionellen Qualität kommt. Länder mit einem Überfluss an Punktressourcen weisen schlechtere Institutionen und eine schlechtere Regierungsführung auf, wodurch das ökonomische Wachstum negativ beeinflusst wird. Punktressourcen fördern die autokratischen Eigenschaften eines Regimes, während diffuse Ressourcen mit einer demokratischen Regierungsform assoziiert werden. Die Demokratie führt zu Verbesserungen bei fast allen Dimensionen der Wohlfahrt. So geben demokratische Staaten politische Anreize, stellen Grundbedürfnisse bereit und werden seltener von Hunger befallen (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 9; 12; BOSCHINI, PETTERSON und ROINE 2013: 24; 30f).

3.2.5. Politische Maßnahmen gegen den „Ressourcenfluch“

Obwohl es keine strengen Politikvorschreibungen und Beweise für die kausalen Mechanismen gibt, beinhaltet der Ressourcenfluch dennoch auch tiefgreifende

Folgerungen für die Politik. Regierungen können erstens in die Produktivität des Ressourcensektors investieren und die Exporte diversifizieren. Zweitens könnten sie die Ökonomien gegen den Wandel von internationalen Gütermärkten puffern oder Güter-Glücksfälle nehmen, um Aufwärts- und Abwärtstrends zu befürworten. Drittens sollen ressourcenreiche Staaten den komparativen Vorteilen den Rücken zudrehen und ihre Ökonomie mit Hilfe von nicht-ressourcen-basierten Aktivitäten diversifizieren und sie könnten so durch eine Subventionierung des Produktionssektors der holländischen Krankheit entgegen wirken (vgl. Ross 1999: 307).

3.2.6. Zusammenfassung und Ausblick für das nächste Kapitel

In diesem Kapitel wurde der theoretische Zusammenhang zwischen der hohen Ressourcenabhängigkeit eines Landes und seiner negativen wirtschaftlichen Entwicklung sowie anderen Wohlfahrtsindikatoren herausgearbeitet. Erklärung für den „Ressourcenfluch“ gab es dabei aus ökonomischer, politischer, kognitiver, gesellschaftlicher und staatszentrierter Perspektive (vgl. AUTY 2006; Ross 1999; SACHS and WARNER 2001). In Bezug auf den Zusammenhang von Ressourcen und Wohlfahrt zeigt sich, dass Institutionen einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie sich die Wohlfahrtsindikatoren des Landes in ressourcenreichen Ländern entwickeln können. So führen fehlende oder korrupte Institutionen zu negativen Effekten bei Indikatoren wie dem HDI, HPI und dem Prozentsatz der unterentwickelten Bevölkerung (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004). Dennoch gibt es politische Maßnahmen wie die Diversifizierung des Exports, die Befürwortung von Aufwärts- und Abwärtstrends oder die Abwendung von komparativen Vorteilen, welche laut Ross 1999 Regierungen helfen könnten dem „Ressourcenfluch“ entgegen zu wirken.

Allerdings können Ressourcen nicht nur in Bezug auf sozioökonomische Indikatoren und die wirtschaftliche Entwicklung auf der staatlichen Ebene zum Fluch werden, sondern auch eng mit innerstaatlichen Konflikten verbunden sein und sich in dieser Hinsicht als Fluch für einen Staat erweisen. Unter diesem Blickwinkel von Fluch, widmet sich dieses Kapitel der Darstellung des Zusammenhangs von Ressourcen und Gewalt.

3.3. Ressourcen als Fluch - bewaffnete Konflikte

Da traditionell vermehrt der Zugang zu Ressourcen, spezifische Lebensunterhalts-Konflikte und soziale Konflikte über Waldressourcen Aufmerksamkeit erhielten, wurde in der Politischen Ökologie selten die Verbindung zwischen Umwelt, Regimesicherheit und bewaffnetem Konflikt untersucht und eine ernsthafte Behandlung eines Konzeptes, welches Ressourcen mit großmaßstäblicher Gewalt verband, wurde unterlassen (vgl. LE BILLON 2001: 563; LE BILLON 2008: 346).

In vielen Teilen Afrikas stellt der Kampf um Ressourcen wie Diamanten, Mineralien, Drogen und Tropenhölzer „eine wichtigere Ursache für Kriege dar als politische und ethnisch-religiöse Spannungen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 101). Ein Hauptgrund dafür ist „die ökonomische Abhängigkeit eines Landes von Rohstoffen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 101). Ein Reichtum an Rohstoffen, welcher über das Verhältnis von Ressourcenexporten zum BIP gemessen wird, kann zum Fluch werden, wenn „ein funktionierender Staat, eine ausgebildete Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft neutralisiert oder nie entstanden sind“ (BRAITHWAITE und LEWI in ALBRECHT 2007: 153f), und so haben diese Länder ein dramatisch höheres Risiko für einen Konflikt (vgl. COLLIER 2001: 7). Primärgüter dienen zudem oftmals als eine Hauptfinanzierungsquelle für Rebellen und so können „starke‘ Rebellengruppen ‚schwache‘ Zentralregierungen angreifen“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 101), um „die Verfügungsrechte über die Rohstoffe“ (ebd.: 101) zu erhalten. Mit dem Ausbruch von Kriegen kann es in der Folge zu „schweren Menschenrechtsverletzungen, kriminellen Handlungen“ (FRANKE 2007: 5) und zur Bildung von Bürgerkriegsökonomien kommen. Für die „neuen Kriege“ (KLARE 2001: 215) bilden „Ressourcenkonzentrationen“ (ebd.: 215) ein hauptdefinierendes Merkmal und in dieser Hinsicht erhält die Räumlichkeit, die Materialität, die Lage und die politische Ökonomie von Ressourcen eine erhöhte Bedeutung, wobei dies an die Forschung und die letzten Entwicklungen in der Politischen Ökologie, der Wertschöpfungskettenanalyse und der Geographie des Konsums anknüpft (vgl. KLARE 2001: 215; LE BILLON 2008: 346; COLLIER 2001: 7; ALBRECHT 2007: 153f; KRINGS und MÜLLER 2001: 101; FRANKE 2007: 5).

3.3.1. Ressourcen und Gewalt

Die Verwandlung der Natur in ein handelbares Gut ist ein starker politischer Prozess und obwohl der Verwandlungs-Prozess friedlich und kooperativ sein

kann, ist er dennoch oft konfliktreich. Ob es in Verbindung mit Ressourcen zu Gewalt kommt und ein Risiko von Konflikten besteht, bestimmen eine Reihe von Faktoren, die in folgendem Kapitel Erwähnung finden (vgl. LE BILLON 2001: 568).

Das Hauptargument für sogenannte Konfliktressourcen ist, dass bestimmte Ressourcen finanzielle Möglichkeiten für Aufständische bieten, wobei jedoch manche Ressourcen für die Motivation von Konflikten anfälliger sind als andere. Dies sind dabei meist wertvolle, für die schwächere Partei leicht zugängliche Ressourcen. Sie können sowohl zur Kriegsfinanzierung dienen als auch eine Gewalt verursachen (vgl. LE BILLON 2008: 349; FRANKE 2007: 5).

3.3.1.1. Die Ressourcenknappheits-Hypothese

Laut der Ressourcenknappheitshypothese kämpfen Menschen oder Nationen miteinander, um den Zugang zu überlebensnotwendigen Ressourcen zu erhalten. Der Kampf ist umso schlimmer, je knapper die Ressource ist (vgl. LE BILLON 2001: 564).

Zur Generalisierung der Ressourcenknappheits-Hypothese gibt es allerdings auch Gegenargumente. Erstens können Ressourcenknappheit und Bevölkerungsdruck zu sozioökonomischer Innovation und zu einer Diversifizierung der Ökonomie führen, was in einer gerechteren Aufteilung von Macht in der Gesellschaft resultiert. Zweitens können der internationale Handel und der Marktmechanismus eine lokalisierte Knappheit ausgleichen und Innovationen und Veränderungen bewirken. Drittens ist der Staat in ressourcenarmen Ländern eher von den diversifizierten, finanziellen Inputs der Gesellschaft abhängig als in ressourcenreichen Ländern, wodurch er auch konfliktärmer ist. Zuletzt können auch die Eliten in ressourcenarmen Ländern Humankapital entwickeln anstatt die seltenen oder nicht-existierenden Ressourcenrenten zu schützen (vgl. LE BILLON 2001: 564).

3.3.1.2. Die Ressourcenüberfluss-Hypothese

Der Ressourcenüberfluss-Hypothese zu Folge stellt die Verfügbarkeit über überflüssige Ressourcen eine „Belohnung“ (LE BILLON 2001: 564) der staatlichen und territorialen Kontrolle dar und erhöht daher das Risiko von gier-getriebenen Konflikten. Da bei Primärgütern leicht eine starke Versteuerung vorgenommen werden kann, sind sie für die führenden Eliten und ihre Konkurrenten und

Konkurrentinnen sehr attraktiv. Die Erlöse davon geben bewaffneten Gruppen die notwendigen Mittel für den Kauf von Militärausstattung. Das resultiert in einer Kommerzialisierung der bewaffneten Konflikte und der Handel mit natürlichen Ressourcen wird in die staatliche Ökonomie integriert (vgl. LE BILLON 2001: 564f).

Sowohl die Ressourcenüberflusshypothese als auch die Ressourcenknappheitshypothese verabsäumen zu erklären, warum der Überfluss oder die Knappheit von wertvollen Ressourcen notwendige oder ausreichende Faktoren von Konflikten sind. Eine Beachtung soll daher den technologischen, historischen und sozialen Umständen, die zum Ressourcenabbau führten, sowie den sozialen Verbindungen geschenkt werden. Die Verfügungsrechte sind an soziale Identitäten, die Ethnizität, die Klasse oder die Religion geknüpft. Neben diesen sollen auch die gesellschaftliche Ressourcenabhängigkeit, die Lage und Verteilung der Ressourcen, die Plünderbarkeit, die Materialität, die Qualität der Institutionen und die Konflikthanfälligkeit des Staates sowie die politische Ökonomie der Ressourcen berücksichtigt werden. So wird aus einer Sicht der politischen Ökonomie die Abhängigkeit auch von der Schaffung von Märkten und den damit verbundenen Handelsketten beeinflusst. Insgesamt sind dies Faktoren, welche für den Ausbruch von Kriegen ausschlaggebend sind und somit zum Konfliktverlauf beitragen können. Da die Muster der Ressourcenausbeutung den Zustand der Umwelt beeinflussen, kann man von einer Politischen Ökologie des Krieges sprechen (vgl. LE BILLON 2001: 565f).

3.3.1.3. Die historische Dimension der Ressourcen

Für gegenwärtige ressourcen-verbundene Konflikte ist die historische Dimension zentral, da bewaffnete Konflikte als historische Prozesse der dialektischen Transformation von Natur und sozialen Gruppen angesehen werden. Sie wurden durch den Merkantilismus, den kolonialen Kapitalismus und die staatliche Kleptokratie beeinflusst und so betrachtet man diese Konflikte im Kontext ihrer Entstehungsgeschichte (vgl. LE BILLON 2001: 563).

3.3.1.4. Die geographische Dimension der Ressourcen

Die Verteilung von natürlichen Ressourcen und ihren Einkommen kann ein Ansporn für einen Konflikt sein. Auf Grund eines unfairen Zugangs zu natürlichen Ressourcen, einer unzufriedenen Verteilung der Vorteile und eines Mangels an

Kontrolle können Rebellengruppen veranlasst werden, die Regierung zu bekämpfen. Wenn die Ressourcen an Wichtigkeit gewinnen, fokussiert sich der Schwerpunkt der militärischen Aktivitäten auf die ökonomisch signifikanten Felder. Rebellengruppen werden dort, wo die Ressourcen und Transportrouten verortet sind, veranlasst dauerhafte Festungen zu gründen. Eine geographische Klassifizierung der Ressourcen erfolgt in Bezug auf ihre Nähe, ihre Konzentration als auch in Bezug auf ihre Fragmentierung und Peripheralisation (vgl. LE BILLON 2001: 570; RUSTAD und BINNINGSSBO 2012: 534).

3.3.1.4.1. Distanz

Die erste geographische Dimension ist jene der Nähe oder Distanz, wobei es nähere und weiter vom Zentrum entfernte Ressourcen gibt. Je größer die Distanz zwischen der Ressource und dem Kontrollzentrum ist, desto größer ist das Risiko die Rohstoffe an Rebellengruppen zu verlieren. So wird eine Ressource, welche nahe zur Hauptstadt liegt, weniger wahrscheinlich von Rebellen geplündert, als eine näher an einer Grenze liegende Ressource (vgl. LE BILLON 2001: 570).

3.3.1.4.2. Konzentration

Die zweite geographische Dimension ist jene der Konzentration und hier erfolgt eine Unterscheidung zwischen Punktrressourcen und diffusen Ressourcen. Punktrressourcen konzentrieren sich auf eine Gegend und zu ihnen zählen Ressourcen wie Öl, Plantagen und von extrahierenden Industrien abgebaute Mineralien und Erze. Auf Grund ihrer Konzentration können sie mit einem geringen Kostenaufwand geschützt und kontrolliert werden. Dennoch gibt es bei diesen Ressourcen eine ungleiche Machtverteilung, da vertikale Verbindungen zwischen verschiedenen Agenten wie Shareholderinnen und Shareholder, Managerinnen und Manager und Arbeiterinnen und Arbeiter vorherrschen. Diffuse Ressourcen erstrecken sich über größere Flächen und werden von produzierenden Industrien über große Gebiete hinweg abgebaut. Darunter fallen die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei (vgl. BULTE, DAMANIA und DEACON 2004: 2; LE BILLON 2001: 570; ADDISON, LE BILLON und MURSHED 2003: 384).

Länder mit Punktrressourcen haben eine höhere Neigung für Konflikte und diese führen oft zu schlechtem ökonomischem Wachstum und patrimonialen Regimen. Diese Staaten weisen einerseits hohe Stufen von politischer Gewalt auf und sind

andererseits aber auch von vollständigen Konflikten wie in Angola, Congo-Brazzaville, der Demokratischen Republik Kongo und Sierra Leone geprägt (vgl. LE BILLON 2001: 570; ADDISON, LE BILLON und MURSHED 2003: 384).

3.3.1.4.3. *Fragmentierung bzw. Peripheralisation*

Die dritte geographische Dimension erfolgt in Bezug auf die Fragmentierung bzw. die Peripheralisation. Die Fragmentierung bezieht sich dabei auf die Verteilung der Bevölkerung und ihrer ökonomischen Aktivitäten, wobei sich die Bevölkerungsgruppen in Krisenzeiten auf sichere Gegenden konzentrieren und große Regionen dadurch entvölkert bleiben. Damit einher geht eine Umgestaltung ihrer ökonomischen Aktivitäten und soziopolitischen Strukturen auf die sicheren Gegenden. Geographisch begrenzte ökonomische Aktivitäten und jene von früheren Friedenszeiten schrumpfen. Es erfolgt daher ein struktureller Wandel von der Produktion zu den Dienstleistungen, was zudem ein Wachstum von informellen Aktivitäten bewirkt. Wegen der Fragmentierung können Führer und Führerinnen Schwierigkeiten bekommen, Verbündete zu halten und Untergeordnete zu kontrollieren. Wenn die Regierung außerdem nicht fähig ist, die Tauschmittel (wie Fahrzeuge, Flughäfen, Straßen, Bankkonten, etc.) zwischen der Ressource und der offenen Ökonomie zu monopolisieren, bleibt für Verbündete und Untergeordnete Platz, ökonomisch autonom zu werden. Zur Vermeidung einer Fragmentierung werden daher Soldaten und Soldatinnen und Familien unterstützt und die Führung nimmt Autorität über Zwang, Charisma oder starke Ideologien an. Auch radikalere Maßnahmen wie strikte Disziplin, harsche Sanktionen, gezwungene Anwerbung, Indoktrination innerhalb der Bewegung und eine gewalttätige Unterdrückung der Gewalt werden manchmal angewendet (vgl. LE BILLON 2001: 571).

Mit der Fragmentierung eines Konfliktes geht die ‚*Peripheralisation*‘ (LE BILLON 2001: 571) von ökonomischen Netzwerken einher. Da das Risiko des internen Handels wächst, wird dieser in Folge durch grenzüberschreitenden Handel ersetzt und damit werden die für ressourcenreiche Ökonomien charakteristische Kapitalflucht und Importabhängigkeit verschärft. Grenzstädte und internationale Gateways gewinnen an Bedeutung und das führt zu einer Peripheralisation und Fragmentierung von politischer Macht. Wenn eine große Bevölkerungsgruppe von Flüchtlingen unter der Kontrolle von politischen Fraktionen zu einem

Machtzentrum wird, bildet sich eine „zentrale Peripherie“ (ebd.: 571) heraus. Die sich bildenden neuen Territorien erstrecken sich über verschiedene Skalen von Netzwerk-Ökonomien und so werden zum Beispiel Rebellen in Sierra Leone mit Diamanten-Käufern in New York verbunden. Durch die Handlungen werden sowohl Satellitenbevölkerungen als auch Firmen und in die Ressourcenausbeutung involvierte Zwischenhändler beeinflusst (vgl. LE BILLON 2001: 571f).

Die vorgestellte Typologie ermöglicht die Eingliederung einer geographischen Perspektive in die Debatte über den Ressourcenkrieg, welcher viel Besorgnis in der Zeit nach dem Kalten Krieg verursachte. Besonders die Berücksichtigung der räumlichen Verteilung von Ressourcen wie Punkt vs. Diffus, Nah vs. Fern auf einer Vielfalt von Ebenen gab erstmals die Möglichkeit einer Analyse, welche historisch außerhalb der Reichweite der Politischen Ökologie lag (vgl. LE BILLON 2001: 575f).

3.3.1.5. Soziale und natürliche Rahmenbedingungen

Da bei Ressourcen nicht nur die physische Konfiguration wichtig ist, ist eine umwelt-deterministische Sichtweise nicht ausreichend. So sehen sich nicht alle von Plünderressourcen abhängigen Länder mit Krieg konfrontiert. Zentral für den Ausbruch eines Krieges sind auch politische und ökonomische Faktoren sowie Identitätsfaktoren. Entscheidend für die Entstehung von verschiedenen Konflikttypen sind die „sozialen und natürlichen Rahmenbedingungen“ (ALBRECHT 2007: 158) (vgl. ALBRECHT 2007: 157; LE BILLON 2001: 580, RUSTAD und BINNINGSSBO 2012: 535).

Zudem ist die Möglichkeit eines Kampfes bedeutend, um den Ausbruch eines innerstaatlichen Konfliktes zu verstehen. Dort, wo Konflikte über eine Ressourcenplünderung durchführbar sind, dort wird ein Konflikt auftauchen. Menschen leiden unter dieser Gewalt, wenn die soziale Ordnung vorenthalten wird. Zudem kann die Ressource auch die Verletzlichkeit von Gesellschaften erhöhen und somit wird das Risiko eines bewaffneten Konflikts gesteigert (vgl. RUSTAD und BINNINGSSBO 2012: 535; LE BILLON 2001: 581).

3.3.1.6. Schwäche des Staates

Ein Ressourcenreichtum kann eine Staatsschwäche verursachen und dies erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs (vgl. ROSS 2004a: 42; FEARON and LAITIN 2003), wobei dieser Zusammenhang dennoch auch umgekehrt gilt. Fehlende staatliche Strukturen können zu einem unzureichenden Ressourcenmanagement und zu einer „Missachtung ökologischer und sozialer Standards“ (FRANKE 2007: 6) führen. Wenn es zu einer ungleichen Aufteilung und Verteilung der Gewinne kommt, können gewaltsame Konflikte entstehen. Dieses Phänomen ist dabei unter dem „Paradoxon des Reichtums“ (FRANKE 2007: 6) bekannt, welches den „direkten Zusammenhang zwischen fragiler Staatlichkeit, der Gewinnung von Ressourcen und der Entstehung von Gewaltkonflikten“ (ebd.: 6) beschreibt (vgl. FRANKE 2007: 6; ROSS 2004a: 42).

In den 1990er Jahren ging politische Gewalt mit einer Schwäche des Staates einher und diese rief Bürgerkriege hervor (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 100; ROSS 2004a: 36). Nicht nur der

„funktionstüchtige (raumerschließende und ressourcenkontrollierende) Staat, sondern der sogenannte ‚schwache‘ Staat und Prozesse des Staatszerfalls sowie die damit verbundene Erosion staatlicher Institutionen hatten erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt“ (KRINGS und MÜLLER 2001: 100).

Eine Charakterisierung des schwachen Staates und seiner Ursache wird dabei von KRINGS und MÜLLER (2001: 99f) vorgenommen und so wird hauptsächlich die politisch-ökonomische und soziale Krise des postkolonialen Staates dafür verantwortlich gemacht. Noch immer weisen viele post-koloniale afrikanische Staaten kolonial geprägte Herrschaftsstrukturen auf, in welchen die „Administration, das Militär und die Polizei aufgebläht“ (ebd.: 100) wurden. In Bezug auf die Regionalpolitik gab es meist eine Förderung der Hauptstadtregion und eine Vernachlässigung der Dezentralisation. Somit wurde kein Wert auf den „Aufbau einer sozialen Infrastruktur in den peripheren Provinzen“ (ebd.: 100) gelegt, was zu einer Verschärfung der ökonomischen Situation führte. In Folge wiesen viele Regierungen eine Zahlungsunfähigkeit auf und aus den meist „unzufriedenen, schlecht bezahlten Fraktionen der Polizei oder Teilen der Präsidentengarde“ (ebd.: 100) bildeten sich Oppositionelle, „welche den Zentralstaat gewaltsam bekämpften“ (ebd.: 100). Hinzu kam, dass die ausländische Unterstützung für viele Regierungen und Rebellengruppen nach

dem Kalten Krieg abnahm. Um ihre Militäraktivitäten und politischen Aktivitäten weiter zu erhalten, wurden die Aufständischen somit von privaten Unterstützungsquellen abhängig. Da sie ihr eigenes Kapital erheben mussten, entwickelten sie in Folge ökonomische Interessen und Strategien, welche vorher nicht gebraucht wurden. Somit wurde eine neue Ökonomie des Krieges definiert. Durch den internationalen Handel von Primärgütern und den Rückgang der Unterstützung durch Strukturanpassungsprogramme kam es zu einer Neuanpassung der Akkumulationsstrategien vieler südlicher Eliten. Sie bedienten sich der Schattenpolitiken und der informellen Ökonomien und fingen an privatisierte Firmen zu kontrollieren. Auf Grund der Fähigkeit von Aufständischen auf private, illegale Finanzierungsflüsse zurückzugreifen und ihren „Verbindungen zur internationalen Kriminalität“ (MÜNKLER 2004: 184), wurde der Einfluss von multilateralen Agenturen wie dem Internationalen Währungsfonds oder den Vereinten Nationen reduziert. Folglich fehlte es diesen an Druckmitteln und ihre Fähigkeit, wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen, wirkte nur beschränkt. Wenn sie Sanktionen verhängten, trafen diese oftmals die lokale Bevölkerung, wobei diese Konsequenzen dann weltweit über die Presse verlautbart wurden und die „Sanktionsregime unter moralischen Druck“ (MÜNKLER 2004: 184) gerieten. Sie konnten dadurch den Krieg nicht mit Hilfe ökonomischer Mittel beenden und trotz einer Unterstützung der bewaffneten Konfliktausgaben durch inländische und ausländische Staatsbudgets wurde der illegale Handel mit Gütern wie Drogen, Holz oder Mineralien zur Finanzierung von Konflikten genutzt (vgl. KRINGS und MÜLLER 2001: 99; LE BILLON 2001: 562; MÜNKLER 2004: 184).

3.3.2. Die Ressourcen-Bürgerkriegskorrelation

Bürgerkriege bewirken eine Ressourcenabhängigkeit und nicht umgekehrt. Durch sie kommt es zu einer Flucht des Produktionssektors und der Ressourcensektor wird somit automatisch als die Hauptantriebskraft der Ökonomie zurückgelassen. Da dieser ortsspezifisch ist, kann er auch nicht abweichen. Allerdings lässt diese Korrelation keinen umgekehrten Kausalzusammenhang zu, da die Bürgerkriege erst anfangen, nachdem sie eine Schwelle der Gewalt überschritten haben. So herrschen vor Ausbruch des Bürgerkrieges Jahre mit niedrigen Stufen von Feindlichkeit vor, welche Herstellungsunternehmen vertreiben. Eine höhere Ressourcenabhängigkeit entsteht, bevor der Bürgerkrieg überhaupt beginnt (vgl. Ross 2004a: 36).

Bei der Verbindung von Ressourcen und Konflikten werden bei ALBRECHT (2007: 158) zwei verschiedene Typen unterschieden. Der erste Typ ist die Raubökonomie oder die Plünderung von Ressourcen. Der zweite Typ bezieht sich auf die direkte Ressourcenausbeutung von Diamanten, Edelmetallen und Tropenhölzern, welche durch Sklaven- bzw. Zwangsarbeit gekennzeichnet ist. Raubökonomien können sich in verschiedenen Regionen durch den „Verkauf von (zukünftigen) Schürf-, Abbau-, Explorations- und Nutzungsrechten an (ausländische) Unternehmen (oder Staaten)“ (ebd.: 159) entwickeln. Wenn es einen Mangel an leicht absetzbaren Rohstoffe gibt, dann gewinnt „die Erhebung von Steuern, Zöllen oder Bestechungsgeldern auf legale und illegale Produkte“ (ebd.: 159) an Bedeutung (vgl. ALBRECHT 2007: 158f).

Ross (2004: 40) schlägt auch zwei Mechanismen zur Verbindung von Ressourcen und Konflikten vor. Es gibt jene, die sich auf die Motive oder „Missstände“ (Ross 2004: 40) von Rebellenorganisationen fokussieren und jene, welche sich auf ihre Finanzierungsmöglichkeit konzentrieren. Natürliche Ressourcen haben zudem auch einen Einfluss auf die Dauer von Konflikten und können eine Abspaltung bewirken. Zudem ist eine Friedensperiode nach einem Ressourcen-Konflikt kürzer als eine Friedensperiode nach Nicht-Ressourcen-Konflikten (vgl. Ross 2004a: 40; RUSTAD und BINNINGSSBO 2012: 532).

3.3.2.1. Der Finanzierungs-Mechanismus

Da Primärgüter sehr offen für Besteuerung und Plünderung sind, wird dadurch die Motivation und Finanzierung von Konflikten erleichtert. Einerseits bieten natürliche Ressourcen ungewöhnliche Finanzierungsmöglichkeiten, andererseits sind sie mit minimaler bürokratischer Infrastruktur für die Regierung und Rebellengruppen gleichermaßen leicht zugänglich. Wenn Rebellen Ressourcen abbauen und in der Folge verkaufen können oder jene, die dies machen, mit Geld erpressen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges, da bewaffnete Gruppen über den Verkauf von natürlichen Ressourcen Einkommen oder individuellen Wohlstand erhalten. Dennoch führen Rebellen keinen Konflikt in der Vorahnung eines Ressourcenreichtums ein, sondern finanzieren stattdessen damit die Startkosten der Rebellion. Sie nutzen die Vorkriegs-Phase, um Waffen zu kaufen und SoldatInnen anzuheuern. Insgesamt wird damit ein Konflikt erzeugt, welcher groß

genug ist, um als Bürgerkrieg klassifiziert zu werden (vgl. ROSS 2004a: 40; SWITZER 2001: 9; LE BILLON 2001: 569).

Rebellengruppen können aber auch von Firmen in der Region Schutz-Fonds erpressen. Ressourcenaktivitäten sind im Gegensatz zu anderen ökonomischen Aktivitäten räumlich fixiert, wodurch der Ressourcenabbau für Unternehmen eine spezifische Charakteristik erhält. Da Unternehmen die Lage der Ressourcen nicht bestimmen können, kann keine Umsiedelung der Ausbeutungsaktivitäten erfolgen und so halten sie meist ihren Zugang zu Ressourcen aufrecht und schützen ihre Investments, um diejenigen, die in der Macht sind, zu bezahlen. Um zu überleben, müssen sie sowohl Zahlungen an die Rebellen tätigen, als auch einen Profit aus den Ressourcen ziehen (vgl. LE BILLON 2001: 569).

3.3.2.2. *Der Missstands-Mechanismus*

Der Missstands-Mechanismus ist die zweite Möglichkeit, welche zu einem Bürgerkrieg führen kann, und er besagt, dass ein Bürgerkrieg durch Armut und Knappheit entsteht. Der Ressourcenabbau schafft wegen Landenteignung, Umweltdegradation, Umweltrisiken, ungenügenden oder inadäquaten Arbeitsmöglichkeiten sowie wegen sozialen Störungen, welche durch die Arbeitsmigration verursacht wurden, unter der lokalen Bevölkerung Missstände. Da der großmaßstäbliche Bergbau einen weitverbreiteten Einfluss auf die Landschaft hat, kann sich ein Konflikt auch auf Grund von einer Umweltverschmutzung bilden und Leute vertreiben oder sie auf Grund der Landenteignung ihrer Vorteile berauben (vgl. ROSS 2004a: 41).

Zudem stellt der kleinmaßstäbliche Bergbau für schlecht-ausgebildete Ortsansässige eine von wenigen Möglichkeiten dar, um in der Region eine Anstellung zu bekommen. Konflikte bilden sich daher unter der Bevölkerung über die Kontrolle der Ressourcen (vgl. SWITZER 2001: 10).

Wenn der Missstands-Mechanismus zu einem Bürgerkrieg führt, werden oftmals Ressourcenfirmen das Gewalt-Ziel von Rebellengruppen. Daher sollte ein Augenmerk auf jene Rebellen gelegt werden, welche Ressourcenfirmen in ihrer Propaganda kritisieren (vgl. ROSS 2004a: 41; SWITZER 2001: 11).

3.3.2.3. *Verschlimmerungs-Mechanismus*

RUSTAD und BINNINGSBO (2012: 535) schlagen einen weiteren Mechanismus vor, in welchem Ressourcen nicht direkt involviert sind, sondern einen Konflikt verschlimmern können. Beispiele, welche zur Verschlimmerung eines Konfliktes beitragen können, sind die Nähe zu (potentiellen und realen) Ölpipelines, das Wissen über natürliche Ressourcenreserven und die Umweltdegradation. Letztere kann zu Konflikten führen, da der Lebensunterhalt einer großen Anzahl an Menschen von der Umwelt abhängt und eine Degradation somit mit einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse einhergeht (vgl. RUSTAD und BINNINGSBO 2012: 535).

3.3.2.4. *Einfluss auf die Dauer eines Bürgerkrieges*

Als vierte Option kann ein natürlicher Ressourcenreichtum die Dauer eines Bürgerkriegs beeinflussen, wobei ROSS (2004a: 43) in dieser Hinsicht zwei Mechanismen zur Verlängerung oder Verkürzung des Konfliktes vorschlägt. Erstens kann der Ressourcenreichtum einen Konflikt verlängern, wenn er Rebellen ermöglicht, sich selbst zu finanzieren. Aufständische erhalten über den bewaffneten Konflikt ökonomische und politische Berechtigungen sowie Möglichkeiten, welche über Frieden oder Sieg nicht erreicht werden können. Zweitens tendiert der Ressourcenreichtum dazu, die Dauer von Bürgerkriegen zu verlängern, wenn er eine Förderung für die schwächere Seite ermöglicht. Sobald die Kriegsplünderung für Soldaten oder Offiziersbefehle profitabel ist, werden Friedenszahlungen entmutigt (vgl. LE BILLON 2001: 578; ROSS 2004a: 42f).

„Rebel groups in Angola, Sierra Leone, Democratic Republic of Congo (DRC) and elsewhere enrich themselves through the sale or exchange of diamonds... economic interests not only shape the conflict, but, if the economic advantage of fighting outweighs that of peace, perpetuate it as well“ (SHERMAN 2000: 699 in ROSS 2004a: 44)

Zudem kann die Gegenwart von plünderbaren Ressourcen die AuftraggeberInnen-AuftragnehmerInnen Probleme innerhalb der einen oder innerhalb von beiden Armeen verschlimmern, da sie Soldaten und Soldatinnen den Ansporn gibt persönlichen Wohlstand zu akkumulieren, anstatt kommandierenden Offizieren und Offizierinnen zu gehorchen. Für Vermittler und Vermittlerinnen wird es schwieriger, eine verbindende, vollziehbare Vereinbarung zu erreichen (vgl. ROSS 2004a: 44f).

3.3.2.5. *Anreiz für die Bildung eines separaten Staates*

Die fünfte Möglichkeit, welche eng mit der Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges verbunden ist, ist die Anreiz für die Bildung eines separaten Staates und auf diese Weise können Rohstoffe für Ansässige in ressourcenreichen Gegenden eine gefährliche Abspaltung bewirken. Ein Konflikt beginnt dennoch meist erst, nachdem eine separate Region mit einem abbaufähigen Ressourcenreichtum identifiziert wurde (vgl. Ross 2004a: 41). In diesem Fall stellt die Ressourcen-Eroberung nur eine de facto Souveränität von Regionen her, welche für die Ressourcenkontrolle und den Handel notwendig ist (vgl. LE BILLON 2001: 573; Ross 2004a: 41f).

3.3.2.6. *Empirische Fälle*

Dass es keinen Beweis für den Finanzierungs-Mechanismus und wenig Beweise für den Missstands-Mechanismus gibt, zeigt Ross (2004a: 50) bei der Anwendung seiner Hypothesen auf empirische Fälle. In der Empirie wurde nur nachgewiesen, dass Ressourcen auf vier unterschiedliche Weisen ihren Beitrag zum Anfang, zur Dauer und zur Intensität von Konflikten leisteten. Der Ressourcenreichtum verlängerte dabei acht Konflikte, kürzte zwei und hatte auf zwei einen gemischten Effekt und es gab nur einen, auf welchen er keinen Effekt hatte (vgl. Ross 2004a: 50ff; 56).

Insgesamt gibt es dennoch keine generelle Verbindung zwischen natürlichen Ressourcen und internem Konflikt. Mit einer Ausnahme von öl-abhängigen Staaten gibt es wenig Beweis dafür, dass dieser auftauchen muss. In der Realität herrscht viel eher ein differenziertes Muster vor. Ressourcen werden meist in die politische Ökonomie von Bürgerkriegen integriert, auch wenn es wenige Kriege gibt, welche ursprünglich durch die Kontrolle von Ressourcen motiviert wurden (vgl. LE BILLON 2008: 348; WELSCH 2008: 511; LE BILLON 2001: 580f).

3.3.3. *Die Vorteile von Ressourcen für bewaffnete Gruppen*

Da die Ausbeutung und der Handel von natürlichen Ressourcen für bewaffnete Gruppen viele Vorteile bieten, gewannen diese in Konflikten an Bedeutung. Erstens benötigt die Primärgüterproduktion im Gegensatz zum Herstellungssektor weder komplexe Informationen und Transaktionen noch einen kontinuierlichen Fluss spezialisierter Inputs. PrimärgüterproduzentInnen können somit im Vergleich

zu anderen Sektoren eine räuberische Besteuerung leicht überleben. Zweitens ist das Durchhaltevermögen der Primärgüterproduktion während eines Konfliktes für bewaffnete Gruppen vorteilhaft. Diese benötigen die fortlaufenden Einkommensquellen und sind durch die geringen Investitionen und Inputs begünstigt. Drittens sind Primärgüter wie Minerale und Holz eher allgemeine als markengeschützte Produkte und dadurch ist ihr Ursprung schwieriger festzustellen. Unternehmen haben somit die Möglichkeit die Herkunft zu verstecken und können die Produkte heimlich an bewaffnete Gruppen in den Konfliktzonen verkaufen, wodurch Nicht-Staatsakteure und illegale Organisationen wie Rebellengruppen Vorteile erhalten (vgl. COLLIER 2000: 94 in NEST 2011: 69). Viertens können Rebellengruppen in den Bergbau involviert werden und somit steigt die Wahrscheinlichkeit für sie im Bergbausektor zu bleiben. Die Fähigkeiten aus der Region zu migrieren sowie das Kapital zu transferieren, beizubehalten oder einen Job in einem anderen Sektor zu finden werden dabei begrenzt (vgl. NEST 2011: 69; COLLIER 2000: 94).

Im Kontext von Krieg kommt es zudem zu einer Erleichterung der Primärgüterproduktion für private Unternehmen. Einerseits geschieht dies, weil die Minerale standortspezifisch sind, und andererseits, weil die Minen nur kostspielig entwickelt werden können. Dabei sind die Profite der Bergbau-Unternehmen von den Operationen in den Konfliktzonen abhängig und sie werden daher versuchen diese weiterzuführen und trotz Risiken Investitionen tätigen. Somit kann sich zwischen den Bergbau-Unternehmen und den bewaffneten Gruppen ein andauernder Verhandlungsprozess bilden und als Gegenleistung zu ihrem Schutz produzieren die Unternehmen für die bewaffneten Gruppen Einkommen (siehe auch Kapitel 3.4.2.1.) (vgl. NEST 2011: 70).

3.3.4. Miteinbeziehung der Bevölkerung

Neben „gier-getriebenen“ (LE BILLON 2008: 346) Warlords, welche Zwangsarbeit anwenden, sind auch hunderttausende Männer, Frauen und Kinder im Ressourcenabbau beteiligt und sie hoffen in einem Kontext von chronischer Armut und weitverbreitetem Missbrauch, dass „Glück stärker als der Tod“ (DE BOECK 2001 in LE BILLON 2008: 346) ist. Beim Beispiel Diamanten profitierten dadurch zum Beispiel viele Diamanten-Unternehmen von Konfliktdiamanten und verspotteten die Versuche, den Handel zu kürzen (vgl. LE BILLON 2008: 346).

Traditionelle Erklärungen der Ökonomie von Rebellionen nahmen einen Top-Down-Ansatz an und fokussierten sich auf den Kampf über die Steuergrundlage zwischen der existierenden Regierung und der Rebellenorganisation. In dieser Hinsicht wurde nur ein Blick auf zwei Parteien geworfen und sie ließen die Vielfalt und Fragmentierung von Kämpfern und Kämpferinnen sowie den Mangel einer einheitlichen Führung außer Acht. Die Untersuchungen fokussierten sich auf jene Gewalt, welche von politischen Führern und Führerinnen angewendet wurde und einen großmaßstäblichen Konflikt verursachte. Um Ressourcenkriege zu verstehen, wird dennoch ein Bottom-Up-Ansatz benötigt. Es sind die gewöhnlichen Leute, welche Gewalt anwenden, um Ressourcenrenten zu erhalten. Dadurch hat auch die Bevölkerung einen Einfluss auf den Ausbruch eines Krieges. Je mehr Leute bei der Aneignung und Ausbeutung von Ressourcen aktiv sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten internen Konfliktes (vgl. WELSCH 2008: 504f).

3.3.5. *Verhinderung von Sieg und Frieden*

Aufständische bevorzugen nicht immer einen vollständigen Sieg. Die Militärkräfte der Regierung und der Rebellengruppen können oftmals Wohlstand und Status von der Fortsetzung eines Krieges erhalten und somit einen Frieden verhindern. Ein entscheidender Sieg würde eine Demobilisierung und einen Verlust von Akkumulationsmöglichkeiten bedeuten und daher ist das Ergebnis oft eine Vermeidung von totalem Krieg. Stattdessen wird die Gewalt oftmals unter der Kriegsschwelle fortgeführt, was einen direkten Verlust minimiert und die direkten Gewinne erhöht. Angola, Liberia und Sierra Leone sind Beispiele für „profitable Konflikte“ (ADDISON, LE BILLON und MURSHED 2003: 369), welche durch Perioden von Kooperation zwischen Aufständischen charakterisiert waren (vgl. ADDISON, LE BILLON und MURSHED 2003: 369).

Die niedrige Intensität bedeutet allerdings nicht, dass die Auswirkungen auf die Bevölkerung ebenso niedrig sind. Die meisten niedrigen Intensitätskriege sind im Gegenteil dazu durch eine extreme Gewalt gegen die Zivilbevölkerung charakterisiert, wobei diese oft ökonomisch motiviert waren und durch Plünderung, Zwangsarbeit oder durch einen Ausschluss der lokalen Gemeinschaften von der Sicherung der Ressourcen entstanden waren. Zudem werden bei der Ausbeutung von Ressourcen Migrationsarbeit oder internationale Korporationen erlaubt.

Zivilisten können diese Gewalt anwenden, um den eigenen Lebensunterhalt zu erhalten oder um sich selbst zu schützen. Oftmals werden auch die Kosten eines friedlichen Verhaltens lebensbedrohlich oder unerträglich (vgl. ADDISON, LE BILLON und MURSHED 2003: 369f).

3.3.6. Konfliktresolutionen

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Friede nach Konflikten über natürliche Ressourcen scheitert, ist höher als nach Konflikten ohne natürliche Ressourcen, wobei ärmere und unterentwickelte Länder darüber hinaus ein größeres Risiko für das Wiederauftreten eines Krieges haben. Ein friedvolles Verhalten kann außerdem durch mangelhaft entwickelte demokratische Strukturen verhindert werden. Zudem kann der Einfluss von externen Friedensinitiativen durch einen Ressourcenreichtum geschwächt werden, da es der internationalen Gemeinschaft oft an „Kohäsion, Bereitschaft oder Einfluss“ (LE BILLON 2001: 578) für eine Übereinstimmung mangelt. Bilaterale Akteure sind außerdem oft dazu geneigt, die innerstaatlichen Anti-Reform-Interessen anzupassen, um sich die Handelsvorteile für ihre Unternehmen zu sichern. Wenn Ressourcen-Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen auftreten, können diese Spaltung und Hass verstärken und die Wahrscheinlichkeit eines dauerhaften Friedens senken. Gruppen, welche den Staat bekämpfen, haben in diesem Fall von der Rebellion wenig zu verlieren (vgl. RUSTAD und BINNINGSSBO 2012: 532f; LE BILLON 2001: 578).

Zur Vermeidung und Lösung von Konflikten werden verschiedene Vorschläge gemacht und so soll erstens die Rolle der Ressourcen in der politischen Ökonomie adressiert werden. Zweitens soll eine Aufdeckung der Selbstinteressen von betroffenen Akteure und Akteurinnen, ob sie nun Fußsoldatinnen und Fußsoldaten, Warlords, Politikerinnen und Politiker oder multinationale Unternehmen sind, erfolgen. Drittens sollen Ressourcen zwischen lokalen Kommandantinnen und Kommandanten und Fußsoldatinnen und Fußsoldaten aufgeteilt werden, da diese zur Bewahrung der Verfügungsrechte ansonsten Widerstand leisten würden (vgl. LE BILLON 2001: 580). Viertens könnte eine ausländische Direktinvestition in den Ressourcensektor und die daraus resultierende ökonomische Entwicklung die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes reduzieren. Soziale Spannungen können dennoch durch groß angelegte Entwicklungsprogramme verschlimmert werden, da die erwarteten

Entwicklungsgewinne für die Gemeinschaften möglicherweise nicht materialisiert werden können (vgl. LE BILLON 2001: 580; SWITZER 2001: 8).

Für LE BILLON (2001: 580) beinhalten Langzeit-Lösungen konstitutionelle Reformen und gemeinschaftliche Praktiken. Darunter fallen eine Diversifizierung der Ökonomie und eine Reform des internationalen Handels genauso wie Reformen der lokalen Regierungsform. Während Krisenperioden wurde zudem oft ein größerer Zugang zu internationalen Märkten, zu fairen und transparenten Ressourceneinkünften sowie zu Allokationsschemata und zu nachhaltiger Unterstützung nicht in die Praxis umgesetzt und abgezielte Sanktionen gegen profitable, bewaffnete Konfliktökonomien, welche lange in Entwicklungs- und Friedensbildungsagenden waren, nicht verwirklicht (vgl. LE BILLON 2001: 580).

3.3.7. Zusammenfassung und Ausblick

Dieses Kapitel beschäftigte sich mit dem Zusammenhang von Ressourcen und Gewalt und listete die verschiedenen Faktoren, welche einen Einfluss auf den Ausbruch eines Konflikts mit Ressourcen haben, auf. Dabei spielen sowohl die Geographie, als auch die Geschichte der Ressourcen sowie die sozialen und politischen Umstände eine bedeutende Rolle (vgl. LE BILLON 2001). Verschiedene Motive, welche einen Bürgerkrieg motivieren können, werden in den von ROSS (2004a) vorgestellten Thesen der Ressourcen-Bürgerkriegs-Korrelation veranschaulicht. Obwohl dennoch in der Realität beim Zusammenhang zwischen Ressourcen und Konflikten ein viel differenzierteres Muster vorherrscht, kann nicht bestritten werden, dass Ressourcen auf Grund ihrer Beschaffenheit viele Vorteile für bewaffnete Gruppen bieten und daher oftmals Anwendung finden. Trotz einer Verhinderung eines totalen Ausbruchs von Kriegen, sind die Auswirkungen auf die Bevölkerung durch eine extreme Gewalt gezeichnet (vgl. ADDISON, LE BILLON und MURSHED 2003). Zum Schluss werden von LE BILLON (2001) als Langzeitlösungen für Konflikte konstitutionelle Reformen sowie Reformen der Regierungsform oder eine Diversifizierung der Ökonomie vorgeschlagen.

Vor dem Hintergrund dieser Fülle an Theorien über die Politische Ökologie und den Zusammenhang von Ressourcen und Gewalt sowie Ressourcen und sozioökonomischen Parametern, wird daher im folgenden Teil zuerst auf die gegenwärtige wirtschaftliche, politische und soziale Situation in der DR Kongo und der Provinzen Nord- und Süd-Kivu, in welchen Coltan hauptsächlich abgebaut

wird, eingegangen. Später erfolgt eine Darstellung der politischen Geschichte seit 1960. So finden im Zuge dessen auch die beiden Kongo-Kriege eine Erwähnung. Dies soll einerseits eine Basis für die historischen und gegenwärtigen Umstände, welche zum Coltan-Abbau führten, schaffen und andererseits die Ressource Coltan mit den historischen, ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen Bedingungen auf der staatlichen Ebene, wie in der politisch-ökologischen Theorie vorgeschlagen, in Verbindung bringen. Es soll geschaut werden, in wie weit die vorgestellte Theorie auf den Zusammenhang zwischen der Ressource und den sozioökonomischen Indikatoren als auch zwischen der Ressourcen und dem Bürgerkrieg in der DR Kongo zutrifft.

4. Die politische und sozioökonomische Lage/ Entwicklung der DR

Kongo

4.1. Allgemeine Information

Direkt am Äquator liegend, nimmt die Demokratische Republik Kongo, früher Belgisch-Kongo und von 1960 bis 1997 Zaire, mit der Hauptstadt Kinshasa einen zentralen Teil des afrikanischen Kontinents ein und deckt eine Fläche von 2.345.000 Quadratkilometer ab. Sie ist damit der drittgrößte Staat in Afrika und wird auf Grund ihrer Lage oftmals als „das grüne Herz Afrikas“ (KIMMEL, EHRLICH und WALTER; 31.07.13) bezeichnet. Nur ein kleiner Teil von drei Prozent der gesamten Staatsfläche entfallen auf anbaufähiges Land. Weitere 77 Prozent werden von Wäldern eingenommen und den Rest deckt Wasser ab. Bezüglich der Landschaft erfolgt eine Unterscheidung zwischen Regenwald, Savanne und Hochland. Der tropische Regenwald befindet sich dabei in den zentralen und nördlichen Teilen des Landes im Kongo-Becken, Savannen liegen im Norden und Süden und das Hochland mit Plateaus, hügeligen Wiesen und Bergen erstreckt sich über die östlichen Grenze entlang des großen afrikanischen Grabenbruchs (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 167f; KIMMEL, EHRLICH und WALTER, 31.07.13).

Das Land, welches eine streng zentralistische Verwaltung aufweist, wird zusammen mit dem Hauptstadtdistrikt in elf Regionen unterteilt. Im ganzen Staat leben etwa 75,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und diese unterteilen sich in etwa 250 kleinere ethnische Gruppen und sind durch eine ebenso große Sprachenvielfalt geprägt. In den seit 46 Jahren ersten freien demokratischen Wahlen am 30. Juli 2006 wurde Joseph Kabila zum Präsident des Staates gewählt und sollte „Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und ‚Good Governance‘“ (CHIARI und KOLLMER 2008: 9) fördern. Die Bevölkerungsdichte liegt unter dem Durchschnitt und Median der anderen afrikanischen Länder. Das Land weist eine hohe Bevölkerungswachstumsrate auf und 2001 lag die Fertilitätsrate bei 6,84 Kindern. Zudem gibt es eine hohe Urbanisierungszahl und eine jugendliche Altersstruktur, bei welcher 40 Prozent der Bevölkerung unter 14 Jahren alt ist. Die höchste Bevölkerungsdichte konzentriert sich auf die Kinshasa-Gegend, auf die Mayumbe-Region im Westen sowie auf Badundu und das Kivu-Hochland im Osten. Ein Großteil vom Herzen des Landes, wie der Nord-Osten und der Süden, sind spärlich bevölkert (vgl. KIMMEL, EHRLICH und WALTER; 31.07.13; CHIARI und

KOLLMER 2008: 9; MOYROUD und KATUNGA 2002: 168f; Kongo Kinshasa, 30.08.2013).

4.2. Wirtschaft

4.2.1. Landwirtschaft

Fast zwei Drittel der Bevölkerung in der DR Kongo arbeitet in der Landwirtschaft, obwohl auf Grund der klimatischen und vegetativen Bedingungen nur etwa drei bis vier Prozent der Gesamtfläche als Ackerland bewirtschaftet werden können. Die vorherrschende Wirtschaftsform ist die Subsistenzwirtschaft und so entfällt die Produktion bei der Bewirtschaftung der zum Großteil „kleinstbäuerlichen Höfe“ (TETZLAFF 2008a: 164) hauptsächlich auf den eigenen Konsum und Bedarf. Wegen der bereits erwähnten ungünstigen Produktionsbedingungen sowie der politischen und gesellschaftlichen Instabilität kann die Subsistenzwirtschaft dennoch nicht die gesamte Bevölkerung ernähren. Die oftmals erfolglosen Anbautechniken, die mangelnde Infrastruktur für den Lebensmitteltransport sowie die Zerstörung von Anbauflächen durch Kämpfe und Vertreibung tragen überdies oftmals zu ihrer Ineffizienz bei. Zirka 16 Millionen Menschen benötigen ausländische Lebensmittellieferungen, wobei besonders in den Krisengebieten eine regelmäßige Versorgung oftmals nicht garantiert werden kann. Wegen der vorherrschenden Unsicherheit verlassen internationale Hilfsorganisationen diese Gebiete oftmals (vgl. TETZLAFF 2008a: 163f).

4.2.2. Rohstoffe

Der Staat zeichnet sich durch einen großen Reichtum an natürlichen Ressourcen aus und entwickelte sich bereits 1960, als das Jahr der Unabhängigkeit ausgerufen wurde, zu einer „weltmarktabhängigen Rohstoffökonomie“ (TETZLAFF 2008a: 163). In den verschiedenen Regionen des Landes sind besonders die Rohstoffe Diamanten, Kupfer, Kobalt, Coltan, Kassiterit und Gold zu finden. Die Kupfererz-Vorkommen in der Provinz Katanga erhielten seit den 1960er Jahren volkswirtschaftlich gesehen eine große Bedeutung. Mit 34 Prozent der Exporterlöse übertraf es damals die Devisenbringer Kaffee, Palmöl, Diamanten, Baumwolle und Kobalt. In den 1970er Jahren stieg der Anteil an den Gesamtexporten auf 66 Prozent und somit wies das Land eine hohe Abhängigkeit von einer einzigen Monokultur auf. Minimale „Preisschwankungen auf den Weltmärkten“ (TETZLAFF 2008a: 166) bewirkten starke Verluste bei den

Deviseneinnahmen und hatten somit verheerende Folgen für das Staatsbudget. Durch Mobutus Auslandsverschuldung mittels Krediten, welche zu massiven Inflationsraten führten, ging der Kupfer-Anteil am Außenhandelswert zurück. Diamanten wurden daraufhin zum hauptsächlichen Devisenbringer. In der Provinz Katanga liegen auch die reichhaltigen Kobalt-Vorkommen. Die Coltan-Reserven gibt es neben Flüssen und in Flussbetten im Osten in den zwei Kivu-Provinzen sowie in der Region Maniema. Ab 2001 stieg auch die Nachfrage des in der Region gelegenen Kassiterits und dies resultierte in der Verdreifachung seines Preises zwischen April 2002 und Mai 2004. Gold ist im Nordosten und im Süden des Landes zu finden, wobei dieses allerdings nicht zur Unterstützung für die kongolesische Volkswirtschaft dient und nicht offiziell exportiert wird. Vielmehr stellte es oftmals eine Ursache für Konflikte dar und wird daher von den Kongolesen und Kongolesinnen meist als Fluch angesehen. Es wird oftmals illegal nach Uganda gebracht und erst von dort ins weitere Ausland transportiert (vgl. TETZLAFF 2008a: 165). Zudem entwickelten die Nachbarstaaten Ruanda und Uganda eine Rohstoffgier und schmuggelten die Ressourcen über die Grenze, da der Staat oftmals seine „Produktionsstätten, Straßen und Grenzen nicht schützen“ (TETZLAFF 2008a: 168) konnte (vgl. TETZLAFF 2008a: 163-171; MOYROUD und KATUNGA 2002: 168).

4.2.3. Wirtschaftsindikatoren

Insgesamt führte der Rohstoffreichtum in dem schwachen Staat nicht zu Wohlstand und trotz der Ressourcenfülle fand ein zunehmender Zerfall der kongolesischen Wirtschaft statt. Die Staatsschulden stiegen von 557 Millionen Dollar im Jahr 1972 auf 3,7 Milliarden zehn Jahre später und 1997 am Ende von Mobutus Herrschaft standen sie bei 15 Milliarden Dollar. Auch unter Joseph Kabila konnten sie anfangs nicht getilgt und abgebaut werden und standen im Jahr 2005 bei 1.600 Millionen US-Dollar (vgl. TETZLAFF 2008b: 265f). Seit 2003 verbesserte sich die ökonomische Situation und es gab einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes und einen Rückgang der Inflation. Allerdings war dafür „kein gesundes ökonomisches Wachstum“ (TETZLAFF 2008a: 163), sondern der gestiegene Verkauf von Rohstoffen wie Diamanten, Erdöl, Kupfer und Zinn verantwortlich. 2012 betrug das Wirtschaftswachstum 7,1 Prozent und auch von 2012 bis 2016 werden vom Regierungsprogramm ein jährliches BIP-Wachstum von fünf bis sieben Prozent sowie ein Inflationsrückgang von vier Prozent

vorausgesagt. Ein bestehendes Hindernis für die ökonomische Entwicklung bleibt dennoch die mangelnde Transparenz beim Management des Rohstoffsektors und bei der Leitung von staatsgeführten Unternehmen (vgl. UN Security Council 2013: 1; 7f; TETZLAFF 2008a: 163; TETZLAFF 2008b: 265f).

4.2.4. Sozioökonomische Indikatoren

Obwohl es zu Verbesserungen bei der makroökonomischen Performanz kam, herrschen trotz des Ressourcenreichtums dennoch im ganzen Land bittere Armutsverhältnisse vor und dieser Widerspruch ist unter dem „paradox of plenty‘ (Widerspruch der Fülle)“ (TETZLAFF 2008a: 163) bekannt. 2011 nahm das Land beim Human Development Index von 187 Ländern den letzten Platz ein. Als Folge der „wirtschaftlichen Dauermisere, der Diktatur und des Krieges“ (ebd.: 163) sank die durchschnittliche Lebenserwartung auf 45 Jahre und für 71 Prozent der Bevölkerung, welche unter der absoluten Armutsgrenze lebt, fehlt der Zugang zu Basisdienstleistungen. Das durchschnittliche Jahres-Pro-Kopf-Einkommen lag 2012 bei 400 US-Dollar, wobei 80 Prozent der Bevölkerung durchschnittlich weniger als einen halben US-Dollar pro Tag verdienten und 85 Prozent arbeitslos waren. Für die Arbeitslosigkeit war Präsident Mobutus Misswirtschaft verantwortlich. Zudem weisen 30 Prozent der Kinder unter fünf Jahren eine Unterernährung auf. Darüber hinaus, wird in Prognosen des UN Sicherheitskonzils vorausgesagt, dass das Land bis 2015 nicht in der Lage sein wird, das Millennium-Entwicklungsziel zu erreichen (vgl. TETZLAFF 2008a: 163; UN Security Council 2013: 7; 10; TETZLAFF 2008b: 268).

4.2.5. Korruption und Menschenrechtsverletzungen

Bis heute bleibt das Hauptübel der kongolesischen Politik die Korruption. Nach verschiedenen internationalen unabhängigen Indikatoren gehört das Land zu den korruptesten der Welt und dies hat im ganzen Land weitreichende schädliche Konsequenzen (vgl. TETZLAFF 2008b: 271; UN Security Council 2013: 6).

Die Korruption zusammen mit schwachen und schlecht-kooordinierten Einkommenskollektivsystemen und niedrigen Gehältern schränkt die Kapazität der Regierung ein ihre Verpflichtungen auszuführen. Die begrenzten sozialen Services wie Gesundheitsvorsorge, Wasser und Bildung und der daraus resultierende Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten verzögerten die Wiederkehr von Stabilität und Frieden in bestimmten Teilen des Landes (vgl. UN Security Council 2013: 6).

„Bei der Korruption nicht mitzuspielen, können sich praktisch nur Leute leisten, die genügend Geld aus dem Ausland bekommen und dadurch unabhängiger sind. Aber völlig benachteiligt sind diejenigen, die nicht mitspielen können, weil sie nichts genehmigen oder unterschreiben können, die armen Kleinbauern oder Straßenhändler oder kleinen Handwerker im informellen Sektor. Sie können nur eines verkaufen: ‚ihre Stimme in der Politik‘“ (MUSWAY 2006: 9 in TETZLAFF 2008b: 271).

So muss der „Fluch der Ressourcen“ (TETZLAFF 2008b: 263) kein „natürliches Schicksal eines an Rohstoffen gesegneten Landes“ (ebd.: 263) sein. Erst die Existenz von „ethisch schwachen politischen Machteliten“ (ebd.: 263) kann zu dem verheerenden Schicksal beitragen. Diese können auf egoistische Weise sich selbst „auf Kosten der Nation“ (ebd.: 263) bereichern, wobei die restliche Bevölkerung dabei oftmals zu Arbeitssklaven degradiert, vertrieben oder umgebracht wird (vgl. ebd.: 263). So konnte die Demokratische Republik Kongo bis jetzt die Vorteile aus der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen nicht ernten und noch immer steht eine massive illegale Ausplünderung, welche durch die Korruption und durch die Gegenwart von bewaffneten Gruppen erleichtert wird, an der Tagesordnung. So beendete der IWF 2011 sein ökonomisches Programm, da die DR Kongo seinen Vorschriften für Transparenz und Führung im Minensektor nicht nachkam und die Bezahlung des Darlehensvertrages nicht einhielt (vgl. TETZLAFF 2008b: 263f; UN Security Council 2013: 7).

Daher schlägt das Vereinte Nationen Sicherheitskoncil vor, dass sich ein effektives Management diesen Herausforderungen stellen und die uneinheitlichen Sektoralpolitiken sowie die mangelnde öffentliche Administration für ein besseres Management der natürlichen Ressourcen ansprechen sollte (vgl. UN Security Council 2013: 7; TETZLAFF 2008b: 263f).

Zudem sind im ganzen Land noch immer Menschenrechtsverletzungen weit verbreitet und Straflosigkeit beherrscht das ganze Land. Besonders im Osten des Landes wird vor allem gegen Kinder massive Gewalt angewendet und es kommt zur Rekrutierung von Kindersoldaten. 6.3 Millionen Menschen sind von der Nahrungsmittelunsicherheit betroffen und Krankheiten wie Malaria, Cholera und Masern bedrohen Millionen von Menschen. Um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu erzielen, müssen diese Probleme vorher adressiert werden. Ohne Fortschritte bei den strukturellen und legislativen Formen kann zudem keine Langzeit-Stabilität in der DR Kongo garantiert werden (vgl. UN Security Council 2013: 9f).

4.2.6. Unterstützung der Vereinten Nationen für das Regierungsprogramm

Die Vereinten Nationen werden auch in Zukunft über den *United Nations Development Assistance Framework* (2013-2017) Unterstützung für das Regierungsprogramm bieten. Dieser konzentriert sich auf die Steuerung, Institutions-Bildung, inklusives Wachstum und auf die Schaffung von Jobs, sozialen Diensten, Wohlfahrt und Humankapital-Entwicklung. Zudem werden auch die natürlichen Ressourcen und der Klimawandel, die Stabilisierung und die Friedenskonsolidierung sowie der Wiederaufbau-Plan von kriegsbetroffenen Gegenden angesprochen (vgl. UN Security Council 2013: 8).

4.3. Provinzen Nord-Kivu und Süd-Kivu

Die Kivu-Regionen in der Demokratischen Republik Kongo sind die landwirtschaftlich am fruchtbarsten des Landes und weisen die „dichteste bäuerliche Besiedelung“ (JOHNSON 2008b: 138) auf, obwohl es schon seit Jahren keine organisierte Bewirtschaftung der Landwirtschaft mehr gibt. Eine regelmäßige Verpflegung in den Krisenregionen im Osten ist nicht immer möglich und so ziehen sich internationale Hilfsorganisationen auf Grund von Kämpfen oftmals aus dem Konfliktgebiet zurück, wodurch die Menschen in Folge mit der Situation allein gelassen werden (vgl. TETZLAFF 2008a: 164; JOHNSON 2008b: 138).

Die nationale Souveränität bestand und besteht in den rohstoffreichen Kivu-Provinzen nur schriftlich. Da die Region einen ausgeprägten Selbstbestimmungsdrang hat, pflegt sie enge Wirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Staaten und wandte sich von Kinshasa ab, wodurch das Land weniger Zoll- und Steuerzahlungen erhält. Zudem erfolgte oftmals eine Ausplünderung durch illegale Unternehmen aus dem In- und Ausland (vgl. TETZLAFF 2008b: 264; JOHNSON 2008b: 138).

4.4. Der politische Werdegang seit 1960

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der kongolesischen Herrschaft seit der Unabhängigkeit 1960 und soll als politischer Hintergrund für die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation und speziell auch für den zweiten kongolesischen Krieg, in welchem Coltan eine bedeutende Rolle zur Finanzierung von Waffen spielte, dienen. Die Ausbeutung von Rohstoffen datiert weit in die kongolesische Geschichte zurück und war stets für die Staatseinnahmen von großer Bedeutung. Präsident Mobutus Verstaatlichung der Bergbauunternehmen, die Zentralisierung

der wirtschaftlichen Aktivitäten, die Staatsplünderungen und die fehlenden Investitionen mit dem darauffolgenden Schrumpfen der Volkseinkommen und dem Schub der informellen Wirtschaft hatten bis heute Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation. Auch in dem von Willkür geprägten Regime von Laurent Désiré Kabila wurde die elitäre Selbstbereicherung fortgeführt und sein Sohn Joseph Kabila konnte den Ressourcenreichtum bis jetzt nicht in ein gesundes wirtschaftliches Wachstum transformieren.

4.4.1. Unabhängigkeit von der belgischen Kolonialherrschaft

Die Grenzziehung der heutigen Demokratischen Republik Kongo erfolgte 1885 bei der Berliner Konferenz. Zu diesem Zeitpunkt kam es zu einer Aufteilung der noch nicht eroberten Gebiete durch die Kolonialmächte und es fand eine Übergabe an den belgischen König Leopold II statt. Bereits damals wurden Rohstoffe wie Elfenbein und Gummi ausgeplündert, wobei dies Millionen Menschenleben forderte. Nach internationalen Protesten darüber übernahm 1908 schließlich Belgien das Land und während ihrer Kolonialherrschaft kam es zur Entdeckung der metallischen Rohstoffe im Osten des Landes und „Minen wurden aufgebaut“ (HÜTZ-ADAMS 2012: 3) (vgl. HÜTZ-ADAMS 2012: 3).

Als erstmals politische Parteien erlaubt wurden und das Land durch eine starke Rückständigkeit gezeichnet war, entwickelte sich in Belgisch-Kongo eine starke Ablehnung gegenüber der Kolonialherrschaft. Trotz einer geplanten Weiterentwicklung der „zehnten Provinz“ (JOHNSON 2008a: 30) Belgiens wenige Jahre zuvor, vereinbarte Belgiens Kongo-Minister August Edmond De Schryver den 30. Juni 1960 als den Tag der Unabhängigkeit. Nach dem Sieg der Partei *Mouvement National Congolais* von Patrice Lumumba in den darauffolgenden Parlaments-Wahlen, entfremdete sich das Land innerhalb kürzester Zeit von den Belgiern. Lumumbas Ziel war einerseits eine Befreiung vom belgischen Einfluss und andererseits die Verfolgung eines Neuaufbaus. Da die belgischen kolonialen Strukturen mit dem Verwaltungsapparat nicht auf Einheimische übertragen wurden und die Schwarzen das ganze Land erhielten, mangelte es der neuen Regierung jedoch an höheren Kadern oder Offizieren. Die belgischen Militärkommandanten weigerten sich zudem, sich der kongolesischen Regierung unterzuordnen. Schon zu dieser Zeit wurde Joseph Désiré Mobutu Chef des Generalstabs der Kongo-Armee und später Staatssekretär, wobei dies den Anfang seines „unaufhaltsamen

Aufstiegs“ (STRIZEK 2008: 52) darstellte. Lumumba wurde wenig später zuerst abgesetzt und im Jänner 1961 ermordet aufgefunden (vgl. JOHNSON 2008a: 30f; STRIZEK 2008: 52ff).

In den folgenden Jahren von 1960 bis 1964 tauchte eine vielfältige und widersprüchliche Gesellschaft auf und es herrschte Chaos vor. Die Zusammenstückelung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus Zeiten der Kolonialherrschaft bewirkte eine „Ethnisierung der kongolesischen Politik“ (JOHNSON 2008a: 34) und eine Aufteilung der Bevölkerung „nach teils realen, teils künstlich geschaffenen Ethnien“ (ebd.: 34) fand statt. Jeder kongolesische Bewohner erhielt eine einzige und ausschließliche ethnische Identität und musste diese mit Personalausweisen, in welchen „die Heimatprovinz, der Heimatdistrikt, das Heimatstammesgebiet, der Heimatkreis und die Stammeszugehörigkeit“ (ebd.: 35) vermerkt waren, bestätigen. Zudem wurden die alten Gesetze abgeschafft und „im ‚neuen Kongo‘ würden alle reich und zufrieden sein“ (ebd.: 39) (vgl. JOHNSON 2008a: 34f; 39).

4.4.2. Herrschaft unter Joseph-Désiré Mobutu

Auf Grund des vorherrschenden Chaos kam am 24. November 1965 der Armeechef Joseph-Désiré Mobutu durch einen Putsch und mit westlicher Unterstützung an die Macht. In einer Zeit der Arbeitslosigkeit stellte er ein „Symbol für einen starken Staat dar“ (JOHNSON 2008a: 41), welcher das staatliche „Gewaltmonopol militärisch durchsetzt“ (ebd.: 41), und er stieß dadurch auf eine große Zahl von Sympathisanten. Als Folge seiner Herrschaftsübernahme wurde einer neuen Verfassung der Vorrang eingeräumt und das Land wurde in die föderale Demokratische Republik Kongo mit 26 weitgehend autonomen Provinzen umbenannt. Die ersten freien Parlamentswahlen fanden im März und April 1965 statt, wobei das Wahlrecht allerdings nur auf Männer beschränkt blieb. Mobutu, welcher das Land am Anfang nur für fünf Jahre regieren wollte, hatte eine Verstaatlichung und Sanierung des Landes zum Ziel (vgl. JOHNSON 2008a: 41f).

4.4.2.1. Verstaatlichung des Bergbaus und Förderung der Bodenschätze

Somit kam es zur Verstaatlichung des Bergbaus und das Staatsunternehmen *Générale Congolaise des Minerais (Gécomin)* wurde geschaffen. Allerdings war es „nur eine Verstaatlichung auf dem Papier“ (JOHNSON 2008a: 42) und dem Staat fehlte es an Fördermitteln. Daher erfolgte 1971 eine Umbenennung in *Général des*

Carrières et des Mines (Gécamines) und dieses erhielt in der kongolesischen Wirtschaft den Platz der *Union Minière*. Zwischen 1967 und 1985 erzielte das Unternehmen 70 bis 85 Prozent der Deviseneinnahmen und durch die Verstaatlichung des Bergbaus erfolgte eine Förderung der Bodenschätze. Die Wirtschaft konnte sich mit Wachstumsraten von bis zu 10 Prozent erholen und war 1967 erstmals wieder auf dem gleichen Stand wie im Unabhängigkeitsjahr (vgl. JOHNSON 2008a: 42).

Wegen des hohen Wirtschaftswachstums und der hohen Rohstoffexportpreise gab es „pharaonische“ (JOHNSON 2008a: 43) Bauprojekte, welche das Land in eine Industrienation transformieren sollten. Allerdings waren die Bauten zum Teil viel zu groß und es wurde nicht auf den Preis geachtet. Durch die neue Gründerzeit erfolgte eine Zentralisierung der Wirtschaftsabläufe und die neu eingeführten „Mineralienschutzgesetze“ (ebd.: 43) bewirkten, dass der private Besitz von Edelsteinen und Edelmetallen verboten wurde (vgl. JOHNSON 2008a: 43).

4.4.2.2. *Staatliche Kleptokratie und Rentenökonomie*

Joseph Désiré Mobutu verwandelte das Land bald in einen Einparteiensstaat und wandte als autoritäres Herrschaftssystem, in welchem keine aktive Opposition erlaubt wurde, die staatliche Kleptokratie oder die „Herrschaft der Diebe“ (TETZLAFF 2008b: 266) an. Unter ihm wurde das Volksvermögen außergesetzlich in Form von Renten aus dem Ausland und unabhängig von der inländischen Produktivität angeeignet. Er handelte frei nach der Maxime „maximale Renten aus den Rohstoffen des Landes bei minimalen Investitionen in den wenigen kommerziellen Sektoren“ (ebd.: 266) zu erhalten und bekam die Renten somit durch den Verkauf von Rohstoffen im Ausland, wobei sie somit nicht verdiente Einkommen waren. Dennoch wurde das „exzessive Verhalten“ (ebd.: 266), welches Mobutu zu einem „der reichsten Männer der Welt machten“ (ebd.: 266f) von den westlichen Staaten weitgehend ignoriert und so schätzten sie an ihm, dass er „keine kommunistischen Neigungen hatte und das ressourcenreiche Land mit eiserner Faust und mit List und Tücke“ (ebd.: 266) regierte (vgl. TETZLAFF 2008b: 266).

4.4.2.3. Authenticité und Zairianisierung mit zunehmendem Staatsverfall

Neben der politischen Radikalisierung gab es zudem auch eine kulturelle. So wurde der Kongo 1973 in ‚Zaire‘ umbenannt, wobei mit der ‚Zairianisierung‘ eine Verbannung des Europäischen aus dem öffentlichen Leben erfolgen und eine neue Ideologie von „Authentizität“ (JOHNSON 2008a: 44) stattfinden sollte. Die Kongolesen sollten „keine Unter-Belgier“ (ebd.: 44) mehr sein und somit wurden „alle belgischen Kolonialnamen abgeschafft“ (ebd.: 44). Die Hauptstadt Léopoldville wurde in Kinshasa umbenannt und der Name Joseph-Désiré Mobutu verwandelte sich zu „Mobutu Sese Seko, der allmächtige Krieger, der mit Ausdauer und Siegeswillen von einer Eroberung zur nächsten eilt und Feuer hinterlässt“ (ebd.: 44). Nebenbei erfolgte auch eine Veränderung des Kleidungsstils sowie eine Abschaffung von christlichen Feiertagen und des Religionsunterrichts (vgl. JOHNSON 2008a: 44).

4.4.2.3.1. Übertrag der Unternehmen auf Staatsbürger und Staatsbürgerinnen

Von 1973 bis 1974 kam es in Folge der Zairianisierung zum Übertrag von ausländischen Unternehmen und Mineralien- und Ölproduktimport-Handelsfirmen auf den Staat und ZairerInnen erhielten Leitungspositionen in Staatsbetrieben. In dem Patron-Klientel-Netzwerk bekamen regimetreue KongolesInnen die absolute Vollmacht über Unternehmen. Dies führte zu einem zunehmenden Verfall der Volkswirtschaft und zu einer Rückentwicklung des Landes. Einerseits wurde in der produktiven Wirtschaft eine Plünderung vorgenommen und andererseits wurden Investitionstätigkeiten in die Produktion unterlassen. Mit den Einnahmen finanzierten sich einige das Überleben und andere ein Luxus-Leben in Kinshasa. Ausländische Firmen zogen wiederum durch diese Entwicklungen ab (vgl. JOHNSON 2008a: 45).

Zusätzlich zur Misswirtschaft trugen auch der Ölschock von 1973 und 1974 und die starke Senkung der Rohstoffpreise und die damit verbundenen schrumpfenden Staatseinnahmen zum Staatszerfall bei. Es kam zu Privatisierungen, welche meist nur den Eliten zu Gute kamen. „Gehaltszahlungen für Beamte, Investitionen in Infrastruktur und soziale Dienstleistungen“ (JOHNSON 2008a: 46) wurden unterlassen und die Behörden und der Staat übernahmen keine Kernaufgaben mehr. Da die Zentralbank als Mobutus privates Einkommen angesehen wurde, erfolgten auch hier Geldabzweigungen. Um seine Mittelmänner dennoch zu

halten, standen Korruption und Bestechungen an der Tagesordnung. So bestand Mobutus Strategie generell darin, die Kontrolle zu behalten anstatt die Kontrolle eines anderen zu bewältigen. Seine Verbündeten machten das Leben für Rivalen und Rivalinnen schwer. Gegnerische Versuche, sich gemeinsam zu organisieren, wurden verhindert und es kam zur Gewaltanwendung gegen Zivilisten. Opfer mussten für eine sichere Durchfahrt ihre Vermögen pfänden oder wurden erpresst. Die gepfändeten Güter wurden in der Folge an Anhänger verteilt oder für persönliche Profite exportiert (vgl. RENO 1998: 151f). Das Motto unter Mobutu lautete „Débrouillez-Vous“, „Helft euch selbst“ (KANTELE und PAES 2008: 55) oder „Schlagt euch durch“ (JOHNSON 2008a: 55) und die Bürger und Bürgerinnen sollten sich mit allen Mitteln das Überleben sichern (vgl. JOHNSON 2008a: 46; 55; RENO 1998: 151f).

4.4.2.3.2. Geldknappheit und Inflation

Obwohl sich Zaire in den 1980er Jahren „zu einem der wichtigsten Alliierten des Westens in Afrika“ (JOHNSON 2008a: 47) entwickelte und zudem ein strategischer Partner der USA und der pro-französischen Diktatoren war, wurde Präsident Mobutus System dennoch immer absurder. Nach 1980 konnte der Staat seinen sozialen Verpflichtungen gar nicht mehr nachkommen. Die bereits erwähnte Geldknappheit, die seine Politik bewirkte, führte langfristig zu einer Hyperinflation, da bei Geldmangel neue Geldscheine produziert wurden (vgl. JOHNSON 2008a: 46f).

Zur Aufarbeitung der Staatsfinanzen wurde daher der Bundesdirektor der Weltbank Erwin Blumenthal 1978 und 1979 nach Zaire geschickt und er kontrollierte Mobutu Sese Sekos „Geldabzweigen“ (JOHNSON 2008a: 46) und publizierte einen Bericht darüber, in welchem er behauptete „in diesem Büro wird kein Unterschied gemacht zwischen Staatsausgaben und persönlichem Bedarf“ (ebd.: 46). Dies blieb jedoch erfolglos und so musste er kurz darauf nach einer Drohung abziehen. Erstmals 1980 wurde darüber öffentlich Unmut laut und es kam zu einer Verhaftung von Parlamentariern. Ab 1984 gab es keine Rechtsprechung mehr und die Veröffentlichung der Urteile wurde eingestellt. Jedes Gericht konnte eigenständig und nach eigenem Willen „zugunsten desjenigen, der am meisten bezahlte“ (ebd.: 46) urteilen (vgl. JOHNSON 2008a: 46).

4.4.2.3.3. Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft; Förderung von Gold und Diamanten -> Schub der informellen Wirtschaft

Mit dem Verfall der Volkswirtschaft ging eine Senkung der Staatsinvestitionen in die Landwirtschaft einher und diese schrumpften von 42 Prozent 1980 auf 4 Prozent 1992. Ab 1982 stellte daher die Gold- und Diamantenförderung eine erneute Einkommensquelle für den Diktator dar und es kam zum Export der Mineralien (vgl. JOHNSON 2008a: 46). Mit der Liberalisierung des Gold- und Diamantensektors erhielt die informelle Wirtschaft einen weiteren Schub. Während der Besitz dieser Güter früher verboten gewesen war, konnte die Bevölkerung nun als „selbstständige Schürfer“ (JOHNSON 2008a: 55) in die Minengebiete kommen, im Bergbau schnelles Geld verdienen und sich somit das Überleben sichern. Da in der Landwirtschaft zuerst gepflanzt werden musste und man anschließend „auf die Ernte warten und hoffen, dass man davon leben kann“ (ebd.: 57), eignete sie sich nun noch weniger zum Geldverdienen. Die Landwirte und Landwirtinnen sahen sich selbst als den „am meisten unterdrückten Bevölkerungsanteil“ (ebd.: 57), während die Minenarbeiter und Minenarbeiterinnen als „die Avantgarde des freien Selbstversorgers“ (ebd.: 57) angesehen wurden. Auf Grund der informellen Wirtschaft, welche auf Willkür und Gewalt basierte, und durch die „Abschöpfungen durch die Elite“ (ebd.: 55) stürzte die formale Volkswirtschaft in die Krise. Der Anteil der Bevölkerung im formellen Sektor sank von 30 Prozent 1960 auf 15 bis 20 Prozent in den 1990er Jahren. Die Beschäftigung im formalen Sektor diente nur mehr dazu „Kontakte zu Entscheidungsträgern“ (ebd.: 57) herzustellen, wobei dies in Geld umgewandelt werden konnte (vgl. JOHNSON 2008a: 55ff).

4.4.2.3.4. Radikale Dezentralisierung

Im ganzen Land bildeten sich vielfältige Akkumulationszentren heraus und es erfolgte eine radikale Dezentralisierung, wobei das Zentrum der Politik verlagert wurde. Zudem gab es einen Zusammenbruch der Infrastruktur und das Straßennetz und Bahnstrecken bildeten sich zurück. Somit waren in den 1990er Jahren keine Überlandstraßen mehr vorhanden. Einzelne Provinzen konnten nur mehr über den Luftweg erreicht werden und alleine der Präsident und eine kleine Oberschicht konnten mit diesen kommunizieren. Mineralreiche Provinzen wie Shaba und Kasai verfolgten mehr Geschäfte mit den südlichen Nachbarn als mit Kongos Inlandsmarkt. Die Regionen Nord-Kivu und Süd-Kivu pflegten wiederum

engere Kontakte zu Rwanda, Burundi und Uganda als zum Rest der Demokratischen Republik Kongo. Mobutus Rolle verkleinerte sich dadurch. Die einzige bis zum Schluss funktionierende Institution war der Geheimdienst und dieser sah voraus, ob Unruhen geschürt oder abgewendet wurden (vgl. JOHNSON 2008a: 54; RENO 1998: 151f).

4.4.2.3.5. *Ethnisierung der Wirtschaftskreisläufe*

Zudem tauchten über das Land stark personalisierte Vertrauensnetzwerke auf und es kam zu einer „Ethnisierung der Wirtschaftskreisläufe“ (JOHNSON 2008a: 56). Die Geschäfte liefen gut, wenn die kontrollierenden Staatsbediensteten aus der gleichen Gruppe kamen oder miteinander verwandt waren. Ethnisch-basierte regionale Gruppierungen nutzten zudem ihre Verbindungen zu Außenseitern und die Kontrolle über die Märkte, um sich Zugang zu Wohlstand zu verschaffen und die persönliche und parteiinterne Macht zu vergrößern. Die lokalen Handelskreisläufe wurden über die Grenzen hinweg verfolgt und die ausländischen Verbindungen waren wichtiger als die von Großbetrieben geprägte Struktur der „formalen Volkswirtschaft“ (JOHNSON 2008a: 56) (vgl. JOHNSON 2008a: 56f; RENO 1998: 149f).

4.4.2.4. *Ausruf der ‚Dritten Republik‘*

Als Kontrast zum kongolesischen Absolutismus der effektiven patrimonialen Kontrolle in den 1970er und 1980er Jahren wurde am 24. April 1990 die *Authenticité* von Joseph Désiré Mobutu beendet und es kam zum Ausruf der ‚Dritten Republik‘. In der Übergangsregierung wurden eine Gewaltenteilung, ein Mehrparteiensystem sowie eine aktive Opposition eingeführt. Etienne Tshisekedi wurde kurzfristig Premierminister, wobei er jedoch kurz darauf auf Grund eines Verfahrensstreites wieder entlassen wurde. Mit seiner Bildung einer Gegenregierung schlug Zaires Demokratisierung fehl. Als Kinshasa im Elend versank, kam es zur Ernennung von Kengo wa Dondo als Premierminister, wobei sich der politische Kampf zwischen Kengo und Mobutu auf die Ressourcen und den Handel mit ihnen fokussierte. Da Kengo vorgab, Reformen umzusetzen und Austerität aufzuzwingen, sahen ihn Außenseiter als eine verantwortungsbewusste Alternative zu Mobutu. Ausländische Unternehmen, welche an Kongos Ressourcen interessiert waren, wurden somit angezogen und statteten das Land mit Vermögen und Beziehungen aus. Mobutu, das Ziel von Kengos

Manipulationen, profitierte von Kengos Ansehen als Reformier. Die Anwesenheit der ausländischen Firmen verstärkte dennoch die bereits vorhandene Dezentralisierung und die Fraktionspolitiken. Insgesamt war Kengo wa Dondo jedoch politisch zu schwach, um für die Vorbereitung von Wahlen zu sorgen und so gab es bis 1997 eine Übergangsfrist zur Demokratie. Erst 1996 wurde eine Wahlkommission geschaffen und weite Teile des Landes entglitten Kinshasas Kontrolle (vgl. JOHNSON 2008a: 49; 52f; RENO 1998: 152).

4.4.2.5. *Ende von Mobutus Misswirtschaft*

Am Ende von Joseph Désiré Mobutus Amtszeit stand das Staatsdefizit bei 15 Milliarden US-Dollar und das Land war kurz vor einem Bankrott. Zudem gab es eine Inflation von 73 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen ging über 500 Prozent zurück und 1,3 Milliarden US-Dollar des Staatsbudgets fielen auf die Exporte. Die Mehrheit der Bevölkerung lebte „in absoluter Armut und war schlecht ernährt, gegen Krankheit ungeschützt und hatte eine sinkende Lebenserwartung“ (JOHNSON 2008a: 57). Über das Land breiteten sich Krankheiten wie Aids und Malaria aus (vgl. JOHNSON 2008a: 55ff; TETZLAFF 2008a: 168).

In den Kivu-Provinzen und in Katanga gab es bereits während Mobutus Ära Stellvertreterkriege, da er hier die geringste Anwesenheit zeigte. Auslöser dafür waren dabei die innenpolitischen Zerfallerscheinungen und die „Konflikte in den Nachbarländern Ruanda, Uganda und Burundi“ (TULL 2008a: 71). Die bewaffneten Rebellionen im September 1996 bewirkten einen Zerfall Zaires (vgl. TULL 2008a: 71; JOHNSON 2008a: 58).

Für JOHNSON (2008a: 55) gleicht das Staatsversagen im Kongo unter Mobutu einem Herzversagen. Obwohl die Organe weiterhin existierten, übten sie ihre Funktion nicht mehr aus. Der Staat war weiterhin ein Bezugspunkt für alle „gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Aktivitäten“ (ebd.: 58) und ein „Denkhorizont“ (ebd.: 58) für die Bevölkerung. Dennoch konnte er keineswegs mehr „Sicherheit, Recht, Grundlagen für ein menschenwürdiges Überleben“ (ebd.: 58) bieten und so hinterließ Mobutu das Land in einem „fragmentierten und fragilen Zustand“ (JOHNSON und KAYSER 2005: 145 in TETZLAFF 2008b: 264) (vgl. JOHNSON 2008a: 58; TETZLAFF 2008b: 264).

1996 brach dann der erste Kongo-Krieg aus, wobei als Hintergrund-Information dazu daher der Konflikt in Ruanda kurz dargestellt werden soll, da er in enger Verbindung mit der DR Kongo stand und Auswirkungen auf sie hatte.

4.4.3. Bürgerkrieg in Ruanda

In Ruanda lebten traditionell zwei Bevölkerungsgruppen, eine große Mehrheit der Hutu (85 Prozent) und eine Minderheit der Tutsi (15 Prozent), wobei sich die Hutu dem Ackerbau und die Tutsi der Viehzucht widmet. In dem über Jahrhunderte bestehenden Feudalsystem regierte ein Tutsi-König mit einer kleinen Tutsi-Aristokratie und die Hutu wiederum stellten die Arbeitskräfte, wodurch sich unter ihnen Hass und Unzufriedenheit aufstaute und dies resultierte in einem Hutu-Aufstand im Jahr 1959, welcher die Abschaffung der Tutsi-Monarchie bewirkte. In Folge flüchteten hunderttausende Tutsi in die Nachbarländer, vor allem nach Uganda. In den darauffolgenden ersten Wahlen gewann die Hutu-Partei, wobei ab 1973 Präsident Juvénal Habyarimana, der sich im Laufe der Zeit durch seine starke Hutu-Ideologie auszeichnete, regierte. Währenddessen bildeten die geflohenen Tutsi in Uganda die Rebellenbewegung *Armée Patriotique Rwandais (APR)* und diese fiel 1990 in Ruanda ein. Bald konnten sie dennoch von den Regierungstruppen zurückgedrängt werden. So wurde auf internationalen Druck hin ein Mehrparteiensystem eingeführt und die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der Regierung und der *APR* erzwungen. Da sich die Parteien auf keine Vertreter einigten, stockte der Friedensprozess kurz darauf und die Übergangsregierung konnte sich nicht durchsetzen. Als Präsident Habyarimanas Flugzeug abgeschossen wurde, organisierten Regime-Anhänger und Anhängerinnen im Ruanda-Genozid den Völkermord gegen 800.000 Tutsi und oppositionelle Hutu. Der Tutsi-dominierten Rebellentruppe gelang es dennoch einen immer größeren Teil des Landes einzunehmen und sie rückte bis in die Hauptstadt Kigali vor und bildete dort eine strenge Tutsi-geführte Regierung. Dies war der Anlass für rund drei Millionen Hutus, nach Westen in das Flüchtlingslager der DR Kongo zu fliehen und sich dort in den Kivu-Provinzen anzusiedeln, wobei sie dort Hunger, Durst oder Seuchen erlitten (vgl. HAZDRA 2008: 65-69) Die APR-Regierung plante nun zur innenpolitischen Sicherheit und mit Hilfe von Angola, Burundi und Uganda einen Einmarsch nach Ostzaire, um die Flüchtlingslager in Goma und Bukavu zu zerschlagen (vgl. TULL 2008: 72). Dabei halfen sie bei der Gründung der zairischen Rebellenorganisation *Alliance des Forces*

Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) mit und diese zerstörte beim Einzug nach Zaire die Flüchtlingslager (vgl. HAZDRA 2008: 65-69; TULL 2008a: 71f).

4.4.4. Der erste Kongo-Krieg

Die AFDL, eine aus unterschiedlichen Interessen bestehende und von den Nachbarländern angeleitete Fraktion, stürzte nach einem acht-monatigen Krieg unter der Führung von Laurent Désiré Kabila den Diktator Mobutu Sese Seko. Erster wurde somit ohne demokratische Wahlen zum Herrscher der DR Kongo. Der Erfolg der AFDL war dabei weniger auf die eigene Stärke als vielmehr auf die Schwäche Zaires zurückzuführen. Die nach Ruanda geflohenen zairischen Tutsi vereinigten sich im ruandischen Exil zur *Alliance Démocratique des Peuples (ADP)* und marschierten anschließend in Zaire ein. Sie wollten Mobutus Sturz vorantreiben und somit für eine sichere Rückkehr der Tutsi sorgen. Da sie aber dennoch eine Koalition brauchten, schlossen sie sich mit ugandischen Rebellen zusammen. Auch der Guerilla-Führer Laurent Désiré Kabila stieß mit seiner *Parti Révolutionnaire du Peuple (PRP)* hinzu. Am 29. Oktober 1996 erfolgte zuerst eine Eroberung von Bukavu und später von Goma. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Regierungsarmee in die Flucht getrieben, aber es kam erst im Dezember 1996 zu einem Waffenstillstand. Kabila kontrollierte zuerst nur die „Grenzgebiete zu Uganda, Ruanda und Burundi“ (ebd.: 76) und als er später als unangefochtener Führer der Rebellion hervorging, errichtete er eine eigene Diktatur. Nach der Erschließung der Diamanten- und Goldgebiete zwischen Ituri und Kisangani kam es letztendlich zur Eroberung der Hauptstadt Kinshasa. Der Rebellenführer Laurent Désiré Kabila wurde der Nachfolger von Mobutu Sese Seko und Zaire wurde in ‚Demokratische Republik Kongo‘ umbenannt (vgl. JOHNSON 2008a: 74ff; 81).

4.4.5. Herrschaft unter Laurent Désiré Kabila

Obwohl die Demokratie verschoben wurde, sollte die DR Kongo unter Kabila ein Paradies auf Erden werden und es wurden eine nationale Einheit und der Wiederaufbau angestrebt. Von nun an lebte die Bevölkerung unter einem „straffen Kriegsrecht“ (JOHNSON 2008a: 77) und ohne eine funktionierende Verwaltung und staatliche Stellen. Dennoch schaffte Laurent Désiré Kabila nie den Wandel vom „Buschkämpfer zum Staatsmann“ (ebd.: 77) und es gelang ihm nicht von der

Bevölkerung ernst genommen zu werden. Er bekam von der Bevölkerung wenig Anerkennung, weil er kein Lingala, die meist verbreitete Sprache im Westen Kongos, und fast kein Französisch sprach. Unter ihm blieb eine gute Regierungsführung aus, weil er der kongolesischen Bevölkerung „alles und nichts zugleich“ (ebd.: 82) versprach und daher bestand stets die Hoffnung, er würde „das Land einer richtigen Regierung überlassen“ (ebd.: 77). Da sein Regime von Willkür geprägt war und es zu einer starken Personalisierung des Regimes kam, tauchten im ganzen Land Zerfallserscheinungen auf. „Institutionen und eine erfahrene Zivilgesellschaft“ (TETZLAFF 2008b: 267), welche zu Widerstand fähig gewesen wären, fehlten und es gab „keine einklagbaren Regeln“ (JOHNSON 2008a: 82) oder Einflussmöglichkeiten seitens der Bevölkerung. Zudem stellte auch er die „räuberischen, kriminellen und illegalen Praktiken“ (TETZLAFF 2008b: 267) nicht ein und es gab weiterhin eine Selbstbereicherung durch die Elite „auf Macht und Kosten der Bevölkerung“ (TETZLAFF 2008b: 267) (vgl. JOHNSON 2008a: 83; TETZLAFF 2008b: 267).

Kabila führte Verträge mit dubiosen Firmen durch und schloss keinen einzigen „Investitionsvertrag mit ausländischen Partnern“ (JOHNSON 2008a: 83) ab. Weiterhin herrschte ein Parteienverbot vor und die Exporteinnahmen kamen direkt dem Präsidenten zu Gute (vgl. JOHNSON 2008a: 83; TETZLAFF 2008b: 267). Zudem kam es zur Ausbeutung von Bodenschätzen und die daraus resultierenden Erlöse wurden dabei jedoch nicht in den Aufbau des Landes gesteckt, sondern führten abermals zu Privatisierungen. Als Kabila das staatliche Monopol über die Ausfuhr von Gold und Diamanten erhielt, kaufte er die gesamte artisanale Produktion auf. Artisanal bezieht sich dabei auf den manuellen, kleinmaßstäblichen Bergbau, der ohne industrielle Methoden auskommt. In der Folge kam es zur Schließung aller privaten Handelskontore. Der gesamte Handel vollzog sich von nun an im informellen Sektor (vgl. JOHNSON 2008a: 83; 126; TETZLAFF 2008b: 267).

Auch der Frieden im Osten des Landes konnte nicht sichergestellt werden und die Demokratisierungsversuche schlugen fehl. Somit wurde das ursprüngliche Ziel der AFDL verfehlt und in den Kivu-Provinzen formierten sich Gruppen, meist aktive Milizen, gegen die AFDL und diese führten die Kämpfe fort. Der im August 1998 beginnende zweite kongolesische Krieg fand seinen Ausgang in den Kivu-Provinzen (vgl. JOHNSON 2008a: 83ff; TULL 2008a: 74).

4.4.6. Der zweite Kongo-Krieg

Der zweite Kongo-Krieg fand zwischen 1998 und 2002 statt und im Osten wurden dadurch die sozialen und ökonomischen Beziehungen grundlegend umgewälzt. Insgesamt fielen ihm geschätzte drei bis vier Millionen Menschen zum Opfer, wobei er wesentliche Unterschiede zum ersten trägt. Zum einen „begann er nicht als sich allmählich ausbreitende Rebellion aus einer entfernten Ecke des Landes“ (JOHNSON 2008a: 86), sondern er war vielmehr ein Militärputsch und setzte sich als Stellungskrieg oder Besatzungskrieg fort. Zum anderen gab es seitens der anderen afrikanischen Staaten sowohl für die Regierungstruppen als auch für die Rebellen Unterstützung. Auf kongolesischer Seite kämpften drei große Rebellengruppen (RCD, MLC, RCD-ML) und eine Vielfalt von kleineren Milizen-Gruppierungen beteiligte sich. Besonders nach der Zersplitterung der RCD kamen wieder neue Rebellengruppen zum Vorschein (vgl. JOHNSON 2008a: 86; TULL 2008: 74).

Uganda und Ruanda hatten einen starken Einfluss in dieser Gegend, da die rohstoffreichen Gebiete im Osten durch ugandische und ruandische Verbündete eingenommen wurden. In Kivu gab es eine starke ruandisch-sprechende Minderheit, welche während der Kolonialzeit in das Land einwanderte oder sich wegen der neuen kolonialen Grenzziehung plötzlich in der DR Kongo wiederfand. Regelmäßig kam es zu „blutige Streitereien um regionale Macht und Landeigentum“ (JOHNSON 2008b: 138) und es wurden „ethnische Säuberungen“ (ebd.: 138) gegen die Ruander und Ruanderinnen durchgeführt. So waren ethnisch basierte Attacken auf Nachkommen von ruandischen MigrantInnen aus dem 18. Jahrhundert an der Tagesordnung und als um die Kontrolle von lokalen Ressourcen gekämpft wurde, gewannen Fragen nach „Original-EinwohnerInnen“ (RENO 1998: 151) an Bedeutung (vgl. JOHNSON 2008a: 86; JOHNSON 2008b: 138; RENO 1998: 151; TULL 2008: 74).

Als ruandisches Militär nach Goma und Bukavu einmarschierte, brach im August 1998 der Krieg aus. Sie kamen dabei weniger zum Schutz der Tutsi, sondern wollten vielmehr den Fall der Regierung bewirken und Kinshasa einnehmen. Kabila mobilisierte als Antwort darauf sein Volk und es gab Angriffe auf die „10.000 in der Stadt lebenden Tutsi“ (JOHNSON 2008a: 87). Die Rebellengruppen bildeten daraufhin mit Unterstützung von Ruanda, Uganda und Burundi am 16.

August die *Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD)*, die „Bewegung für eine erneute Befreiung des Kongo“ (ebd.: 87), in Goma. Sie kamen im Osten bis an den Kongo-Fluss heran und rückten über den Staudamm von Inga nach Kinshasa vor. Zudem wurde kurz darauf die *Mouvement pour la Libération du Congo (MLC)* gegründet, wobei sie mit ugandischer Unterstützung aus dem Norden einmarschierten und auch einen Sturz der Regierung zum Ziel hatten (vgl. JOHNSON 2008a: 86f; TULL 2008: 74).

In der Folge suchte Laurent Désiré Kabila um Hilfe an und es schaltete sich die Regionalorganisation *Southern African Development Community (SADC)* mit Unterstützung seitens Angola, Namibia, Sambia, Simbabwe und Tansania ein. In dem Krieg, welcher auch als „Afrikas Erster Weltkrieg“ (JOHNSON 2008a: 88) beschrieben wurde, kämpfte nun das südliche gegen das östliche Afrika auf kongolesischem Staatsgebiet. „Simbabwische Elitetruppen“ (JOHNSON 2008a: 88) und eine „gegen die ‚Ruander‘ aufgehetzte Bevölkerung“ (ebd.: 88) sowie die angolanische Armee bedrängten die aus dem Westen Richtung Kinshasa kommenden Rebellen. Obwohl die Rebellen in dieser Zwickmühle nun zu Verhandlungen bereit waren, willigte die Regierung nur in ein Gespräch mit Ruanda und Uganda, nicht aber mit den Rebellen ein, und somit wurden eine politische Einigung und eine schnelle Beendigung des Krieges verhindert. Durch seine „Kehrtwende gegen Ruanda“ (JOHNSON 2008a: 88) entwickelte sich Laurent Désiré Kabila zum Volksheld und laut ihm sollten sich die Leute nun mit den Waffen gegen den Feind wehren, da sie ansonsten zu „Sklaven der Tutsi“ (ebd.: 88) werden würden. Es gab tagelange Kämpfe und einen direkten Angriff auf Kinshasa, wobei zudem auch Tutsi-Verbrennungen stattfanden. Als am 31. August 1998 Kabilas Sieg ausgerufen wurde, flüchteten die letzten Rebellengruppen nach Angola und fanden dort bei den UNITA-Rebellen Zuflucht (vgl. JOHNSON 2008a: 88; TULL 2008: 74).

Trotz der Pattsituation, die ab August 1998 herrschte, wurde im Osten jahrelang ein „Stellungskrieg“ (JOHNSON 2008a: 91) fortgeführt. Während die Osthälfte dabei von der RCD und von Ruanda und Uganda kontrolliert wurde, regierte Laurent Désiré Kabila mit Hilfe aus Angola, Simbabwe und Namibia in der Westhälfte des östlichen Gebietes (vgl. ebd.: 89). In Nord-Kivu waren die ugandischen Truppen vorherrschend und in Süd-Kivu gab es multiethnische Gruppen, die eng mit Ruanda verbunden waren. Das Fatale am zweiten kongolesischen Krieg war,

„dass die Beteiligten ihn nicht ernst nahmen“ (ebd.: 89) und alle Parteien glaubten kurz vor einer Friedensregelung zu stehen. Da sie meinten die andere Partei verhielte sich störrisch, führte das ihrer Logik nach zu einer Verschärfung des „militärischen Drucks“ (ebd.: 89), wobei sich auch die internationale Diplomatie bei diesem Spiel beteiligte. Aufgrund der Fortführung des Stellungskrieges und der Verhinderung von Verhandlungen benötigten die Kämpfer in dem „sich selbst finanzierenden Krieg“ (ebd.: 91) Einnahmequellen und dabei dienten Rohstoffe wie „Gold, Diamanten, Edelhölzer, landwirtschaftliche Produkte und Columbit-Tantalite“ (KANTELE und PAES 2008: 200) zur Finanzierung von Waffen (vgl. JOHNSON 2008a: 89ff; KANTELE und PAES 2008: 200).

Im Juli 1999 wurde das Lusaka-Abkommen von der kongolesischen Regierung, Rebellen Gruppen und jenen Staaten wie Angola, Simbabwe, Ruanda und Uganda, die die verschiedenen kongolesischen Seiten unterstützten, unterschrieben. Damit wurde folgendes vereinbart:

- ein Waffenstillstand
- Einfrieren der territorialen Kontrolle aller Konfliktparteien und der folgende Abzug aller bewaffneten Gruppen
- Stationierung einer Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen
- Einrichtung einer gemeinsamen Militärkommission der afrikanischen Länder um eine Vereinbarung und eine Abrüstung der Inerahamwe-Milizen zu überwachen
- Einführung eines interkongolesischen nationalen Dialogs, welcher eine neue politische Ordnung in die DR Kongo bringen sollte (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 165).

Die illegale Ausbeutung von Rohstoffen wurde im Jahr 2000 erstmals vom UN-Sicherheitsrat in einem Abschlussbericht angesprochen. Eine Expertengruppe untersuchte die „illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen und anderer Formen des Wohlstands“ (JOHNSON 2008a: 127). Neben Diamanten wurden auch andere Rohstoffe wie Coltan illegal ausgebeutet. Dennoch beschuldigte der Abschlussbericht nicht nur die kongolesische Regierung und Rebellen Gruppen sondern auch die Armeen Ruandas, Ugandas und Simbawes der Kongo-Ausplünderung. Ihnen wird vorgeworfen von „den Kleinkriegen des Kongos zu profitieren“ (ebd.: 130), wobei sie mit den „kongolesischen Kriegsfraktionen“ (ebd.:

130) zusammenarbeiteten, um das Recht für den Abbau und Export von wertvollen Ressourcen zu erhalten (vgl. JOHNSON 2008a: 127f; 130).

Obwohl der Waffenstillstand nach dem Ende des zweiten Kongo-Krieges und der Entsendung der UN-Friedensmission *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUC)* eingehalten wurde, konnte das Land zwischen 2001 und 2003 nicht stabilisiert werden. Für die Regierung war keine Verfassung vorhanden und die Kriegsparteien konnten somit nicht gemeinsam regieren. Trotz einer geplanten Wiedervereinigung existierten die bestehenden Teilungen weiter und so nahmen die Konfliktparteien die Rolle von Besatzungsmächten ein und beuteten weiterhin die Rohstoffe aus (vgl. KANTEL und PAES 2008: 200; TULL 2008: 76f;).

4.4.6.1. *Auswirkungen auf die Bevölkerung*

Unter der kongolesischen Bevölkerung breitete sich in Folge des Krieges ein großes Elend aus. Regelmäßig gab es Massaker gegen die Zivilbevölkerung und öffentliche Dienstleistungen wie Sicherheit und Bildung wurden eingestellt. Wegen der verfallenen Infrastruktur aus Mobutus Zeiten waren weite Landesteile der Kivu-Provinzen von der Außenwelt abgeschnitten und da man folglich vom Regierungsgebiet nicht in das Rebellengebiet reisen konnte, lebten von 1998 bis 2002 viele Kongolesen unter einer absoluten Isolation. Zudem herrschte eine Lebensmittelknappheit vor und die wenigen Lebensmittel, die es gab, wurden an Soldaten oder an einen geringen Prozentsatz der reichen Bevölkerung verteilt. Die in der Nähe der Kriegsgebiete lebenden Menschen konnten oftmals nicht versorgt werden und vielerorts gab es Hungersnöte, Seuchen, Fieber und Masern. Insgesamt starben auf Grund des Krieges, des mangelhaften Gesundheitswesens und der sozialen Dienste sowie der Nahrungsmittelunsicherheit mehr als vier Millionen Menschen, wobei sich unter den Sterbenden vor allem Kinder befanden. Außerdem gab es über zwei Millionen Binnenvertriebene. Die internationale Hilfsgemeinschaft machte sich dennoch am Anfang keine Gedanken über Nothilfe und es gab erst 2001, als der Friedensprozess begann, eine verbesserte Hilfe in der DR Kongo. Je länger der Krieg zudem andauerte, desto mehr kam es zum Erliegen der produktiven Wirtschaft und nur mehr ein geringer Prozentteil der Bevölkerung konnte einer regelmäßigen Arbeit nachgehen (vgl. JOHNSON 2008a: 106ff; 111; TULL 2008a: 76f).

Zudem ging mit dem Ausbruch des Krieges eine Urbanisierung einher und es kam zu einer Landflucht in die Städte Goma, Bukavu, Butembo oder Uvira. Die Bevölkerung vervierfachte sich in dieser Zeit in den wichtigsten Ballungszentren von Kivu, wobei im ländlichen Umland wiederum eine Entvölkerung stattfand. Dennoch stoppte die Völkerwanderung in die Städte nach kurzer Zeit auf Grund der Degradation und Zerstörung von wichtigen Routen. Da die ländliche Bevölkerung nicht auf die städtischen Märkte zugreifen konnte und die Preise stiegen sowie „militärische Gewalt, politische Unsicherheit und wirtschaftliche Not“ (JOHNSON 2008a: 111) vorherrschten, verringerte sich die Nahrungsmittelsicherheit einmal mehr und so gewann die Subsistenzwirtschaft an Bedeutung (vgl. JOHNSON 2008a: 107f; 111; JACKSON 2003: 4).

Trotz der Wichtigkeit der Subsistenzwirtschaft, barg die Landwirtschaft auf Grund der unsicheren Ernten dennoch ein zunehmendes Risiko. Daher versuchten die Leute ungeachtet der fehlenden Strukturen mit Hilfe der „Kriegswirtschaft, der Gewaltökonomie und der illegalen Ausplünderung“ (JOHNSON 2008a: 124) Geld zu verdienen und so kamen die Menschen „zu Zehntausenden in die Bergbaugebiete“ (JOHNSON 2008a: 111) und verdienten „mit artisanalem Schürfen von Coltan, Zinn, Gold, Diamanten und anderen Rohstoffen ihren Lebensunterhalt“ (ebd.: 111). Der wichtigste Devisenbringer der Kivu-Regionen wurde „der Export von Coltan und später von Zinnerz“ (JOHNSON 2008a: 120). Auf Grund des schwachen Staates, der „informellen Wirtschaftskreisläufe und Handelsstrukturen“ (ebd.: 124) war es dennoch nur für einen kleinen Teil der Elite möglich, in großem Luxus und Wohlstand zu leben und sie organisierten sich so durch ein großes Maß an „persönlicher Eigeninitiative“ (ebd.: 124) selbst (vgl. JOHNSON 2008a: 111; 120; 124).

Die Geld-Verfügbarkeit ging während dieser Zeit insgesamt zurück, wobei dies verheerende Folgen für den Schulzugang hatte. Während vor dem Krieg 70 Prozent aller kongolesischen Kinder noch die Schule besuchten, waren es nach dem Krieg nur mehr 40 Prozent (vgl. JOHNSON 2008a: 111).

In der Gesellschaft gab es tiefgreifende Änderungen und „politisches Handeln“ (JOHNSON 2008a: 123) wurde mit „militärischem Handeln“ (ebd.: 123) gleichgesetzt. Nur mehr mit Gewalt war die Durchsetzung und die Verteidigung eigener Interessen möglich. Organisationen nahmen einen wichtigen Teil des

öffentlichen Lebens ein und auf der gesellschaftlichen Ebene gab es den „Tauschhandel, Selbsthilfegruppen, Mikrokreditorganisationen, private Arrangements“ (ebd.: 111) (vgl. JOHNSON 2008a: 111; 123).

4.4.7. Herrschaft unter Joseph Kabila

Laurent Désiré Kabila verspielte sich mit seiner „Diebstahlwirtschaft“ (JOHNSON 2008a: 97) und dem fehlenden geordneten System die Sympathie der Bevölkerung und verließ sich zunehmend auf seine ausländischen Alliierten. Am 16. Dezember 2000 kam es zum ersten Mal seitens der *RCD* zu einem Generalstreik gegen ihn und wenig später wurde er in seinem Büro in Kinshasa erschossen gefunden. Die Führung wurde nun an Laurent Désiré Kabilas Sohn Joseph Kabila übergeben. Dieser avancierte zum „Präsident mit simbabwischer Leibgarde“ (ebd.: 99) und wurde von der internationalen Gemeinschaft sofort anerkannt, da die Hoffnung bestand er würde das Lusaka-Abkommen nun umsetzen. Der Friedensvertrag wurde im Dezember 2002 durch die Kriegsparteien unterzeichnet. Die Regionen im Osten stellten dennoch auch weiterhin nach Amtsantritt der Übergangsregierung „unsichere Zonen“ (TULL 2008: 77) dar, wobei hier Milizen und Rebellen eine Gefahr für die Bevölkerung waren. Mit den offiziellen demokratischen Wahlen 2006 wurde Joseph Kabila vom vorläufigen Übergangspräsidenten zum Präsidenten des Landes gewählt (vgl. JOHNSON 2008a: 97ff; TULL 2008: 77).

4.4.7.1. Fehlendes Gewaltmonopol und schlechte wirtschaftliche und soziale Lage

Joseph Kabila ist jedoch bis heute noch nicht im Besitz des „*Gewaltmonopol des Staates*“ (TETZLAFF 2008b: 264), welches eine Voraussetzung für das „*Nation-Building*“ (ebd.: 264) wäre, und unter ihm wurde zudem auch die Staatsplünderung der Elite fortgesetzt. Statt sachdienlicher Kooperation gab es oftmals interne Machtkämpfe zwischen den Machtinhabern und Machtinhaberinnen und somit konnte die öffentliche Ordnung und Sicherheit bis jetzt noch nicht wiederhergestellt werden. Zwischen 2003 und 2006 kam es zu keinem Wiederaufbau und die staatliche Kleptokratie wurde fortgeführt. Auch heute noch sind Landesteile durch eine „desolate wirtschaftliche und soziale Lage“ (RESSLER 2008: 96) gezeichnet mit einer schlechten staatlichen Verwaltung, Korruption und Kriminalität, welche auf Grund eines Mangels an Gerichtsbarkeit selten bestraft

wird. Obwohl zivilgesellschaftliche Gruppierungen in letzter Zeit an Bedeutung gewannen, ist ihr Einfluss für eine Stabilisierung des Landes dennoch gering (vgl. RESSLER 2008: 96; TETZLAFF 2008b: 264).

Durch die reichliche Ausstattung an natürlichen Ressourcen galt das Land stets als kreditwürdig und als es im Jahr 2003 Auslandsschulden von mehr als zehn Milliarden Dollar aufwies, erhielt es zur Bekämpfung der Armut von 2002 bis 2004 und unter Einhaltung der „Good Governance“- Kriterien 700 Millionen US-Dollar. Dies resultierte in einem Schuldendienst von 100 Millionen jährlich, welche durch eine Teilentschuldung des Internationalen Währungsfonds 2004 um zwei Drittel gesenkt werden konnte. Diese internationalen Organisationen wie der IWF und die Weltbank bildeten die Gegenspieler zur staatlichen Kleptokratie. Als es jedoch zu einem Untersuchungsausschuss kam, weil Joseph Kabila immer mysteriöser erschien, und dieser überprüfen sollte, ob die Wirtschaftsabkommen zum Wohl des Landes beitragen wurden alle führenden Politiker wegen Korruption stark belastet. Daher stoppten IWF und Weltbank 2011 ihre Geldzahlungen (vgl. TETZLAFF 2008a: 170; UN Security Council 2013: 6).

4.4.7.2. Wiederbelebung des Minensektors und positive wirtschaftliche Entwicklung

Trotzdem sollte unter Joseph Kabila im ganzen Land „eine Wiederbelebung des Minensektors“ (TETZLAFF 2008b: 267) erfolgen und wegen der Schaffung eines neuen Verhaltenskodexes im Bergwerkssektor erhielten Investoren und Investorinnen „kommerzielle Anreize“ (TETZLAFF 2008b: 267), wobei dadurch zum ersten Mal wieder ausländische Direktinvestitionen in das Land geholt wurden und eine Verdrängung der aus der Mobutu-Ära vorhandenen staatseigenen Unternehmen erfolgte. Zudem kam es zur Bildung von Joint Ventures und geschmuggelte Diamanten sollten mit der Einführung eines Diamanten-Zertifizierungssystem unterbunden werden. Um die Inflation zu bekämpfen, führte Joseph Kabila strenge Kontrollen über die Geldmenge ein und so gab es einen Rückgang der „Inflationsrate von 550 Prozent im Jahr 2000 auf 4 Prozent im Jahr 2004“ (TETZLAFF 2008b: 268). Wiederum wurden ausländische Unternehmen auf Grund dieser Entwicklungen angezogen und sie setzten „verrottete Bergwerke und Förderanlagen“ (ebd.: 268) wieder instand. Im Gegensatz zum Subsistenzsektor und zum informellen Sektor konnte sich der mit dem Ausland verbundene Wirtschaftssektor wieder erholen und so gab es im Jahr 2002 erstmals wieder ein

Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent (siehe Kapitel 4.2.3.) und dieses hielt auch die darauffolgenden Jahre an. Zweifelhaft ist dennoch, ob auch die Bevölkerung davon profitieren wird wie durch „stabile Konsumpreise, neue Jobs, pünktlich gezahlte Löhne und Gehälter etc.“ (ebd.: 268) und das Land eine funktionierende Volkswirtschaft aufbauen kann (vgl. TETZLAFF 2008b: 267f).

4.4.7.3. *Rent-Seeking-Modell*

Auch heute noch besteht Joseph Kabilas Regime hauptsächlich auf *Rent-Seeking*-Modellen und somit auf der Ausbeutung von Rohstoffen, da diese schnelles Geld verspricht und besonders in den rohstoffreichen Kivu-Provinzen kommt es zu einer Ausplünderung, wobei sich an dieser „vielfältige Interessensgruppen und Akteure aus dem In- und Ausland beteiligen und diese engen den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Handlungsspielraum der Regierung ein“ (TETZLAFF 2008b: 264). Vermieden wird dabei die Mühe die Landwirtschaft, welche das Potential hätte einen Arbeitsplatz für viele Millionen arbeitslose und einkommenslose Jugendliche zu schaffen, zu fördern und ihnen eine Perspektive zu geben. In dieser Hinsicht stellt *Rent-Seeking* „die selbstgewählte Fortsetzung des Wegs in eine verbaute Zukunft“ (TETZLAFF 2008b: 273) dar (vgl. TETZLAFF 2008b: 264; 273).

4.5. Zusammenfassung und Ausblick

Mit diesem Kapitel sollten nun Einblicke in die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation der DR Kongo gegeben werden, wobei im Besonderen die Ressourcen- und Wirtschaftspolitik mit ihrer Geschichte seit 1960, die Wirtschaftsindikatoren und die Korruption sowie die entstandenen zwei Kongo-Kriege Berücksichtigung fanden, da diese in enger Verbindung mit Coltan stehen und somit den breiteren ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Kontext für den Mineralabbau bieten. Obwohl die DR Kongo in den letzten Jahren dank des Rohstoffreichtums positive Wachstumsraten aufwies, gehört das Land laut dem HDI zu den ärmsten Ländern der Welt und es konnten daraus keine positiven Effekte für die Mehrheit der Bevölkerung gezogen werden. Joseph Desiré Mobutus angefangene Misswirtschaft der Selbstbereicherung durch die Elite und der Ressourcenausbeutung in Form von Renten aus dem Ausland, welche zum Verfall der formalen Volkswirtschaft führten, wurden auch unter Joseph Kabila, dem jetzigen Präsident der DR Kongo, weitergeführt. Letzterer besitzt dabei noch immer nicht das Gewaltmonopol des Staates, welches die Voraussetzung für das

Funktionieren des Rechtsstaates ist, und Korruption und Gesetzlosigkeit beherrschen das Land (vgl. Tetzlaff 2008b; UN Security Council 2013). Zudem konnte die Mehrheit der Bevölkerung trotz Entwicklungsprogrammen des IWFs vom Ressourcenreichtum nicht profitieren und die angesammelten ausländischen Schulden konnten nicht getilgt werden. Der Rückgang der formalen Beschäftigung resultierte in einem Anstieg von illegalen Aktivitäten und so fingen die Menschen im Minensektor als Schürfer zu graben an. Eine Förderung der Landwirtschaft wurde darüber hinaus unterlassen und wegen der schlechten Produktionsbedingungen konnte diese die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr ernähren. Erneut stellte die Arbeit im Bergbau eine optimale Alternative, welche sich zum Geld verdienen eignete, dar. Auf Grund der durch die beiden Kriege verursachten Gewalt breitete sich unter der Bevölkerung ein großes Elend aus und die Nahrungsmittelsicherheit konnte abermals nicht mehr sichergestellt werden. Die Menschen zogen entweder in die Städte oder wanderten in die Bergbauminen ab. Vor diesem Hintergrund, welcher zur Verletzlichkeit der Gesellschaft beitrug, widmet sich das folgende Kapitel nun dem Coltan-Abbau und der sozialen Bedingungen in den Minen sowie seinen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen. Darüber hinaus erfolgt eine Behandlung der weltweiten ökonomischen Kräfte, welche zum Coltan-Abbau führten. Es wird auf die Eigenschaften von Coltan, die weltweite Entwicklung seines Angebots, seiner Nachfrage und seiner Preise, und auf den Zusammenhang zwischen Coltan und Bürgerkrieg eingegangen, wobei zudem eine Darstellung des artisanalen Coltan-Bergbaus und der Situation in den kleinmaßstäblichen Minen erfolgt.

5. Coltan

5.1. Eigenschaften und Verwendung

Der Name Coltan ist die Abkürzung sowie der lokale Name für Columbite-Tantalite und stellt eine Mischung aus den zwei unverarbeiteten Mineralerzen Columbite, auch bekannt als Niobium, und Tantalite dar. Sowohl namentlich als auch chemisch erfolgt eine Unterscheidung zwischen Coltan, Tantalum und Tantalite. Während der Name Coltan nur in der DR Kongo Verwendung findet und sich auf Erze mit unverarbeiteten Tantalite bezieht, bezeichnet Tantalite die unverarbeiteten Erze im Allgemeinen oder jene, die von anderen Ländern als der DR Kongo abstammen. Tantalum selbst stellt das grau-blau bis schwarze verarbeitete Metall, welches Coltan oder Tantalite enthält, dar und erhält in der periodischen Tabelle das Symbol Ta und die atomische Nummer 73 (vgl. NEST 2011: 3). Es gehört zur Gruppe der „minor metals“ (NEST 2011: 3), wobei dies Primärmetalle sind, die nicht am London Metalltausch-Markt gehandelt werden, global eine geringe Produktion und wenige Lagerstätten aufweisen. Darüber hinaus werden sie häufig durch eine kleine Anzahl an Unternehmen und als Nebenprodukte von Basismetallen abgebaut und sind schwer durch andere ersetzbar. Auf Grund seiner hohen Dichte von $16,654 \text{ g/cm}^3$ zählt Tantalum zu den Schwermetallen und ist daher doppelt so schwer wie Stahl und nicht so leicht wie Aluminium-Pentoxide. Obwohl es ein exzellenter Elektrizitäts-Leiter ist, weist es dennoch einen hohen Schmelzpunkt von 2.996°C auf und zeichnet sich durch seine anti-korrosiven Charakteristiken aus. Überdies ist es gegen alle Säuren und Ätzmittel widerstandsfähig. Bei „gleichzeitiger Härte“ (KANTEL und PAES 2008: 200) besitzt es eine gute Formbarkeit und erfahrenes Personal kann es leicht über Biegen, Rollen-Formung und Schweißen herstellen. Darüber hinaus charakterisiert sich Tantalum durch seine hohe Stufen von chemischer Trägheit (vgl. NEST 2011: 3; 7f; 34; Tantalum Niobium International Study Center, 20.08.13; KANTEL und PAES 2008: 200; HAYES und BURGE 2003: 15).

Zwei Drittel der Coltan-Produktion entfallen auf die Herstellung von Tantalum-Kondensatoren und diese regulieren den Elektrizitätsfluss von Batterien oder die Kraftquelle für bestimmte Teile des elektronischen Geräts. Die Herauslösung des Tantalites aus dem Coltan-Erz erfolgt in einem komplexen chemischen Prozess und es bildet sich ein metallisches Pulver, welches in der Elektronikindustrie weiter

verarbeitet wird. Dieser Verarbeitungstechnik bedienen sich weltweit vier Firmen, welche „die deutsche Firma *H.C. Starck* aus dem niedersächsischen Goslar, das chinesische Unternehmen *Ningxia*, der amerikanische *Cabot Inc.* und der kasachische Hersteller *Ulba*“ (KANTELE und PAES 2008: 202) sind. Diese Firmen nehmen eine Art „Oligopol auf dem Tantalitmarkt“ (ebd.: 202) ein, da sie technisch überlegen sind, und versorgen Hersteller von Computerchips und anderen Komponenten mit Tantalum. In der Folge findet es in digitalen elektronischen Geräten wie „iPods, Digitalkameras, Digital-Bildschirmen, DVD-Player, Nintendo, Xbox, Playstation2, Laptops und Handys“ (NEST 2011: 8) Verwendung. Das Tantalum bewirkt dabei, dass die umgebenden Metalle in den vollbepackten Geräteinnenräumen nicht aufgeheizt werden. Dank der hitzeresistenten Eigenschaften ist es dennoch auch für die medizinische Geräteindustrie, „für chirurgische Geräten, in Optik und Elektronik“ (KANTELE und PAES 2008: 200) sowie auch in anderen Industrien wie der Luft- und Raumfahrt, der Automobilindustrie und der Energiegeneration von großer Bedeutung. Da für ein durchschnittlich großes Mobiltelefon nur kleine Tantalum-Mengen (20mg) benötigt werden, konnte eine Miniaturisierung der Geräte vorgenommen werden. Auch wenn Kondensatoren aus Keramik oder Aluminium billiger wären, speichern diese nur eine geringere Elektrizität pro Volumen und finden somit nur in größeren elektronischen Geräten Verwendung (vgl. NEST 2011: 3-10; Gesichter Afrikas, 20.08.13; KANTELE und PAES 2008: 202; HAYES und BURGE 2003: 11).

5.2. Geschichte von Angebot, Nachfrage und Preis auf dem internationalen Markt von 1960 bis 2010

Die am internationalen Markt gehandelten Tantalum-Mineralien enthalten nach anfänglichem Sortieren und Verarbeiten eine zehn- bis 40-prozentige Tantalum-Oxid-Verbindung mit der chemischen Formel Ta_2O_5 . Die folgenden Preise, welche stark von Angebot und Nachfrage abhängig sind, gelten daher für diese Verbindung, auch wenn sie normalerweise je nach Konzentration variieren. Tantalum hat ähnliche ökonomische Charakteristiken wie andere Mineralien und die Preise zyklisch. Angebot und Nachfrage stellen eine Ebbe und Flut dar, wobei ein Angebots-Mangel die Entdeckung von neuen Quellen und Bemühungen, Ersatz-Material zu finden, verursachen kann. Ob Minen geschlossen und wiedergeöffnet werden, hängt somit von den internationalen Preisschwankungen ab (vgl. NEST 2011: 10; 29; HAYES und BURGE 2003: 12).

Eine erste Tantalum-Nachfrage gab es während der industriellen Erneuerung und trotz Spitzen und Tiefpunkten stieg sie über das gesamte zwanzigste Jahrhundert kontinuierlich an. In der DR Kongo datiert die Coltan-Entdeckung dabei in das Jahr 1910 zurück, wo die „*Compagnie des Chemins de Fer du Congo Superieur aux Grands Lacs Africains (CFL)*“ während des Baus der Eisenbahnstrecke von Kindu nach Kongolo“ (KANTEL und PAES 2008: 201) darauf stieß. Im ganzen Jahrhundert sind zwei Preissteigerungen herausragend, wobei die eine in den 1980er-Jahren und die andere im Jahr 2000 stattfand. Der Abbau erfolgte dennoch bis zum Jahr 2000, in welchem das „Coltan-Fieber“ (NEST 2011: 36) zu einer gesteigerten Tantalum-Nachfrage führte, als Nebenprodukt von Kassiterit. In den späten 1990er-Jahren und im Jahr 2000 bewirkten vor allem die neuen Technologien, dass die Trennung von Coltan und Kassiterit profitabel und Coltan selbst zum Abbau-Ziel wurde (vgl. NEST 2011: 10; 36; KANTEL und PAES 2008: 201; JACKSON 2003: 7).

Während des Korea-Krieges von 1950 bis 1953 stieg die Tantalum-Nachfrage erstmals signifikant an, wobei es zu dieser Zeit für Militäranwendungen gebraucht wurde. Ein kleiner Produzent dafür waren hauptsächlich die Vereinigten Staaten von Amerika. Da sie die Nützlichkeit des Metallerzes voraussahen, wurde eine weltweite Initiative für den Tantalum-Kauf und eine Vorrats-Entwicklung geschaffen. Als dies zu einer Verdoppelung der Preise führte, war ein Rückgang des Vorratsverkaufes die Folge, woraufhin die Tantalum-Preise sanken (vgl. NEST 2011: 10).

In den 1960er-Jahren fand das Metall hauptsächlich in jenen Industrien, in welchen es auch heute gebraucht wird, wie der Konsumelektronik, den Chemikalien, der Luft- und Raumfahrt und der Maschinenherstellung Verwendung. Da Angebot und Nachfrage nicht übereinstimmten, gab es Preisschwankungen mit einem Rückgang am Anfang der 1970er Jahre und einer hohen Preissteigerung am Ende des Jahrzehnts. Die hohen Preise während des Booms in den 1980er Jahren bewirkten einerseits eine vermehrte Wiederverwertung und andererseits eine Erforschung von neuen Lagerstätten. Erst in den frühen 1990er Jahren gingen die Preise wieder zurück und blieben dann bis 2000 konstant (vgl. NEST 2011: 11; HAYES und BURGE 2003: 15).

Eine gestiegene globale Nachfrage gab es in den 1990er-Jahren als Produkte wie zweite-Generation Mobiltelefone, welche GSM verwenden, Spielplattformen und ultra-leichte Laptops, für welche Tantalum-Kondensatoren benötigt wurden, auf den Markt kamen. Das „Coltan-Fieber“ (NEST 2011: 11) oder der „Coltan-Boom“ (NEST 2011: 11) brach im Osten der DR Kongo aus, woraufhin die internationalen Preise schlagartig von 30 Dollar auf 100 Dollar pro Pfund in die Höhe schnellten. Coltan wurde erstmals primäres Ziel des Abbaus und stellte kein Nebenprodukt von Kassiterit mehr dar (siehe weiter oben). Weitgehend wurde berichtet, dass der Preisanstieg auf die Coltan-Knappheit zurückzuführen war und diese wiederum zu dem PlayStation2 Mangel führte. Der Preisanstieg wurde aber dennoch viel eher über eine Spekulation als über eine richtige Knappheit verursacht (vgl. NEST 2011: 11f).

So prognostizierten die hauptsächlichen Tantalum-Verarbeitungsunternehmen wie die U.S. Firma Cabot und die deutsche Firma H.C. Starck der Bayer-Gruppe ein Zukunftswachstum für Tantalum basierte Produkte und bestellten große Mengen davon über teure Langzeit-Verträge. Ein Großteil der Tantalum-Produktion wurde somit in bis zum Jahr 2000 reichende Verträge gezwängt und jene Verarbeitungsunternehmen, welche Zukunftslieferungen nicht sicherstellen konnten, riskierten einen Verlust ihres Marktanteils. In der Zwischenzeit stieg der Aktienkurs von Kondensatoren und elektronische Geräte herstellenden Unternehmen weiter an. Außerhalb jener Langzeit-Verträge, welche bereits an bestimmte Verarbeitungsunternehmen gebunden waren, gab es jedoch plötzlich wenig Tantalite und dies obwohl die Nachfrage stetig wuchs. Die australischen Produzenten konnten dem gestiegenen Bedarf nicht mehr nachkommen und somit wurden andere Quellen für das Erz gesucht, wobei nun das kongolesische Coltan die größte Tantalite-Quelle auf dem Spotmarkt darstellte. Auf dem Spotmarkt erfolgt der Handel von Devisen, Wertpapieren oder Gegenständen, welche an standardisierte Verträge gebunden sind. Coltan hatte eine höhere Konzentration von Tantalum-Pentoxiden und benötigte daher vor dem Verkauf nur eine rudimentäre Verarbeitung. In der DR Kongo hatten die Mineralhändler und Mineralhändlerinnen und Militäroffiziere auf Grund der ökonomischen Netzwerke, welche sie während der ersten Jahre des Kongo-Krieges aufbauten, eine perfekte Position, um es aus dem Land hinaus zu befördern. Da die Käufer auf dem Weltmarkt realisierten, dass sie zu viel für ein Mineral, welches in Wirklichkeit nicht

knapp war, bezahlten, weigerten sie sich für die hohen Preise aufzukommen und kauften das kongolesische Coltan. Zusammen mit der Coltan-Flut trug dies zum Preis-Rückgang des Tantalums auf dem internationalen Markt bei. Einen Coltan-Rückgang gab es erst im darauffolgenden Jahr zwischen 2001 und 2002, wobei dieser durch das Überangebot am Weltmarkt, die bevorstehende Rezession sowie durch die fortgeschrittene Technologie, welche eine kontinuierliche Reduktion der Größe der Tantalum-Kondensatoren bewirkte, und die Weiterentwicklung der Kommunikationsindustrie verursacht wurde (vgl. NEST 2011; HAYES und BURGE 2003: 22f). Zudem ging der Internet-Boom zurück, woraufhin nur mehr ein geringeres Tantalum-Volumen benötigt wurde. Der Weltmarkt-Preis sank auf sein ursprüngliches Niveau, wobei die Konsequenzen des ‚Coltan-Booms‘ in der DR Kongo allerdings bis heute spürbar sind (vgl. NEST 2011: 8f; 11ff; 14; KANTEL und PAES 2008: 202f; HAYES und BURGE 2003: 22f).

Da die DR Kongo im Jahr 2000 die zweitgrößte Quelle für Tantalum war, hatte die kongolesische Produktion das Potential, die globalen Märkte zu destabilisieren und Preis-Schwankungen außerhalb von Langzeit-Verträgen auf dem internationalen Spotmarkt hervorzurufen. Dies bewirkte, dass sich die Tantalite-Produktion zusammen mit der globalen Ökonomie entwickelte und dass es zu einer radikalen Veränderung der Produktionsmuster kam (siehe Kapitel 5.4.). Dennoch wurde das Metall meist nicht direkt aus der DR Kongo exportiert, sondern vielmehr erfolgte meist ein illegaler Transport nach Ruanda und erst von dort kam es auf den Weltmarkt. Die ruandischen Besatzungsgruppen waren somit für „eine systematische Produktion und Vermarktung“ (TETZLAFF 2008a: 165) verantwortlich und sie zogen im Jahr 2000 ca. 240 Millionen US-Dollar Profit daraus (vgl. TETZLAFF 2008a: 165; NEST 2011: 25ff).

Ab Dezember 2008 wurden Australien, Kanada und Mosambik aus der Produktion herausgenommen und es gab es eine Schließung vieler ihrer Minen, wobei diese nun für Aufrechterhaltungsprogramme verwendet werden. Wegen einer Stärkung des australischen Dollars und der eskalierenden Arbeitskosten und einer prekären wirtschaftlichen Situation blieb das australische Tantalite aus der Wodgina-Mine unprofitabel zurück und der führende ethische Produzent mit Sicherheits- und Umweltstandards am Tantalum-Markt, die australische Firma Sons of Gwalia (vgl. HAYES und BURGE 2003: 22), schied somit aus der Wirtschaft aus. Das kongolesische Coltan gewann dadurch einmal mehr an Bedeutung, obwohl es ab

2001 vermehrt auch zu einem Ersatz durch das Edelmetall Kassiterit kam. Auch in Zukunft können sich die Muster der Tantalite-Produktion noch ändern, was zu einer Wiedereröffnung der Minen in Kanada und Mosambik führen würde (vgl. NEST 2011: 25ff; TETZLAFF 2008a: 165; Prowildlife, 08.09.13; NGO-Online, 08.09.13).

Trotz des Preisanstiegs auf dem Weltmarkt zwischen 1978 und 1980 blieb zu dieser Zeit ein „Coltan-Ansturm“ (NEST 2011: 14) aus, wofür dafür die innenpolitischen und sozialen Faktoren in der DR Kongo verantwortlich waren. Zu dieser Zeit war erstens der Staat stärker und so wurde Coltan vom staatlichen Unternehmen *SOMINKI (Société Minière et Industrielle du Kivu)* und nicht über den artisanalen Bergbau abgebaut. Während dieser Periode stellte es zweitens noch ein Nebenprodukt des industriellen Zinnabbaus dar und wurde nicht in alluvialen Lagerstätten in der Nähe von Flüssen gewonnen, wodurch es den kleinmaßstäblichen Minenarbeitern und Minenarbeiterinnen an Ausstattung für den Abbau der Tantalum-Pentoxide fehlte. Über Tantalite war drittens wenig Wissen vorhanden, was zu einer geringeren Beteiligung unter der Bevölkerung am Coltan-Abbau führte (vgl. NEST 2011: 14f).

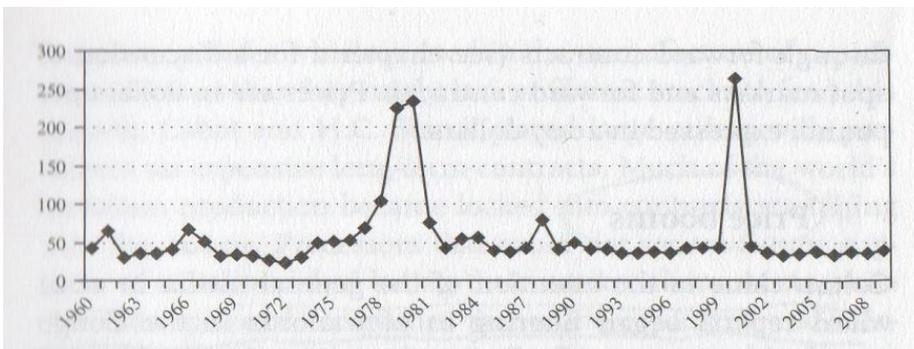


Abb. 3.: Bewegung der Tantalum-Preise am internationalen Markt von 1960 bis 2010 in Dollar pro Pfund (Quelle: NEST 2011: 11)

5.3. Die weltweiten Tantalum- und Coltan-Lagerstätten

In der globalen Tantalum-Industrie wird das Metallerz von vier Quellen bezogen: aus Minen, aus wiederverwerteten und verschrotteten Materialien, von Lagerbeständen und aus den Tailings, den feinkörnigen Rückständen aus dem Bergbau, der Zinnschlacken. Die wichtigsten Tantalum-Quellen in der Geschichte waren verrottete Haufen um die Zinnminen in Malaysia und Thailand, obwohl diese nur zwei bis zehn Prozent Tantalum-Pentoxide enthielten. Später in den 1980er Jahren wurde 40 Prozent des weltweiten Tantalums von Zinnschlacken

bezogen. Da sich diese Quellen allerdings bis in die 1990er Jahre erschöpften, gewinnt man heute das Hartgestein-Tantalum, welches verschiedene Erzmischungen und Mineralquellen wie Tantalite, Niobium, Columbite, Zinnschlacken, Columbite-Tantalite und Struverite enthält, weltweit meist aus dem Bergbau. Dies geschieht vor allem seit es in vielen alluvialen Lagerstätten gefunden wird, obwohl viele Lagerstätten nur geringe Tantalum-Pentoxide-Konzentrationen enthalten und daher für den großmaßstäblichen Bergbau kommerziell nicht rentabel sind (vgl. NEST 2011: 16f; HAYES und BURGE 2003: 16; ROSKILL 1999).

Einen besseren Überblick über die weltweiten Tantalum-Quellen gibt die anschließende Graphik. Ersichtlich wird dabei, dass Tantalum aus Zentralafrika nur einen geringen Anteil des weltweiten Vorkommens darstellt (vgl. Tantalum Niobium International Study Center, 13.08.13).

*Sources of tantalum 2000-2009 by percentage
Best estimates based on collated data from various industry sources*

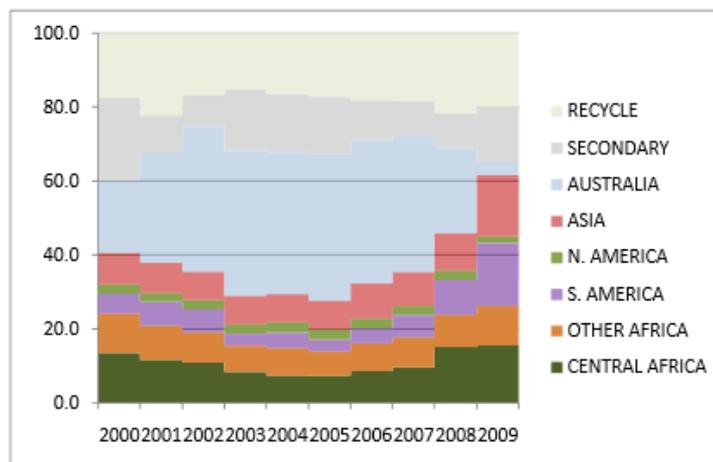


Abb. 4.: Die weltweiten Tantalum-Quellen von 2000 bis 2009 in Prozent (Quelle: Tantalum Niobium International Study Center 2010, 13.08.13)

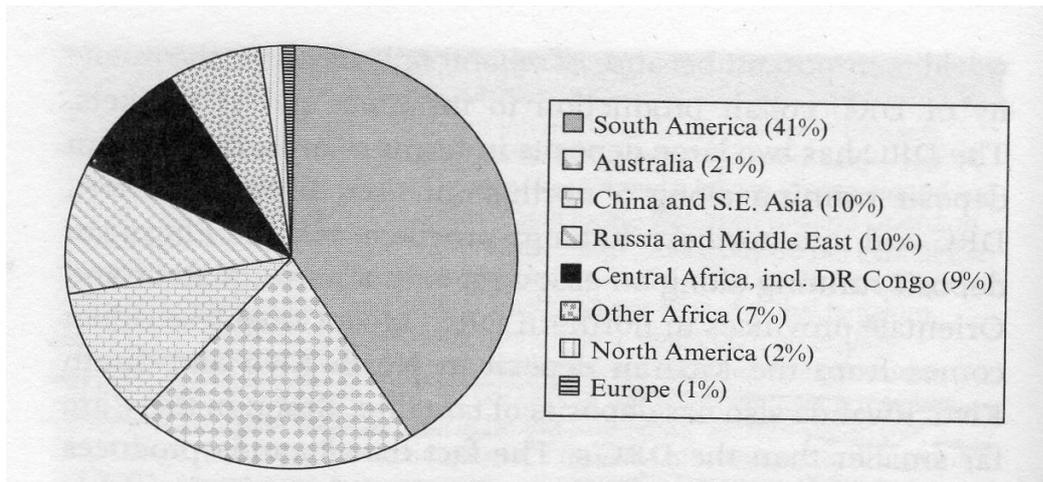


Abb. 5.: Die weltweiten Tantalum-Quellen 2010 (Quelle: NEST 2011: 20)

Jene Länder, von welchen der Großteil des Tantalums am Weltmarkt bezogen wird, waren 2010, trotz des Rückgangs 2008, Australien und Brasilien und sie kamen zusammen für 62 Prozent des weltweiten Tantalums auf. Die Produktion spielt sich in diesen Ländern vor allem in industriellen Minen ab, wobei hauptsächlich moderne Methoden mit Sicherheits- und Umweltstandards verwendet werden. So finden in den großen, industriellen, kapital-intensiven und offenen Minen ausgeklügelte Maschinen mit Bagger, großen Beförderungslastwägen und mechanisierten Förderbändern für den Transport des Erzes und der Abfallerze Anwendung. Die Aufspaltung in kleine Stücke erfolgt dabei noch auf der Baustätte und im darauffolgenden Schritt wird das Tantalit-Konzentrat mit Zügen oder Lastwägen zu den Häfen transportiert. Von dort kommt es zu einer abschnittswise Verschiffung zu den Verarbeitungsfirmen (vgl. NEST 2011: 31; 33f; TETZLAFF 2008a: 165; Tantalum International Study Center, 13.08.13; KANTEL und PAES 2008: 201; 208).

Die DR Kongo lieferte 2010 nur neun Prozent des weltweiten Tantalums, wobei ein geringer Prozentsatz der Tantalum-Quellen auch auf Länder wie China, Äthiopien, Mosambik, Nigeria, Russland und Ruanda entfiel. In Thailand und Malaysia erfolgt die Tantalum-Produktion als ein Nebenprodukt des Zinn-Bergbaus und der Zinn-Schmelzung (vgl. NEST 2011: 33f; Tantalum Niobium International Study Center, 13.08.13;).

Most likely (unofficial) resource base in million pounds Ta₂O₅

	million lbs	percent
South America	285	40%
Australia	145	21%
China & SE Asia	73	10%
Russia, Middle East	69	10%
Central Africa	63	9%
Other Africa	47	7%
North America	12	2%
Europe	5	1%
	698	

Abb. 6.: Die inoffiziellen Ressourcen-Basen von Tantalum Ta₂O₅ in Millionen Pfund 2010 (Quelle: Tantalum Niobium International Study Center 2010, 13.08.13)

Dennoch produzierte die DR Kongo im Jahr 2007 die Mehrheit des afrikanischen Tantalites (52%) gefolgt von Äthiopien (22%), Ruanda (15%), Mosambik (7%) und Nigeria (3%). Hinzu kommt, dass die Hälfte der offiziellen ruandischen Tantalite-Produktion von der DR Kongo kam und so machte das kongolesische Coltan im Gesamten geschätzte 60 Prozent des afrikanischen Tantalites aus (vgl. NEST 2011: 25).

Ob ein Land trotz der vorhandenen Lagerstätten das Metall abbaut, bestimmen zum einen die Entscheidungen von sich die Bergabbau-Rechte sichernden Unternehmen und zum anderen die Regierung. Die unternehmerischen Entscheidungen basieren dabei auf den Kosten, die bezahlt werden um ein Erz auf den Markt zu bringen, und auf dem Preis, den sie erhalten werden. Zusätzliche Kostenaufwände stellen die Bergbau-Entwicklung und die Bergbau-Operationen, welche mit Gebühren und Lizenzen verbunden sind, dar und diese müssen sowohl von der Regierung als auch von den Grundbesitzern bezahlt werden. So muss die Elektrizität über Stromleitungen oder den Bau eines Wasserkraft-Damms zu der Lagerstätte gebracht werden. Daneben müssen bei den Kosten ebenfalls das Design des Minerals, das Ingenieurwesen und die Konstruktion des Bergbaus miteinbezogen werden. Überdies sollte auch eine Sicherstellung von Arbeit, Essen und Unterkunft sowie von sozialen Kosten wie Bildung und Gesundheitskliniken für Angestellte und Gemeinschaften erfolgen (vgl. NEST 2011: 20).

5.3.1. Die kongolesischen Coltan-Lagerstätten

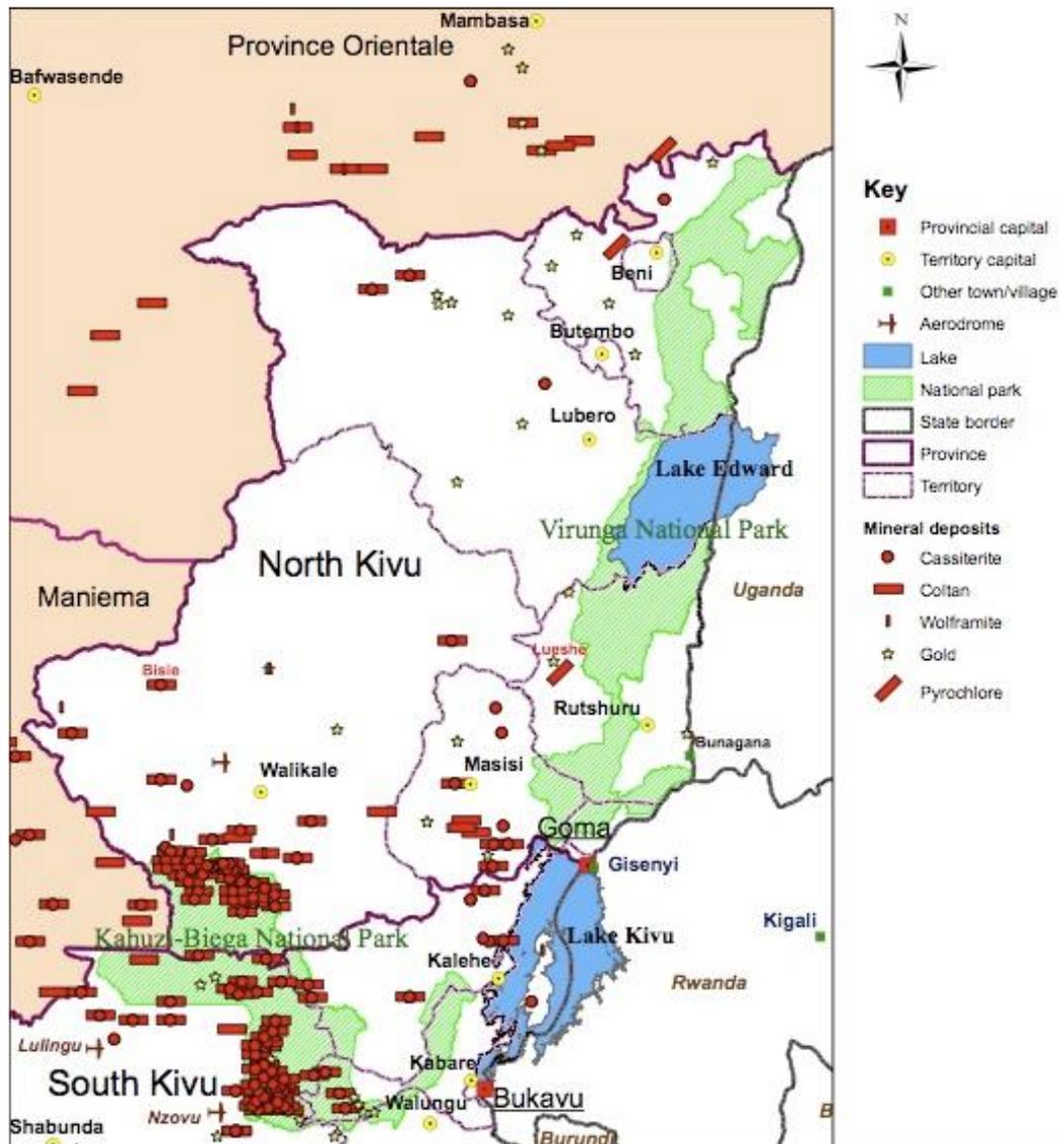
Obwohl laut oft genannten Schätzungen von Bergbau-Spezialisten 80 Prozent der weltweiten Tantalum-Vorkommen in der DR Kongo liegen, beträgt der Anteil des

kongolesischen Coltans am Weltmarkt wie bereits erwähnt nur neun Prozent. Statt großmaßstäblicher Tantalum-Minen mit industriellen Abbau-Methoden befindet sich das Metallerz primär in schlecht dokumentierten kleinen Lagerstätten, welche über den artisanalen und kleinmaßstäblichen Bergbau ausgebeutet werden. Dies bildet dabei einen starken Kontrast zu den Coltan-Minen in Australien und Brasilien, welche mit einer Herstellung von 60 Prozent des weltweiten Tantalums die kongolesischen Minen in den Schatten stellen (vgl. NEST 2011: 31; Tantalum Niobium International Study Center; 13.08.2013; HAYES und BURGE 2003: 17).

Bei der Erforschung der Coltan-Lagerstätten spielte die kongolesische Administration, die *Centre National de Récherche Géologique et Minière*, eine wesentliche Rolle und ihre Aufgabe war Daten über die Lage und die Verfügbarkeit von Coltan zur Verfügung zu stellen, wobei dafür ausgeklügelte Instrumente, welche die Konzentration und Qualität des Minerals schätzen, Verwendung fanden (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 175).

Coltan aus der DR Kongo befindet sich „entweder in Flüssen, unter ehemaligen Flussbetten oder unter der Erdoberfläche“ (KANTEL und PAES 2008: 201). Im Jahr 2009 befanden sich 23 Lagerstätten (14 in Nord-Kivu und neun in Süd-Kivu) in dem von mit Uganda und Ruanda verbundenen Rebbellengruppen kontrollierten Osten des Landes. In den Kivu-Provinzen erstreckt sich der „Coltangürtel von Bunia über Goma und Bukavu bis nach Kindu“ (ebd.: 201) und die größte Coltan-produzierende Mine ist die Bisie-Mine in Walikale, Nord-Kivu, welche zudem auch Bauxite und Kassiterit herstellt. „Bukavu gilt als wichtigstes Handelszentrum für das Erz“ (ebd.: 201). „In Südkivu und in Ituri existieren wichtige Vorkommen im Regenwaldgebiet und teilweise auch inmitten von Nationalparks“ (ebd.: 201), wobei diese oftmals zu den Biodiversitäts-Naturschutzgebieten und zu Gebieten, welche zum Wohl der Gemeinschaft beitragen zählen. Dadurch hat der Coltan-Abbau negative ökologische Auswirkungen auf die Vegetation und die dort lebende Tierwelt. Dies ist zum Beispiel im Kahuzi-Biega-Nationalpark und im Okapi Wildlife Reservat der Fall. Coltan in Nord-Kivu wird auch auf Farmen, in Wäldern, Savannen, auf privatem Land sowie auf Regierungsland oder auf offenem, ungeschütztem Land gefunden (vgl. Tantalum Niobium International Study Center, 13.08.13; KANTEL und PAES 2008: 201; MOYROUD und KATUNGA 2002: 172; HAYES und BURGE 2003: 17; NEST 2011: 36).

Insgesamt ist in der DR Kongo der Tantalum-Anteil an den Exporten weniger wichtig, als die artisanale Produktion der drei Ts (Tungsten (1 Prozent), Tin (Zinn) (40 Prozent) und Tantalum (4 Prozent)) zusammen und der Export von Gold (55 Prozent) (vgl. Tantalum Niobium International Study Center; 13.08.13).



Source: International Peace Service (IPIS), <http://www.ipisresearch.be/mapping.php?&lang=en>

Abb. 7.: Die Provinzen Nord- und Süd-Kivu mit den Coltan- und Kassiterit-Lagerstätten 2009 (Quelle: Sustainable Engineering and Practice; 20.08.13)

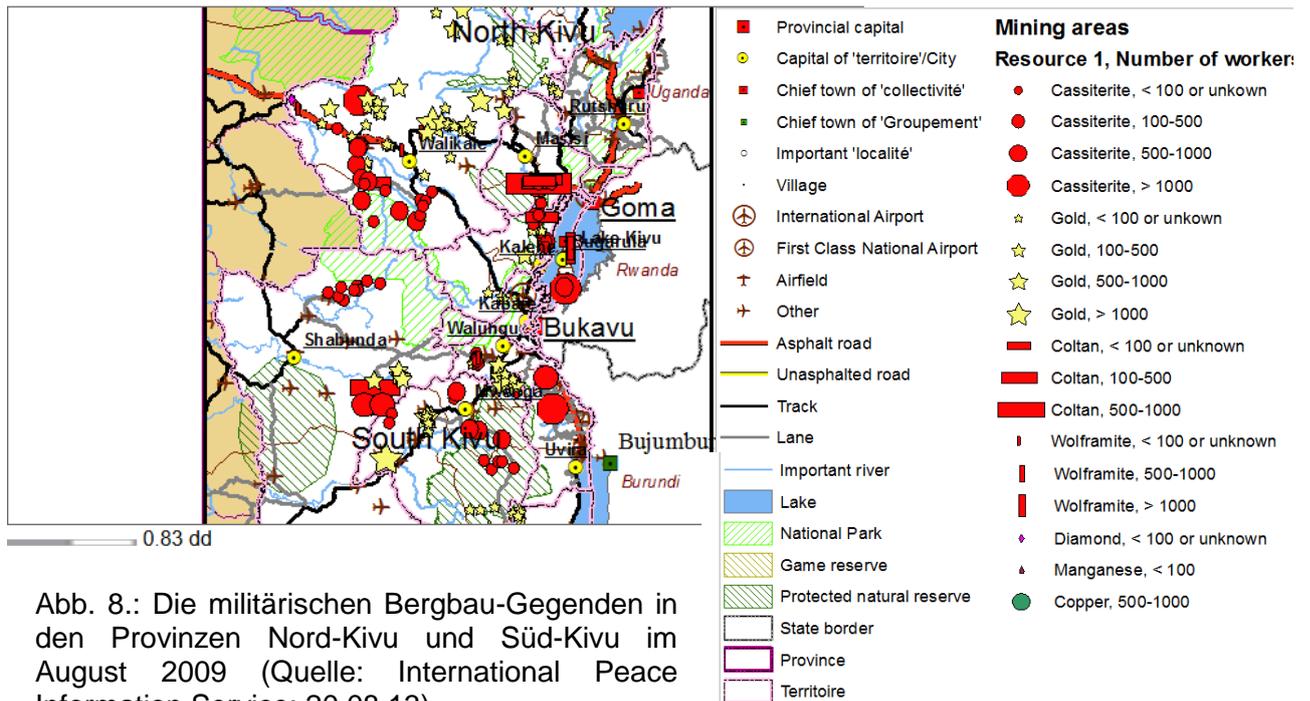


Abb. 8.: Die militärischen Bergbau-Gegenden in den Provinzen Nord-Kivu und Süd-Kivu im August 2009 (Quelle: International Peace Information Service; 20.08.13)

Exaktere Daten über die Tantalite-Reserven in der DR Kongo fehlen allerdings, weil es in den letzten Jahrzehnten an einer guten geologischen Erkundungsarbeit mangelte. Zudem erfolgt keine systematische Daten-Sammlung für die Produktion aus dem Kleinbergbau und die kleinmaßstäblichen Minen. Darüber hinaus basieren die verfügbaren Produktionsdaten auf Export-Statistiken, welche lückenhaft dokumentiert sind, da die im illegalen Coltan-Handel involvierten Individuen, Unternehmen und Regierungsoffiziere oftmals den Steuern auswichen (vgl. Tantalum Niobium International Study Center, 13.08.13; NEST 2011: 21ff).

5.4. Die Coltan-Wertschöpfungskette

Zum Verständnis der Coltan-Politik ist ein Verständnis seiner Produktion und seiner Wertschöpfungskette bedeutend, wobei die Tantalum-Wertschöpfungskette im Fall eines Mobiltelefons folgende Schritte beinhaltet:

- die Erforschung und Entdeckung der Lagerstätten,
- den Abbau von Mineralerzen,
- den Handel und Export von Metallen für Verarbeitungsfirmen,
- das Schmelzen und Reinigen um Tantalum-Pulver zu bekommen,
- die Herstellung von Tantalum-Kondensatoren,
- die anschließende Produktion von Handys sowie
- den Handelsverkauf für Konsumenten (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 174; NEST 2011: 32).

Bereits am Ende des zweiten Schrittes tritt Coltan in den globalen Mineralmarkt ein. Daher sind die ersten zwei Schritte für die kongolesische Coltan-Politik sowie für die in den Coltan-Abbau interessierten und sich am Verkauf von Coltan beteiligenden, multinationalen Unternehmen bedeutend. Zudem werden für bewaffnete Gruppen über die Art und Weise, wie Coltan produziert und gehandelt wird, Möglichkeiten geschaffen (vgl. NEST 2011: 32f; MOYROUD und KATUNGA 2002: 174).

Einen Einfluss auf die Abbau-Methoden haben dabei Faktoren wie der Wert des Minerals, die Verfügbarkeit und die Kosten von Kapital und Arbeit, die Infrastruktur und die Stärke von Eigentumsrechten. Mineralien, welche in kleinen Mengen wertvoll sind, wie Diamanten, Gold und Coltan bringen bereits mit Hilfe einfacher Methoden Gewinne und werden meist handwerklich in alluvialen Lagerstätten und Flussbetten nahe der Oberfläche abgebaut. Andere Mineralien wie Kohle, Eisen, Erz, Kupfer und Uranium wiederum sind in kleinen Mengen wertlos und hier hängt ein profitabler Bergbau meist von der industriellen Technik ab, da diese mit einem geringen Kostenaufwand enorme Erz-Quantitäten produzieren kann (vgl. NEST 2011: 34f).

5.4.1. Die Coltan-Produktion in der DR Kongo

5.4.1.1. Der industrielle Bergbau bis in die 1990er Jahre

Das belgisch-zairische Unternehmen *Société Minière et Industrielle du Kivu (SOMINKI)* erhielt in der Geschichte des Coltan-Abbaus in der DR Kongo große Bedeutung, da es während der Regierungszeit Mobutus für den gesamten Bergbau verantwortlich war. Dabei hatte es das Monopol für Bergbau-Konzessionen inne und bediente sich moderner, industrieller und kontrollierter Abbaumethoden. Der Gold-Bergbau nahm dabei vier Fünftel ihrer Aktivitäten ein und der Rest wurde von Kassiterit und seinem Nebenprodukt Coltan gedeckt. In der darauffolgenden durch Joseph Désiré Mobutu verursachten ökonomischen Krise des Staates, der politischen Unsicherheit und der „Restrukturierung des Produktionsprozesses“ (KANTEL und PAES 2008: 203) kam es in den 1980er Jahren zu einem Sinken des kongolesischen Coltan-Anteils am Weltmarkt und zur Schließung vieler industrieller Minen, womit *SOMINKI* am 29. März 1997 aufgelöst wurde. Zu dieser Zeit schlossen zudem viele Coltan verarbeitende Betriebe wie H.C. Starck und Cabot Langzeit-Verträge mit „Produzenten in stabileren

Weltregionen“ (KANTEL und PAES 2008: 203) (vgl. KANTEL und PAES 2008: 203; NEST 2011: 36).

Als unter den Rebellen von Laurent Désiré Kabila und seinen Verbündeten aus Uganda und Ruanda die Besetzung der rohstoffreichen Gebiete im Osten erfolgte, erhielt die amerikanisch-kanadische *Société Aurifère de Kivu et Maniema* (SAKIMA) die Abbau-Konzessionen. Die neue Regierung unter Laurent Desiré Kabila stritt in Kinshasa mit SAKIMA über „die Rechtmäßigkeit der Bergbaulizenz“ (KANTEL und PAES 2008: 203), woraufhin sich SAKIMA weigerte die Bezahlung der von der Regierung geforderten „Investitionen von 340 Millionen US-Dollar zu erbringen“ (ebd.: 203). Somit wurde dem Unternehmen die Lizenz aberkannt und es kam zur Entstehung des Nachfolge-Staatsunternehmens *Société Minière du Congo* (SOMICO). Der sich währenddessen im Osten des Landes bildende Bürgerkrieg konnte dennoch nicht verhindert werden. Dieser brachte drastische Veränderungen im Bergbausektor mit sich, da von nun an der Coltan-Abbau nur mehr über artisanale und kleinmaßstäbliche Bergbaumethoden erfolgte. So gewannen KleinunternehmerInnen mit manuellen Bergbaumethoden an Bedeutung (vgl. KANTEL und PAES 2008: 203f; Pole Institute Goma 2002: 2; NEST 2011: 36).

5.4.1.2. *Der artisanale oder handwerkliche Bergbau*

Die Coltan-Wertschöpfungskette beginnt in den Kivu-Hügeln und Wäldern, wobei der Coltan-Ansturm 2000, die Niedrig-Gehalt-Ökonomie sowie die geologischen Charakteristiken des kongolesischen Coltans in diesen Regionen zu den „informellen“ (KANTEL und PAES 2008: 201), kleinmaßstäblichen und manuellen Bergbau-Methoden führten. Zudem gab es noch aus Mobutus Zeiten schwache Institutionen, unsichere Eigentumsrechte und mangelnde Bildungs- und Sozialeinrichtungen, welche jedoch essentiell sind, um industrielle Bergbau-Unternehmen anzuziehen, sowie ein korruptes Justizsystem und eine starke persönliche und politische Unsicherheit. Letztere wurde dabei durch die Gegenwart von regierungsfeindlichen Milizen und undisziplinierte, korrupte und bewaffnete Mächte verstärkt, welche einmal mehr große Unternehmen vertrieben. Insgesamt waren diese Faktoren dafür verantwortlich, dass die Kongolesen und Kongolesinnen Mikro-Investitionen, eine Mikro-Ausstattung und Mikro-Bestände bevorzugten und daher eine Präferenz für die Mikroproduktion und den

Mikrohandel haben. Der großmaßstäbliche, industrielle und moderne Bergbau hatte somit nie eine Chance (vgl. NEST 2011: 31f; KANTEL und PAES 2008: 201; JACKSON 2003: 9).

Coltan eignet sich erstens besonders wegen seiner physikalischen und chemischen Eigenschaften für den handwerklichen und kleinmaßstäblichen Bergbau. Die hohe Dichte und die hohen Stufen von chemischer Trägheit bewirken, dass es ohne industriellen Aufwand von Schmutz und anderen Erzen losgelöst werden kann. Dabei basiert die Befreiung auf auf Schwerkraft beruhenden Methoden und bis zum Verarbeitungsstadium wird keine teure chemische Behandlung zur Transformation der konzentrierten Metalle benötigt. So bauen die artisanalen Bergbauoperationen auf einer grundlegenden Maschinerie auf (vgl. NEST 2011: 34).

Zweitens machten es diese einfachen Abbaumethoden sowie der Umstand, dass dafür keine Expertise für das Finanz- und Arbeitsmanagement oder für ausgeklügelte Produktionsprozesse benötigt wurde, besonders für die informelle Ökonomie attraktiv. So standen die Kleinbergbauminen oft unter der Kontrolle von lokalen Machthabern und wurden, da sie leicht über Gewalt kontrolliert werden konnten, unter diesen „primitiven Bedingungen gefördert“ (KANTEL und PAES 2008: 201). Allerdings heißt das nicht, dass Gewalt überall auftaucht, wo diese Methoden verwendet werden. Den Grad der Gewalt bestimmt dabei die Stärke der Institution und durch die fehlenden staatlichen Strukturen und Institutionen, welche normalerweise benutzt werden, um den Streit über Eigentumsrechte zu begleichen, war in dieser Hinsicht oftmals eine Verringerung der Gewalt nicht möglich (vgl. KANTEL und PAES 2008: 201; NEST 2011: 35).

Drittens waren die Kongolesen dank der hohen Tantalite-Preise und des Kollapses der anderen ökonomischen Sektoren erpicht darauf, Coltan auszubeuten und so gab es einen großen Ansturm auf die Coltan-Lagerstätten. Die artisanalen Bergbaumethoden gewannen einmal mehr an Bedeutung. Viele befanden sich auf Grund des zweiten kongolesischen Krieges in einer verzweifelten ökonomischen Enge und kamen nun durch den Coltan-Preisanstieg 2000 in die Coltan-Gebiete, um graben anzufangen. Als jedoch die Preise daraufhin sanken, verließ ein großer Bevölkerungsanteil die Gegend wieder. Wegen einer fehlenden Infrastruktur und Schutz, welche normalerweise vom Staat zur Verfügung gestellt wurde, suchten

viele der Kongolesen und Kongolesinnen Zuflucht beim kleinmaßstäblichen Transport und so bildeten sich kleine ökonomische HändlerInnen-Netzwerke heraus (vgl. NEST 2011: 32; 38).

Insgesamt variieren die artisanalen und kleinmaßstäblichen Bergbaumethoden jedoch je nach Mineral und je nach Provinz. Dabei ergeben sich Unterschiede bezüglich der Struktur der Ökonomie und Gesellschaft, der Regierungsform in der Provinz sowie der Form der Bergbau-Gruppen. Da der Bergbausektor sehr dynamisch ist, bilden sich ständig neue Bergbaustätten heraus. Zudem gibt es häufige Machtwechsel zwischen lokalen Machthabern und dadurch kommt es zu mineral-spezifischen Umgestaltungen zwischen Akteuren und Akteurinnen und lokalen informellen Regierungsregimen (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 21).

5.4.1.2.1. Exkurs: Untergrund-Rechte und Mineralgesetze

„In virtue of article 10 of the constitution, the Zairian under-soil and the soil are and remain the property of the Nation and comprise among others mines, carriers, water mineral sources and hydrocarbons” (Edict-Law No. 81-013 of 2 April 1981 in MOYROUD und KATUNGA 2002: 178).

Die Untergrund-Rechte und die unterirdischen Mineral-Lagerstätten, welche auch Wassermaneralquellen und die Kohlenwasserstoffe umfassen, gehören in der ersten Instanz dem Staat und daher ist die Coltan-Ausbeutung illegal. Die Mineralien abbauenden Bergbau-Firmen müssen dem Staat die Rechte dafür abkaufen. Individuen können somit das Land oder das Vermögen auf ihrem Grundstück nutzen, aber sie können es nicht besitzen. Keine Abbau-Berechtigungen haben wiederum KleinbergbauarbeiterInnen und es wird ihnen erst seit 2003 bei Aufwendung einer Gebühr für den Staat erlaubt zu graben. Da der Staat zudem der Garant und Beschützer der generellen Interessen seiner Bevölkerung ist, kann er daher auch spezielle Veräußerungen gegen die Ausbeuter und Ausbeuterinnen machen, sollte dies bezüglich der generellen Interessen bedrohend sein (vgl. NEST 2011: 39; MOYROUD und KATUNGA 2002: 178).

In Nord-Kivu wurden die Gebiete von der Regierung in Zonen eingeteilt, welche für die Ausbeutung durch den artisanalen Bergbau zur Verfügung stehen sollen. Landbesitzer können in der Praxis auf Grund der schwachen Rechtsstaatlichkeit jedoch direkt das Abbau-Recht an andere verkaufen oder sie graben ihren Grund selbst für den Abbau auf (vgl. NEST 2011: 39).

Heute sind jedoch Minen über Forderungen in privatem Besitz. Die MinenarbeiterInnen arbeiten dabei in Teams von drei bis sechs Leuten für den Besitzer der Forderungen. Darüber hinaus gibt es eine Formel, welche besagt, wie das produzierte Erz unter den Anspruchsberechtigten aufgeteilt wird. Ein Standort wird normalerweise von einer einzelnen Autorität, aber oft auch von einer bewaffneten Gruppe kontrolliert (vgl. NEST 2011: 39).

5.4.1.2.2. Organisierte Produktion

Für den Abbau und die Förderung der Erze sind hauptsächlich HandarbeiterInnen und GelegenheitsarbeiterInnen verantwortlich. Da Wasser benötigt wird, befindet sich der Bergbau meist in der Nähe von Flüssen und Bächen. Alternativ kommt es auch zur Umleitung von Wasserstraßen. Die manuelle, handwerkliche oder artisanale Produktion stellt zwar einen großen Arbeitsaufwand dar, es wird aber wenig „Kapital und Know-How“ (KANTEL und PAES 2008: 201) dafür benötigt (siehe Kapitel 5.4.1.1.) (vgl. NEST 2011: 31f; KANTEL und PAES 2008: 201; JACKSON 2003: 9).

Der artisanale und kleinmaßstäbliche Coltan-Bergbau kann chaotisch aussehen, da in den Coltan-Abbau-Gegenden eine braune, rote oder gelbe pockennarbige und von der Vegetation entblößte Landschaft erscheint. Die physischen Umstände sind dabei zudem von Schlamm, Wasser, Schmutz und Staub geprägt. Rohe Holzleitern und Schläuche führen von den Wasserquellen in die Minen hinab, um den Zugang in die Minen zu gewähren. Die MinenarbeiterInnen selbst befinden sich dabei auf Grund von physikalischer Anstrengung in verschiedenen Ausziehstadien und stehen bis zur Hüfte im Wasser, wobei sie Schaufel und Pickel schwingen. Zudem herrscht ein großer Lärm vor und im Bergbau gibt es Geräusche von Generatoren, den Schall von Schleusen und von Minenarbeitern, welche sich gegenseitig anschreien. Nach Regengüssen kann es passieren, dass die Minen überflutet werden und sie sind dann noch gefährlicher. Der artisanale Bergbau taucht außerdem auch in verlassenen, industriellen Minen oder Netzwerken von manuell eingegrabenen Schächten auf, welche dunkle Eingänge haben, die zu unterirdischen Kammern führen (vgl. NEST 2011: 38f).

Diese physischen Umstände dürfen aber dennoch nicht mit einer Abwesenheit von Ordnung verwechselt werden, die Produktion ist in Wirklichkeit organisiert. In den technologisch armen Operationen werden bis zu sechs Meter tiefe Minen

gegraben und Handwerkzeuge wie Pickel, Brechstangen und Schaufeln benutzt. Über explosives Sprengen und Hochdruckschläuche, welche Diesel-Generatoren zum Start benutzen, wird das Gesteinssubstrat unter der Erde gelockert. Auch Wasser spielt für den Abbau-Prozess eine wichtige Rolle. Es wird verwendet, um die Erde wegzuwaschen und diese von dem Erz in Schleusen oder anderen Behältern zu trennen (vgl. NEST 2011: 31; 34). In einer typischen Bergbau-Mine wird die Arbeit in kleinen Teams von vier bis sechs Leuten verrichtet. So schöpft eine Person nach einem anfänglichen Graben von wenigen Metern das Wasser aus dem Loch, während eine andere gleichzeitig das Material von dem Loch auf eine Halde neben einer Schleuse hebt. Eine dritte Person füllt die Schleuse periodisch wieder mit Material von der Halde an, während die vierte Person mit einem Wenden und Scharren der Schaufel anschließend den Dreck von den Materialien wegwäscht. In der Folge kommen die größeren Steine zum Vorschein, um abgeschöpft zu werden. Dabei sinkt das schwere Erz in einer Größe von kleinen Kieselsteinen zu Boden. Auf diese Weise kann ein Team von vier Leuten zwei Kilo Erz pro Tag herstellen. Nach der beschriebenen Trennung kommt Coltan als grauer Stein zum Vorschein und zeichnet sich durch seine extreme Schwere aus (vgl. NEST 2011: 31; 34; JACKSON 2003: 9).

5.4.1.2.2.1. *Chef de Colline*

An der Spitze der Minen-Hierarchie befindet sich ein einzelnes Individuum wie der Minen-Manager oder das älteste Mitglied der bewaffneten Gruppe und diese werden „*Chef de Colline*“ (NEST 2011: 40), Chef des Hügels, genannt. Charakteristisch für sie ist ihre große Macht über die Minen und sie planen die Arbeit und Verantwortlichkeiten. Konkret besteht ihre Aufgabe dabei zuzuteilen, wer Arbeit erhält, wer die Minen betreten darf und welche Preise die Bergbauleute für das Coltan bekommen (vgl. NEST 2011: 40).

5.4.1.2.2.2. *Creuseurs*

Jene Person, welche die harte schmutzige Arbeit verrichtet und das Erz ausgräbt, ist im kongolesischen Französisch ein *Creuseur*. Es gibt nur eine geringe Anzahl von Leuten, welche zusammen mit ihren Familien in die Coltan-Minen wandern. Die meisten lassen ihre Familien zurück und kommen als Saisonarbeiter in den Bergbau, um während Flauten in der landwirtschaftlichen Saison das eigene

Einkommen zu ergänzen. In einigen Minen sind *Creuseurs* dabei sowohl MinenarbeiterInnen als auch KämpferInnen zugleich (vgl. NEST 2011: 40).

5.4.1.2.2.3. *Négociants*

Für den Coltan-Handel gibt es ein charakteristisches Netzwerk von kleinen Händlern und Händlerinnen oder *négociants*. Auf Grund des schlechten Straßennetzes können allerdings Erz-Lieferungen nicht effektiv transportiert werden und zudem macht ihre Größe sie für Erpressungen verwundbar. Als Antwort darauf kam es zur Involvierung einer großen Anzahl von Portieren und *négociants*. Das schuf zwar Risiken bezüglich des häufigen Austausches, aber führte zu einer reduzierten Gefahr große Lieferungen zu verlieren (vgl. NEST 2011: 38).

5.4.1.2.2.4. *Comptoirs*

In der späteren Vermarktung spielen eine Vielzahl von Zwischenhändler und Zwischenhändlerinnen oder *Comptoirs* sowie die Koordination durch Zöllner und Zöllnerinnen eine wichtige Rolle. Es erfolgt eine Einbindung von „Regierungssoldaten, Gefolgsleuten der Warlords, zivilen oder militärischen Mitgliedern der Provinz- und Stadtverwaltungen sowie der örtlichen Milizen“ (TETZLAFF 2008a: 165) und sie heben von der metallabbauenden Bevölkerung „Abgaben, Steuern und Schutzgelder“ (ebd.: 165) ein. Nachdem die ZwischenhändlerInnen das Coltan aufgekauft haben, erfolgt in den größeren Städten der Region der Weiterverkauf an GroßhändlerInnen. Wegen der erhöhten Nachfrage verstärkten sich die ökonomischen Netzwerke während des zweiten Kongo-Krieges. Diese Netzwerke zu nutzen war billiger und leichter als ein komplett neues Handelssystem, welches die bewaffneten Gruppen umging, zu schaffen. Ende des Jahres 2000 hatten viel *Comptoirs* Unternehmens-PartnerInnen in Ruanda, welches einen Schlüssel-Sammelpunkt für Coltan am internationalen Markt darstellte (vgl. TETZLAFF 2008a: 165; NEST 2011: 38).

5.4.1.2.3. *Die illegale Coltan-Produktion*

Wegen der schwachen Staatlichkeit und des Konfliktes in der DR Kongo konnte der Bergbau in Gegenden entstehen, wo er eigentlich gesetzlich nicht erlaubt ist. Dies geschah zum Beispiel in geschützten Welterbe-Stätten wie dem *Kahuzi-Biega-Nationalpark* und dem *Okapi-Wildlife-Reservat* und in dem geschützten Süd-Masisi Natur-Reservat in Nord-Kivu. Der Krieg hatte somit einen Einfluss auf

das Nationalpark-System und es gab Attacken auf Förster und Försterinnen, wobei viele von ihnen in der Folge für Monate ohne eine Bezahlung arbeiten mussten (vgl. NEST 2011: 45).

Die illegale Coltan-Produktion wirkte sich oftmals negativ auf die landwirtschaftliche Fläche aus. Seit Kolonialzeiten wurde um den Besitz von landwirtschaftlichen Flächen und um das Recht, Land zu kaufen, gestritten. Mit den Staatsangehörigkeits-Veränderungen, der Schwächung des Justizsystems und den Staatsinstitutionen waren die Eigentums-Rechte unklar. Als es in den 1990er Jahren zur Besetzung der landwirtschaftlichen Flächen durch Flüchtlinge, Vertriebene, MinenarbeiterInnen und bewaffnete Gruppen kam, fingen jene MinenarbeiterInnen, die die landwirtschaftlichen Flächen einnahmen, an, Coltan und andere Mineralien zu graben. Da in einigen Fällen das Weideland an FarmmanagerInnen ohne Wissen der MinenarbeiterInnen verpachtet wurde, gerieten diese miteinander in Konflikt (vgl. NEST 2011: 47f).

5.4.2. Informelle Handelsnetzwerke nach Ruanda

Da die DR Kongo auf Grund des Zusammenbruchs des Staates das Machtmonopol in der Peripherie nicht mehr aufrecht erhalten konnte, richteten die im Osten situierten kongolesischen Unternehmen ihre Orientierung von der Hauptstadt weg zu den kommerziellen Zentren „in den östlichen Nachbarstaaten Kenia, Uganda, Ruanda, Burundi, Tansania“ (KANTEL und PAES 2008: 204) (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 172; KANTEL und PAES 2008: 204). Dafür war zum einen der Zerfall der kongolesischen Transportinfrastruktur verantwortlich, zum anderen waren aber auch „die Unterschiede in der Besteuerung, die ethnischen Verbindungen und die traditionellen Handelsbeziehungen“ (KANTEL und PAES 2008: 204) dafür ausschlaggebend. Insgesamt gewann in dieser Zeit die Schattenwirtschaft an Bedeutung und übertraf die offizielle Wirtschaft. Die Anzahl der Bevölkerung in der formellen Wirtschaft ging zurück und stieg im informellen Sektor. Der meist illegale Transport und Verkauf des wertvollen Minerals erfolgte über Mittelmänner nach Ruanda, Kampala und Nairobi, wobei er von dort „entweder ausgeflogen oder von den ostafrikanischen Häfen weggeschifft“ (ebd.: 204) wurde (vgl. KANTEL und PAES 2008: 204; MOYROUD und KATUNGA 2002: 172).

5.4.3. Coltan und ausländische Unternehmen

Beim Verkauf zwischen *Comptoirs* und internationalen Mineralfirmen tritt Coltan in den globalen Weltmarkt ein. Coltan wird dabei im Gegensatz zu dem über Langzeit-Verträge verkauften Tantalite aus anderen Ländern und zu anderen Mineralien nicht offen auf dem Aktienmarkt oder auf dem Spotmarkt gehandelt. Dadurch können erstens die Preise nicht verglichen werden und zweitens sind die Kaufverträge zwischen den KäuferInnen und VerkäuferInnen dadurch vertraulich. Auf Grund dieser Vertraulichkeit sowie wegen mangelnder Daten kann keine genaue Schätzung der Menge des gehandelten kongolesischen Coltans erfolgen. Zudem kommt es zu keiner Nachverfolgung des illegalen Handels. Allerdings geht man bei diesem davon aus, dass er früher oder später auf den Markt kommt und daher in den Statistiken abgebildet wird. Dies erfolgt dabei über zwei Mechanismen. Zum einen können die Nachbarländer Exporte deklarieren, welche nicht vollständig gedeckt werden, um die inländische Produktion und die Importe aufzuaddieren. Zum anderen können importierende Länder, im Speziellen große Ökonomien, Importe deklarieren, welche nicht mit den Exporten des exportierenden Landes ident sind. Der Handel von Coltan aus der DR Kongo wird daher über die Analyse der Handelsflüsse der Nachbarländer in der afrikanischen Great Lakes Region, speziell Ruanda, geschätzt, da diese die bevorzugten illegalen Handelsrouten darstellen (vgl. BLEISCHWITZ et. al. 2012: 23; HAYES und BURGE 2003: 18; NEST 2011: 58).

Die *Creuseurs* und *Négociants* erhalten auf Grund von schlechter Kommunikation und Infrastruktur, mangelhafter Information und der Abgelegenheit der Minen keine Information über die Preise. Sie sind auf Netzwerke von Mittelmännern angewiesen, um es auf den Weltmarkt und zu den EndnutzerInnen zu bringen. Da sie die Tantalite-Preise pro Tag nicht herausfinden können, ziehen die KäuferInnen aus dem mangelhaften Wissen der HändlerInnen einen Profit. So tragen die HändlerInnen dabei das Risiko. Erst wenn das Coltan die *Comptoirs* in größeren Städten erreicht, wird es zu einem ähnlichen Preis von jenem auf dem globalen Markt gehandelt. Während des Tantalite-Preis-Booms von 2000 profitierten die *Comptoirs* gewaltig. Tantalite war in Langzeit-Verträge gebunden und so griffen viele KäuferInnen auf Coltan zurück (vgl. NEST 2011: 58).

In der Folge tritt es in den Markt ein und es trifft in den Verarbeitungsfirmen auf Tantalite aus anderen Ländern. Insgesamt wird zwei Drittel des Tantalums zu Pulver-Produkten verarbeitet. Drei Firmen dominieren dabei den Markt, dies sind H.C. Starck (Deutschland), Cabot (USA) und Ningxia Orient (China). Sie sind für 80 Prozent der Tantalum-Herstellung verantwortlich. Dabei kann eine regionale Verlagerung des Handelsmusters beobachtet werden: Während in den 1990er-Jahren die westlichen Länder die dominanten Importeure von kongolesischem Coltan waren, wird es seit 2000 hauptsächlich von asiatischen Ländern, allen voran China, importiert. Das stimmt mit dem gesamten afrikanisch-chinesischen Handel überein, da China überwiegend in ressourcenreiche afrikanische Länder investiert. Nach Daten des kongolesischen Ministeriums wurden 2009 60 Prozent des produzierten Coltans aus den Kivu-Provinzen (121 Tonnen im Wert von 36,3 Millionen US-Dollar) nach China importiert. Die Preise von Coltan aus der DR Kongo wuchsen dabei seit 2007, während sich die Preise für Exporte von anderen Ländern in dieser Region reduzierten. So wurden auch jene Preise von dem von Ruanda importierten Coltan konstant niedrig gehalten (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 25; NGO Online, 09.08.13).

Die chinesischen Firmen sind oft kleine Unternehmen, welche keinen Druck haben, Informationen über die Herkunft des Tantalums preiszugeben oder zu berichten. Im Gegenzug dazu produzieren und exportieren sie die „Downstream Produkte wie K-Salt - ein Tantalum-Erz das chemisch verfeinert wurde, um ein Potassium Tantalum Fluoride herzustellen-“ (BLEISCHWITZ et. al 2012: 26). Diese Produkte treten in den Markt ein, ihr Ursprung wird allerdings verheimlicht. Zu den drei chinesischen Unternehmen, welche Coltan importieren, zählen „Fogng Jiata Metals, Star 2000 Services und Unilin Trading Hong Kong“ (ebd.: 25). Größere Kondensatoren-Verarbeitungsfirmen wie AVX verwenden das produzierte Tantalum und verkaufen es an Unternehmen wie Dell, Intel und RIM oder Hewlett-Packard, Acer, Apple, Canon, Ericsson, Fujitsu Siemens, General Electric, Hitachi, Matsushita weiter (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012; NEST 2011). Zum Schluss werden die Tantalum-Produkte an ca. 25 Unternehmen verkauft, welche Komponenten wie Legierungen, Glas und Kondensatoren machen. Die Forschung über die Mineralien-Wertschöpfungskette ergab, dass sich die Elektronikindustrie normalerweise nicht über die Umstände, unter welchen das Mineral produziert wird, bewusst ist. So befragte MakeITfair, eine europäische NGO, 23

Elektronikkorporationen und jene 12, die antworteten, gaben an nicht zu wissen, woher das Metall, welches in ihren Produkten verwendet wird, stammt (vgl. NEST 2011: 64f; BLEISCHWITZ et al. 2012: 25f).

Da bei diesen Analysen Unstimmigkeiten bezüglich der Tantalum-Daten vorherrschen, finden BLEISCHWITZ et al. (2012: 26), dass es eine bemerkenswerte Bandbreite gibt, um den illegalen Handel zu verheimlichen. Der totale Betrag des gehandelten Coltans übertrifft die offizielle Coltan-Produktion, woraus folgt, dass 20 Prozent illegal auf den Weltmärkten gehandelt wird. Als Lösung dafür soll es auf den Märkten mehr Transparenz und angebrachte Preise sowie angemessene Institutionen geben (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 26; 28).

LE BILLON und HOCQUARD (2007: 90) in NEST (2011: 59) untersuchten die Verteilung der Gewinne vor und diese sieht folgendermaßen aus: Global gesehen entfallen 46 Prozent des Coltan-Profits auf die Kondensatoren herstellenden Unternehmen. 27 Prozent erhalten die Verarbeitungsunternehmen, 14 Prozent Mineral-Maklerfirmen und nur zwölf Prozent des gesamten Gewinns auf der globalen Ebene entfallen auf die DR Kongo selbst. In der DR Kongo wiederum werden 22 Prozent der Profite für Lizenzen und Gebühren aufgewendet. Zehn Prozent erhalten die *Comptoirs*, 23 Prozent die *Négociants* und 17 Prozent entfallen auf die *Creuseur*-Teams. Weitere zehn Prozent bekommt der *Chef de Colline*. Die RCD-Goma erhält sieben Prozent in Form von Steuern und elf Prozent bekommen bewaffnete Gruppen (vgl. LE BILLON und HOCQUARD 2007: 90 in NEST 2011: 59).

5.5. Coltan und Bürgerkrieg in der DR Kongo

„Amongst other commodities, coltan ‘has permitted the Rwandan army to sustain its presence in the Democratic Republic of the Congo. The army has provided protection and security to the individuals and companies extracting the mineral. These have made money which is shared with the army, which in turn continues to provide the enabling environment to continue the exploitation’” (UN Panel of Inquiry 2001: 130 in JACKSON 2003: 4f).

Die Produktion und der Handel mit Coltan stellte für die kongolesischen Rebellenbewegungen und ihre ausländischen Verbündeten eine wichtige Finanzierungsquelle dar, da von der Ausbeutung der profitablen Ressourcen leicht große Gewinne gemacht und somit Millionen von US-Dollar verdient werden konnten. Um eine Ressource zur Kriegsfinanzierung zu verwenden, sind einerseits

die internationale Nachfrage und andererseits die physische Beschaffenheit von Bedeutung. In dieser Hinsicht wird die Ausbeutung durch eine Kriegspartei erleichtert, wenn wenig fachliches (geologisches) Wissen sowie geringe Kapitalinvestitionen notwendig sind. Obwohl der Abbau eine große Menge an Arbeitskräften forderte, waren die finanziellen Aufwandsmittel dafür gering und so schufen vor allem der Coltan-Boom und die damit verbundenen steigenden Preise gute Bedingungen. Für die manuelle Produktion fanden verlassene Minen und Abräumhalden Verwendung und zudem kam es zur Lager-Plünderung von enteigneten Unternehmen. Coltan stellte dennoch keinen ursächlichen Faktor für den Krieg dar, sondern war vielmehr eine konflikt-erhaltende und verschlimmernde Größe und so wurde das Erz in ein größeres Konfliktsystem eingebettet (vgl. KANTELE und PAES 2008: 206; MOYROUD und KATUNGA 2002: 171; 174).

Wegen einer schwachen Zentralregierung und fehlenden Verwaltungsstrukturen kam es zu einem „ungeregelten Abbau und dieser wurde [...] gegen entsprechende Abgaben protegiert“ (NGO Online, 08.09.13). Bei Ausbruch des Bürgerkrieges 1998 befand sich ein Großteil der Coltan-Vorkommen auf „dem Gebiet der *RCD* und ihrer ruandischen Verbündeten“ (KANTELE und PAES 2008: 206) und somit kam ihnen beim Coltan-Handel eine enorme Bedeutung zu. Im Zuge einer Besteuerung des Coltan-Handels sowie der Finanzverwaltung mussten die Coltan-ZwischenhändlerInnen an die Rebellenbewegung *RCD* 15.000 US-Dollar oder acht Prozent des Exportwertes abgeben. Dennoch war es diesen am Anfang nicht möglich, einen Profit aus dem Export-Produkt Coltan, dessen Handel in den Händen von fest etablierten Geschäftsleuten lag, zu erzielen. Auch das resultierende monatliche Steueraufkommen von 20.000 US-Dollar konnte die finanziellen Schwierigkeiten, welche in den späteren Monaten des Jahres einen Höhepunkt erreichten, nicht decken (vgl. KANTELE und PAES 2008: 206, Pole Institute Goma 2002: 3).

Noch im Jahr 2000 wurde daher von der *RCD* ein Coltan-Gewaltmonopol geschaffen und dieses erhielt eine aus dem Umfeld der Rebellenbewegung abstammende Firma, die *Société Minière des Grands Lacs (SOMIGL)*. Mit den artisanalen Bergbaumethoden bekamen sie bald das Exportmonopol über Coltan und laut Expertenschätzungen verdienten sie in den folgenden drei Monaten auf Coltan-Exporte Steuern im Wert von 2,35 Millionen US-Dollar. Dennoch hatte die *RCD* das Ziel noch größere Gewinne aus dem Handel mit dem wertvollen Erz zu

ziehen und so wurde ein Kilo Coltan zunächst mit zehn US-Dollar versteuert. Die Exporte stiegen zwischen Jänner und Oktober 2000 an und 445 Tonnen Coltan wurden ins Ausland transportiert. Allerdings ging diese Zahl in den darauffolgenden Monaten bis Dezember 2000 auf 112 Tonnen zurück und sank im Jänner auf 96 Tonnen und im darauffolgenden Februar 2001 auf 27 Tonnen. Das rasche Sinken wurde dabei vor allem durch den Rückgang bei der Bestellung von elektronischen Geräten verursacht. Bis März verflachten die Coltan-Exporte und erreichten im Oktober 2001 ihren Tiefpunkt. In Folge nahm man am 8. Dezember 2001 am Londoner Austausch-Markt einen großen Bestandteil (ca. 91,3 Millionen US-Dollar) des strategischen Lagers von Columbite-Tantalite heraus (vgl. KANTEL und PAES 2008: 206; Pole Institute Goma 2002: 8; NGO Online; 08.09.13).

In der früheren *SOMIGL*-Struktur wurde es allen registrierten Händlern erlaubt von den Bergbauleuten Coltan zu kaufen. Sie mussten es dann an *SOMIGL*, welches die alleinigen Export-Rechte besaß, verkaufen. Der Kauf von den Bergbauleuten betrug dabei 30 US-Dollar pro Kilo, während sich der Verkauf an *SOMIGL* auf 33 US-Dollar belief. Obwohl sie fortfuhren sich von ihren Klienten Coltan zu beschaffen, froren viele Coltan-Händler in Goma ihre Bestände ein und warteten auf bessere Zeiten (vgl. KANTEL und PAES 2008: 206; Pole Institute Goma 2002: 8).

Für den späteren Coltan-Export waren die Nachbarländer Ruanda und Uganda als Transitpunkte zentral (vgl. Kapitel 5.4.2.). Im Vergleich zu den offiziellen 13 Tonnen des kongolesischen Coltans vergrößerte sich die Coltan-Ausfuhr aus Ruanda zwischen 1999 und 2001 von 162 Tonnen auf 378 Tonnen im Jahr. Da Ruanda aber offiziell keine Coltan-Vorkommen besitzt, kann angenommen werden, dass es sich bei den ‚ruandischen‘ Coltan-Ausfuhren in Wirklichkeit um illegal exportiertes kongolesisches Coltan handelt. „Waffen und Munition, Treibstoff, aber auch elektronische Geräte und Konsumgüter“ (KANTEL und PAES 2008: 207) wurden als Gegenleistung zum kongolesischen Coltan in den Osten des Kongos verfrachtet. Dennoch kann aber das Volumen des Handels nicht exakt festgestellt werden und es existieren nur Schätzungen darüber. So sollen in der zweiten Hälfte von 2001 über 44 Millionen US-Dollar Coltan exportiert worden sein. Andere Quellen schreiben von über 64 US-Dollar im Jahr 2000. 60 bis 70 Prozent von diesen Investitionen gingen dabei „in Kriegsanstrengungen“ (ebd.: 208) auf (vgl. KANTEL und PAES 2008: 207f; Pole Institute Goma 2002: 8).

Ruanda und Uganda waren aber nicht nur als Zwischenhändler involviert, sondern ihre Aufgabe bestand zudem darin, die durch den militärischen Aufwand verursachten hohen Kosten über die Ausplünderung natürlicher Ressourcen wettzumachen. Um eine Organisation der kongolesischen Rohstoffe zu ermöglichen, wurde von der *Rwandan Patriotic Army (RPA)* im Streitkräftequartier in Kingali ein „Congo Desk“ (KANTEL und PAES 2008: 207) errichtet und dieser war für die Nutzung der Rohstoffe verantwortlich. Weiterhin existierte zudem auch ein „Elite-Netzwerk“ (ebd.: 207) mit hochrangigen *RPA*-Offizieren, kongolesischen Rebellenführern und ausländischen Geschäftsleuten (vgl. KANTEL und PAES 2008: 207f).

Parallel zum Fall der Coltan-Preise auf den Weltmärkten tauchte jedoch eine großmaßstäbliche Lobbykampagne gegen den Kauf des kongolesischen Coltans auf, da davon gesprochen wurde, „dass es den Motor für den Krieg und die Kongo-Krise darstelle“ (Pole Institute Goma 2002: 8). Die belgischen NGOs betrieben ihren Wahlkampf mit Slogans wie „No Blood On My Mobile (Pas de sang sur mon portable)“ (Pole Institute Goma 2002: 8) und deutsche Gruppen kritisierten die Aktivitäten der Bayer Gruppe und H.C. Starcks. Dabei wurden die Kampagnen durch die wachsende Sympathie der belgischen, deutschen und französischen Regierung für die Regierung unter Joseph Kabila verstärkt. Mit dem Report der Vereinten Nationen über die illegale Ausbeutung der kongolesischen Ressourcen und somit auch von Coltan und der ungünstigen Erwähnung der Exporte über Ruanda und Uganda erhielt das Problem internationale Aufmerksamkeit. H. C. Starck gab in einer Presseerklärung zu, Coltan aus Zentralafrika geliefert zu haben. Dies stammte aber laut ihm „von unabhängigen Kleinunternehmen und nicht von Rebellenorganisationen oder von Zwangsarbeit“ (KANTEL und PAES 2008: 209). Er behauptete, die Käufe seien aus einem „Gefühl sozialer Verantwortung für ihre Lieferanten und deren Mitarbeiter“ (ebd.: 209) getätigt worden (vgl. Pole Institute Goma 2002: 8; KANTEL und PAES 2008: 209). Das Expertengremium der Vereinten Nationen „hielt an seiner Kritik fest“ (KANTEL und PAES 2008: 209). Es wurde eine Verbindung zwischen H.C. Starck und dem ruandischen Unternehmen Eagle Wings Resources International in Kigali hergestellt (vgl. United Nations Security Council 2002: 79-82 in KANTEL und PAES 2008: 209). Viele Coltan-Abnehmer gerieten unter Druck und der öffentliche Protest von Kritikerinnen und Kritikern richtete sich gegen H.C. Starck und Cabot.

In den Mittelpunkt von kritischen UmweltschützerInnen rückte die Zerstörung von Ökosystemen und die Bedrohung der kongolesischen Gorillas (vgl. KANTEL und PAES 2008: 209f; Pole Institute Goma 2002: 8; WESSLER 2002).

In dem internationalen Kontext der fallenden Coltan-Preise sowie mit diesen Lobby-Kampagnen, welche die Verbindung zwischen dem Coltan-Abbau und dem Krieg aufzeigten, konnte *SOMIGL* nicht lange überleben. Die Exporte der Firma verkleinerten sich kontinuierlich und das Monopol war nicht mehr fähig die versprochenen monatlichen Steuern von einer Million Dollar an die *RCD* zu bezahlen. Mit dem Ende des Coltan-Preisbooms fiel das Monopol zusammen und die Rebellenbewegung beschloss somit seine Aufhebung und eine erneute Liberalisierung des Marktes (vgl. Pole Institute Goma 2002: 8).

Im Jahr 2002 stand die Ökonomie fast still, während die meisten Soldaten schlecht bezahlt und ausgestattet waren und die Leute sich in einem Status von konstanter Unsicherheit befanden. Vor allem die Gegenwart von ausländischen Armeen und die starke Ausbeutung von natürlichen Ressourcen trugen zusammen mit den schlimmen Menschenrechtsverletzungen dazu bei. Den Rebellen (der *RCD-Goma* speziell) mangelte es auf Grund ihrer engen Verbindungen mit der ausländischen ruandischen Armee an Unterstützung seitens der Bevölkerung. Diese entwickelte eine Feindseligkeit gegen die wahrgenommenen Eindringlinge (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 180f).

5.5.1. Die aktuelle Lage - fortdauernde Anwesenheit von bewaffneten Gruppen

Der Export von kongolesischen Rohstoffen verschwand im Jahr 2007 weitgehend aus den europäischen und nordamerikanischen Medien. Wie vor 1999 werden die Nachfrage und der Preis von Tantalite nur in Expertenkreisen thematisiert. Obwohl der Coltan-Boom zu Ende ist und in Sachen Friedensprozess und Demokratie Fortschritte erzielt wurden, wird das Erz im Osten dennoch weiter produziert. Trotz des Rückgangs des kongolesischen Coltans am Weltmarkt sind noch immer Tausende von MinenarbeiterInnen in der handwerklichen Coltan-Produktion beschäftigt, obgleich Coltan oftmals durch Kassiterit und Kobalt verdrängt wurde (vgl. KANTEL und PAES 2008: 211).

Obwohl die illegale Coltan-Produktion zurückgegangen ist und es zur Schließung von informellen Minen in den letzten Jahren sowie zu einer Verstärkung der

staatlichen Autorität im Osten kam, gibt es auch heute noch starke Beweise dafür, dass die Rebellengruppen von der Mineralausbeutung und dem Handel profitieren. 2010 befanden sich zwölf der 13 Hauptminen unter der Kontrolle von bewaffneten Einheiten. Verantwortlich dafür waren vor allem die Schwäche der kongolesischen Institutionen und der Mangel einer effektiven und ausreichend bezahlten staatlichen Armee. Dieses staatliche Vakuum wurde daher durch alternative Regierungsformen ersetzt. Vor allem lokale bewaffnete Gruppen oder Milizen – auch Mai-Mai genannt – führen in den Minen eine direkte oder indirekte Besteuerung durch. An jenen Kontrollpunkten, an welchen sie positioniert sind, erpressen sie Geld oder Mineralien und bieten vielmals Schutz als Gegenleistung an (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 22).

Da die Bezahlung der formalen Armee in der DR Kongo so niedrig ist und die Motivation, nach zusätzlichen Einkommen zu suchen, groß ist, kämpfen kongolesische Truppen auch untereinander um die Kontrolle von mineralreichen Gegenden wie Nord- und Süd-Kivu. So schließen sie sich oftmals mit bewaffneten Gruppen zusammen und attackieren rivalisierende Kommandanten und Kommandantinnen (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 23).

Speziell die kongolesische Nationalarmee, *Congrès National pour la Defense du Peuple (CNDP)*, die *Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR)* sowie *RCD*-Offiziere waren für die Kontrolle verantwortlich und wurden von UN Experten-Ausschüssen untersucht. Dabei beschränkt sich die Gegenwart der *CNDP* auf einige wenige Coltan-Minen und an den Kontrollpunkten wird an sie ein Preis von 0,20 US-Dollar/ Kilo bezahlt. Die *FDLR* wiederum war für die letzten 14 Jahre in den zwei Kivu-Regionen gegenwärtig, wobei sie auf ein starkes Wirtschaftsnetzwerk zählen kann. Über dieses können bewaffnete Milizen gebrauchte Waffen-Lieferungen erhalten (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 22f; JACKSON 2003: 10).

Das Gremium der Vereinten Nationen schätzt dabei, dass die *FDLR* Gewinne über Millionen US-Dollar pro Jahr im Osten der DR Kongo ernten. Dabei beziehen sie oftmals die kongolesische Bevölkerung – welche gezwungen wird in ihrem Interesse zu handeln – mit ein. Die Beteiligungsform dieser bewaffneten Gruppen im Mineralhandel kann dennoch variieren. Einerseits können sie eine Besteuerung oder die Bezahlung von Schutzgeldern verlangen. Andererseits können sie auch

durch eine geschäftliche Miteinbeziehung in Bergbau-Aktivitäten oder über eine Plünderung involviert sein. Zudem profitieren diese Gruppen aber meist auch von anderen Mineralien wie Gold und Kassiterit (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 22f; JACKSON 2003: 10).

Die wachsende Beteiligung von bewaffneten Gruppen im Mineralhandel und die Schwierigkeit, davon wieder loszukommen, wurden von der kongolesischen Regierung als offizielle Rechtfertigung benutzt, um die Bergbau-Aktivitäten in den Kivu-Provinzen am 11. September 2010 für kurze Zeit einzufrieren. Allerdings sind bis jetzt die Auswirkungen auf die Produktion noch nicht bekannt. So glauben die Vereinten Nationen, dass die Bergbau-Aktivitäten in der Nacht passieren. Am stärksten von einem Verbot wäre das kongolesische Volk betroffen, da ihr Lebensunterhalt auf dieser Aktivität basiert (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 23).

Insgesamt herrscht noch immer eine intransparente Situation vor. Viele Ressourcenrenten innerhalb der Region entfallen auf die nachfolgenden Transport-Stufen sowie auf Zwischenhändler und Zwischenhändlerinnen auf den lokalen Märkten. Darüber hinaus gibt es eine hohe Anzahl von involvierten Akteuren und Akteurinnen und so kommt es oftmals zur Kooperation von offiziellen Repräsentanten und Repräsentantinnen und bewaffneten Gruppen. Sogar gleich-gesinnte Akteure und Akteurinnen haben Schwierigkeiten, einen Nachweis darüber zu bekommen, ob eine Erlaubnis oder ein Zertifikat legal korrekt. Da viele Akteure und Akteurinnen von der aktuellen Situation profitieren, gibt es fast keinen Ansporn diese Situation von innen her zu verändern. Für BLEISCHWITZ et al. (2012: 23) stellt das im Gesamten eine sich selbst erhaltende Situation in einem fragilen Staat dar (vgl. ebd.: 23). Das Ziel ein Äquivalent zum für Diamanten bereits existierenden „Kimberley Prozess“, welcher einen ethisch unbedenklichen Abbau versichern soll, in Bezug auf Coltan zu schaffen, gelang mit dem „Durban-Prozess“ (KANTELE und PAES 2008: 212) nicht. Somit rückte die Absicht, für Coltan eine für den Westen „politisch akzeptable Quelle“ (ebd.: 212) zu schaffen, in weite Ferne (vgl. KANTELE und PAES 2008: 212; BLEISCHWITZ et al. 2012: 23).

5.6. Das Leben der *Creuseurs* in den Coltan-Minen

Die Arbeit in den Coltan-Minen verrichtet hauptsächlich die niedrig-qualifizierte lokale Bevölkerung und so gibt es in der DR Kongo geschätzte 750.000 bis 2

Millionen BergbauarbeiterInnen. Die totale Anzahl von vom artisanalen und kleinmaßstäblichen Bergbau abhängigen Leuten wie MinenarbeiterInnen und ihre Familien übersteigt jedoch 10 Millionen oder 16 Prozent der gesamten Bevölkerung. Von diesen sind 300.000 in irgendeiner Weise bei der Coltan-Produktion und dem Handel angestellt, wobei sich dennoch die meisten dieser Leute, speziell Händler, auch mit anderen Mineralien beschäftigen (vgl. NEST 2011: 37f; KANTEL und PAES 2008: 205).

Die Coltan-Minen-Gemeinschaften sind hauptsächlich jung und männlich und so teilen sich die geschätzten 13.000 Bewohner und Bewohnerinnen in 65 Prozent Männer, 30 Prozent Frauen und 5 Prozent Kinder auf. Kinderarbeit ist ein weit verbreitetes Phänomen und ein Manager einer Coltan-Mine gab offen zu, dass er Kinder über 12 Jahren als Arbeitskräfte akzeptiert. In erster Linie profitieren Männer vom Coltan-Abbau. Viele gehen, sobald sie ihr Gehalt haben, weg und schauen sich nach anderen Frauen um, wobei dies besonders in Goma der Fall ist. Während ihren eigenen Kindern der Schulzutritt verweigert wird, kaufen sie ihren neuen Frauen Häuser (vgl. NEST 2011: 41; Pole Institute Goma 2002: 9; 10).

5.6.1. Arbeitsverhältnisse

In den Minen erfolgt die Tätigkeit unter ungünstiger Ausrüstung und gefährlichen Arbeitsbedingungen gegen einen Hungerlohn. Stets besteht unter den SchürferInnen die Hoffnung, sich über größere Funde Wohlstand zu verschaffen. Pro Tag bekommen sie für die Arbeit „zwischen 1 und 10 US-Dollar“ (vgl. KANTEL und PAES 2008: 205) bezahlt. In anderen Quellen wird von einem Wochenlohn von 10 bis 50 US-Dollar gesprochen. Um überhaupt eine Anstellung in den Coltan-Lagerstätten zu erhalten, muss von diesen allerdings auch noch eine wöchentliche Gebühr von zwei Teelöffel Coltan (7,50 US-Dollar) bezahlt werden. Ein Löffel dient als Schutzgeld für die lokalen Milizen und der andere kommt dem *Chef de Colline* oder lokalen Händlern und Händlerinnen zu Gute (vgl. NEST 2011: 43; BLEISCHWITZ et al. 2012: 21; KANTEL und PAES 2008: 205).

Dennoch kann die Bevölkerung im Bergbau höhere Erträge erzielen, als in anderen Beschäftigungen. Der kongolesische Durchschnittslohn beträgt im Vergleich dazu 10 US-Dollar pro Woche. Sparen und Investieren wird für die BergbauarbeiterInnen dennoch vielmals riskant oder sogar unmöglich, da oftmals eine Tauschwirtschaft entsteht, in welcher sich Coltan zur Währung entwickelt und

gegen eine Vielfalt von Grundnahrungsmittel getauscht werden kann. In den Coltan-Gebieten kommt zudem oftmals eine Nahrungsmittelunsicherheit hinzu. Die Bevölkerung muss für Lebensmittel in der Coltan-Region oftmals einen hohen Preis bezahlen (vgl. NEST 2011: 43; BLEISCHWITZ et al. 2012: 21; KANTEL und PAES 2008: 205; MOYROUD und KATUNGA 2002: 173).

5.6.1.1. *Cartes des Creuseurs*

Die BergbauarbeiterInnen besitzen unter dem Mineralgesetz kein legales Recht, um Coltan abzubauen und so müssen sie sich jährlich eine sogenannte *Carte des Creuseurs* oder Gräberkarte für 25 US-Dollar kaufen und diese erlaubt ihnen den Coltan-Abbau in einer Zone. Da sich viele von ihnen diesen Betrag nicht leisten können, entstehen oftmals Zutrittsprobleme. Die *Creuseurs* reisen zudem oft von einer Zone zur anderen und benötigen dafür entweder eine neue Karte oder bauen illegal ab. Dadurch werden sie gegenüber Erpressung seitens der Minen-ManagerInnen oder seitens bewaffneter Gruppen als auch gegenüber der Polizei verwundbar. Ein weiteres Problem stellt der Umstand dar, dass die *Cartes de Creuseurs* Unternehmen, welche formale Abbaurechte haben, untergeordnet ist. Solange es keine abbauenden Korporationen gibt ist dies weniger wichtig. Wenn allerdings Frieden in diese Regionen kommt und sich viele Unternehmen ansiedeln, verlieren Tausende *Creuseurs* das Recht den Bergbau fortzuführen und müssen, sofern sie sich nicht in einer dezidierten artisanalen Zone befinden, die Lagerstätten räumen. Trotz der Möglichkeit, einer Arbeit in einer modernen Mine nachzugehen, würde den meisten BergarbeiterInnen dazu die Fähigkeit fehlen (vgl. NEST 2011: 43; BLEISCHWITZ et al. 2012: 21; KANTEL und PAES 2008: 205).

5.6.2. **Schwache politische Mitsprache**

Die meisten artisanalen MinenarbeiterInnen haben oftmals einen schwachen politischen Einfluss. Der Staat mischt sich, auch wenn er könnte, meist nicht ein, wenn er durch regierungsfeindliche bewaffnete Gruppen angegriffen wird. Er reagiert jedoch mit Eifer auf jede Gewaltandrohung oder Sabotage, welche auf die Entwicklungen von einzelnen Ressourcen abzielt und wichtige Flüsse von Steuererträgen bringen könnte. In einer Mine in Walikale, Nord-Kivu, organisierten sich die Coltan-Bergbauarbeiter in Folge zu Kollektiven, um ihre ökonomischen

und sozialen Interessen durchzusetzen. Ihr politischer Einfluss konnte dadurch dennoch nicht gestärkt werden (vgl. NEST 2011: 43f).

5.6.3. Gewalt und Gefahr

Ein vorherrschendes Phänomen in den Minen ist Gewalt und diese wird von bewaffneten Gruppen gegen Zivilisten und Zivilistinnen, welche in den Minen arbeiten, angewendet, wobei die Ursachen dafür divers sind. Bewaffnete Gruppen sind gewalttätig, um Macht zu demonstrieren oder um die existierenden Autoritäten zu untergraben. Zudem können sie diese anwenden, um Zustimmung zu erhalten oder um sich zu rächen. Darüber hinaus gilt der Bergbau als riskant, weil bewaffnete Gruppen das Produzierte oftmals stehlen und Gewalt somit für Diebstahl angewendet wird. Als tägliche Gefahr kommt noch das Risiko von Erdbeben und einstürzenden Minen hinzu (vgl. Pole Institute Goma 2002: 7; NEST 2011: 52f).

Dennoch kommen die bewaffneten Gruppen mit Gewalt meist einerseits wegen der billigen Arbeitskraft und andererseits wegen der mangelhaften Verhandlungsmacht von Bergbauarbeitern davon. Der artisanale Bergbau benötigt Arbeiter und Arbeiterinnen mit wenigen Fähigkeiten abseits von physischer Stärke. Da dafür ein großes Angebot vorherrscht, können die Arbeitskräfte leicht ersetzt werden. Darüber hinaus wird für eine optimale Produktion auch keine Stabilität bei den Arbeitskräften gebraucht. Gewalt dient somit zur Kontrolle der Bergbauarbeiter und Bergbauarbeiterinnen und wird akzeptiert, solange sie nicht die Nachfrage nach Essen, Unterkunft und Bier beeinträchtigt (vgl. NEST 2011: 52f).

5.6.4. Große freiwillige Beteiligung

Trotz der vorherrschenden Arbeitsbedingungen und der Gewalt gibt es für die Arbeit im Bergbau auf Grund der Umstände in der Region meist genügend Freiwillige. Da sich die Kivu-Provinzen in großer Armut mit wenig Alternativen für Arbeit befinden, stellen die artisanalen Bergbauwerke sogar unter diesen ungünstigen Umständen ein Sicherheitsnetz zur Unterstützung von Leuten und der Ökonomie dar (vgl. GARRET und LINTZER 2010: 401 in BLEISCHWITZ et al. 2012: 21), wobei somit nur selten auf Zwangsarbeit zurückgegriffen werden muss. Dennoch ist es falsch zu glauben alle Minenarbeiter und Minenarbeiterinnen befänden sich aus freiem Willen in den Coltan-Lagerstätten. Die ruandische

Besatzungsarmee brachte zum Beispiel für den Coltan-Abbau 2001 rund 1.500 Gefangene aus Ruanda zur Strafreduzierung oder als Ersatz für kleine Geldbeträge in die DR Kongo (vgl. KANTEL und PAES 2008: 205; NEST 2011: 37f; 41; BLEISCHWITZ et al. 2012: 21; GARRET und LINTZER 2010: 401).

5.7. Soziale Auswirkungen

Zusammen trugen interne Faktoren in Bezug auf den Bergbau, wie die veralteten Bergbau-Praktiken, die Arbeitsverhältnisse und die spärliche Rationierung von Abbaugenehmigungen sowie externe Einflüsse wie die verfallene Infrastruktur, die korrupte und instabile Regierung sowie die ethnischen Konflikte zum Leiden der Bevölkerung in den Kivu-Provinzen bei. So war das Leben der Bevölkerung von Elend geprägt und dies verschärfte sich nochmals als der Staat 2002 auf Grund seiner Schwäche soziale Services verweigerte und begrenzte Hilfe nur von einer kleinen Anzahl von internationalen Organisationen kam. Obwohl ein Bedarf an Bildungsprogrammen für eine bessere Nutzung der Umwelt bestand, verabsäumen es viele der lokalen und internationalen NGOs geplante Aktivitäten umzusetzen (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 172f).

5.7.1. Aufgabe der Landwirtschaft

Auf Grund der vorherrschenden Nahrungsmittelunsicherheit durch den Krieg verkleinerte sich die Anzahl der Arbeitskräfte in der landwirtschaftlichen Region zunehmend (vgl. Pole Institute Goma 2002: 15). Coltan in den Minen ist zwar nicht dazu da die täglichen Schwierigkeiten und die Gewalt zu lösen, aber die Leute verdienen mehr Geld darin als zuvor in der Landwirtschaft oder oftmals auch in der Schule. Somit stellt der Coltan-Abbau eine neue Form des Wohlstands dar. Er ist für viele der leichtere Weg Geld zu verdienen und ersetzt oftmals die Vieh- und Landwirtschaft. Während des Coltan-Booms waren alle anderen Aktivitäten dem Coltan-Abbau untergeordnet (vgl. Pole Institute Goma 2002: 7; 15).

„With our earnings we could live a better life if it wasn't for the general insecurity that affects everybody“ (Pole Institute Goma 2002: 7).

Dennoch ist dieser Wohlstand mit einem hohen Risiko verbunden. Da der Coltan-Abbau so erstrebenswert ist, kommt es zu Spannungen zwischen Gemeinschaften und Individuen (vgl. Pole Institute Goma 2002: 9).

„[coltan mining] makes miners proud and arrogant, like large cattle owners previously“ (Pole Institute Goma 2002: 7).

Zum Zeitpunkt als die Studie vom Pole Institute Goma herausgegeben wurde, war die Zukunft der Landwirtschaft noch ungewiss. Die Landwirtschaft kann erst wieder gestartet werden, nachdem in dem Gebiet die Sicherheit wieder hergestellt ist. Die Autoritäten und öffentlichen Services sollen dazu Kontroll- und Steuermechanismen einführen und in der Folge können die Coltan-Profite in die Landwirtschaft investiert und für andere Infrastrukturen wie Straßen, Gesundheitszentren und Schulen wieder verwendet werden. Viele der von den Männern zurückgelassenen Frauen bauen dennoch weiter Feldfrüchte an, da diese ihnen helfen die Kinder zu ernähren. Da sie jedoch fast kein Geld haben, fürchten sie ausgeraubt zu werden (vgl. Pole Institute Goma 2002: 9).

5.7.2. Abwanderung in Camps und Städte

Als Konsequenz des Coltan-Abbaus und der Ausbeutung wurden viele kongolesische Familien dazu gezwungen, ihre Heimat und ihr Land aufzugeben und sie leben nun entweder in Camps oder in Städten wie Goma und Bukavu. Dennoch bewirkten die neuen Zuwanderungen von ruandischen Gemeinschaften und die Besetzung des freien Landes einen Anstieg von Mai-Mai-Attacken auf die Bevölkerung und auf die Bergbau-Ausbeuter (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 180).

5.7.3. Jugendkriminalität, Prostitution und sinkende Schulbesuch-Raten

Der hohe Männerüberschuss in den Bergbau-Minen trägt zur Entwicklung der Sex-Industrie und der Prostitution in den Minen-Lagerstätten bei, wobei es darüber hinaus oftmals zu Vergewaltigungen gegen junge Mädchen kommt. Viele der MinenarbeiterInnen sind alkohol- und drogenabhängig. Zudem ist Kinderarbeit ein gängiges Phänomen (siehe Kapitel 5.7.1.). Viele davon zieht es in die Minen, weil ihre Familien keine Schulgebühren zahlen können und brechen die Schule ab. Andere waren noch nie in der Schule und werden vom leichten Geld angezogen. Einige Leute im Bergbau verdienen sogar mehr Geld als die Lehrer, die studierten. Oftmals entsteht in den Coltan-Minen eine auf Geld basierte Jugendkriminalität. Auf Grund der hohen Bevölkerungsdichte werden zudem menschliche Krankheiten übertragen (vgl. NEST 2011: 41; Pole Institute Goma 2002: 10; 15).

5.8. Ökologische Auswirkungen

Im Juni 2011 entwarf die DR Kongo ihre ersten Umweltgesetze und so wurden unter anderem Studien über die ökologischen Auswirkungen der Bergbau-

Aktivitäten herausgegeben, da die artisanalen Bergbaumethoden keine Umweltstandards einhielten (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 22).

5.8.1. Auswirkungen auf die Vegetation

Obwohl Coltan generell an der Oberfläche abgebaut wird, kommt es durch den Abbau-Prozess zur Vegetationsrodung und zu wahllosem Baum-Fällen, was in einer Beschädigung und Zerstörung von vielen Bäumen und Büschen in der Nähe des Abbaus resultiert. Darüber hinaus erfolgt eine Beschädigung und Zerstörung von wertvollen (Zukunfts-)Spezies. Weiters werden Bäume außerdem als Feuerholz benutzt oder dienen als Unterschlupf in den Wäldern. Ein zusätzlicher umweltschädigender Prozess beim Coltan-Abbau ist die Mineral-Trennung, da hierbei eine Entrindung von großen, indigenen Bäumen erfolgt. Diese Rinde wird im darauffolgenden Schritt verwendet, um unterschiedlich schwere Minerale voneinander loszulösen. Da diese Baumarten eigentlich für den Naturschutz wichtig wären, kommt es nur zu einer langsamen anschließenden Regeneration dieser. Beim Graben von Erdlöchern, um das für die Trennung der Mineralien vom Roherz benutzte Wasser zu halten, wird eine Degradation von Wasser-Reservoirs verursacht. Zudem kommt es oftmals zur Degradation von Bergbau-Hängen. Dies ist für Bergbauleute, welche in Hangrutsche begraben werden, gefährlich (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 173; Pole Institute Goma 2002: 15).

Zusätzlich zu den direkten und indirekten ökologischen Konsequenzen des Bergbaus kann die Gegenwart von bewaffneten Gruppen und ihre Kontrolle über verschiedene Gegenden die Zerstörung der Naturhabitate verstärken. Die bewaffneten Gruppen profitieren nicht nur vom Abbau der Mineralien, sondern finanzieren sich selbst zudem über die illegale Ausbeutung von anderen natürlichen Ressourcen. Eine Regulierung, welche sich auf ein Problem fokussiert, schafft Anreize für eine Verlagerung der unzulässigen Aktivitäten zur Ausbeutung von Mineralien wie Gold, Kassiterit, Wolfram und von anderen natürlichen Ressourcen wie Holz, Fleisch, illegale Fischerei und Wilderei (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 22).

5.8.2. Auswirkungen auf die Fauna

In Bergbau-Gegenden mit geringer Lebensmittelversorgung wurden Wildtiere zur Protein-Quelle. Sowohl professionelle Jäger als auch illegale Wilderer dezimierten den Tierbestand, wobei sich letztere illegale Waffen beschafften, um ihren

täglichen Fang zu erhöhen. Insgesamt trägt dies zu einem Biodiversitäts-Abbau bei. Einen besonders ungünstigen Einfluss hatte die Coltan-Ausbeutung auf den *Kahuzi-Biega Nationalpark*, welcher eine Welterbe-Stätte und ein Biodiversitätsschutzgebiet in Süd-Kivu darstellt. Im Jahr 1994 erfuhr das Naturschutzgebiet einen Zustrom von tausenden ruandischen Flüchtlingen, was einerseits zu einer Abholzung der Wälder und andererseits zu einem Übergriff auf die natürlichen Ressourcen führte. So bewirkten der Bergbau und die Anwesenheit einer großen Anzahl an Leuten eine Schädigung der Ökologie der geschützten Stätte und zusätzlich dazu verringerte sich dadurch auch der Tatbestand der Tiere. Eine große Anzahl der Elefantenpopulation und der Gorilla wurden getötet, womit sich die Bestände von *Gorilla Graueri* in einer Periode von fünf Jahren von 8.000 auf ein gefährlich niedriges Level von nur 1.000 im Mai 2001 reduzierten. Die Zahl der Elefanten wiederum ging von 3.600 auf 500 zurück und der Nationalpark wurde somit als Welterbe-Stätte in Gefahr deklariert. Auf Grund der Unsicherheit im Coltan-Bergbau befindet sich außerdem der größte Teil des *Kahuzi-Biega-Nationalparks* außerhalb der Kontrolle von Parkautoritäten und Wildtier-Jägern. Dies ist speziell in den Flachland-Gebieten, in welchen sich 20 Bergbau-Stätten befinden, der Fall. Die Naturschutz-Aktivitäten beschränken sich somit nur auf einige wenige Stätten im Hochland-Gebiet (vgl. MOYROUD und KATUNGA 2002: 173).

5.8.3. Umweltverschmutzung

Im restlichen Park stellt Umweltverschmutzung ein weit verbreitetes Problem dar und diese wird durch den Verfall der unsicheren Minen und durch Abfallkippen sowie durch den Bergbauabfall verursacht. Die Säuren, welche bei der Minenentwässerung entstehen, und die Entsorgung von giftigem Abwasser bewirken zudem eine Wasserverschmutzung. Darüber hinaus betreibt die kongolesische Bevölkerung im Park oftmals Landwirtschaft, Bergbau und Jagd, was sich schädlich auf die Umwelt auswirkte und so erregte die Zerstörung vor allem bei internationalen Ökologen und Ökologinnen Besorgnis. Die internationalen Ökologen und Ökologinnen beschrieben diesen Prozess als Ökozid (vgl. BLEISCHWITZ et al. 2012: 22; MOYROUD und KATUNGA 2002: 173).

5.9. Zusammenfassung

Dieses Kapitel befasste sich mit Coltan und dessen Abbau in der DR Kongo, wobei zuerst auf die Eigenschaften und Verwendung, auf die internationale Nachfrage-, Angebots- und Preisentwicklung sowie auf die Wertschöpfungskette eingegangen wurde, um anschließend die artisanale Produktion in der DR Kongo zu beschreiben und die Rolle, welche Coltan im Bürgerkrieg spielte, hervorzuheben. Der Großteil der Tantalum-Produktion entfällt auf Kondensatoren und diese finden in elektronischen Geräten wie Handys, Laptops, iPods etc. Verwendung. Insgesamt kommt nur neun Prozent des Coltans am Weltmarkt aus der DR Kongo. Andere Länder, wie Australien oder Brasilien, wo Tantalite Großteils industriell abgebaut wird, übertreffen die kongolesische Produktion bei Weitem. Bei den Verarbeitungsunternehmen gab es global gesehen eine Nachfrageveränderung und während früher vor allem die USA und Deutschland ein Hauptabnehmer für Coltan waren, wird es jetzt meist nach China geliefert und dieses verarbeitet es weiter. Davor erfolgt meist ein illegaler Transport nach Ruanda. Dies geschieht hauptsächlich wegen des Zusammenbruchs der kongolesischen Transportinfrastruktur und der mangelhaften Verbindung zur Hauptstadt, den ethnischen Verbindungen und den traditionellen Handelsbeziehungen. In der Wertschöpfungskette profitieren die Kondensatoren herstellenden Unternehmen am meisten und nur ein geringer Prozentanteil entfällt auf die DR Kongo selbst, wobei ein Großteil davon auf Gebühren und Lizenzen und die Abgabe an Rebellengruppen, welche noch immer einen Großteil der Minen kontrollieren, entfallen. Die „Creuseurs“ selbst erhalten nur einen geringen Teil. Obwohl der Coltan-Abbau verheerende soziale und ökologische Folgen hat, wie eine hohe Jugendkriminalität, Schulabbrüche, Prostitution, Aufgabe der Landwirtschaft und Vegetationsrodung und Umweltverschmutzung kann damit trotzdem oftmals mehr Geld verdient werden als mit anderen Beschäftigungen.

6. Zusammenfassung

Politische Ökologie und „Ressourcen als Fluch“

Im Kontext der Politischen Ökologie, welche ihren Schwerpunkt auf problematische „Mensch-Umwelt-Beziehungen“ (KRINGS und MÜLLER 2001) und auf „Auseinandersetzungen um Natur- und Umweltressourcen“ (REUBER 2012) legt, stellt diese Arbeit eine Sekundärliteratur-Analyse dar. Nachdem die Entstehungsgeschichte, verschiedene Definitionen und eine Reihe verschiedener Forschungsansätze vorgestellt wurde, stützt sie sich auf die handlungsorientierte Methode. Diese hebt unter einer Beachtung der verschiedenen Machtverhältnisse die unterschiedlichen Interessen einzelner Umweltakteure auf der lokalen, regionalen, staatlichen und globalen Ebene und ihren historischen Kontext hervor und analysiert sie. Stets wird der den Umweltveränderungen zugrunde liegende politische Prozess betont. Weiters wird behauptet, dass sich Ressourcen als Fluch in Bezug auf sozioökonomische Parameter wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als auch auf die Wohlfahrt erweisen können. So weisen manche Länder trotz eines Ressourcenreichtums ein negatives wirtschaftliches Wachstum auf, was in der Literatur unter dem „Ressourcenfluch“ bekannt ist, wobei dafür oftmals die mangelnde Diversifizierung der Wirtschaft und die Vernachlässigung der Nicht-Ressourcen-Sektoren verantwortlich sind. Besonders bei schwachen staatlichen Institutionen kann ein Ressourcenreichtum außerdem negative Auswirkungen auf Entwicklungsindikatoren haben und so weisen diese Länder oftmals hohe Armutsraten auf. Demokratische Systeme wiederum haben meist einen positiven Effekt und können den „Ressourcenfluch“ ins Gegenteil verkehren. Zudem können sich, wenn Länder von Ressourcen abhängig sind, Bürgerkriege entwickeln, in welchen Ressourcen als Finanzierungsquelle für Rebellen dienen. Somit erweisen sich Rohstoffe auch in dieser Hinsicht als Fluch. Ob Ressourcen die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges erhöhen hängt von ihrer Räumlichkeit und Geographie (Konzentration, Distanz und Fragmentierung), der Materialität (Punkt- vs. Diffus), der politischen Ökonomie, der historischen Dimension sowie den sozialen und politischen Umständen ab. So erhöht vor allem die Schwäche des Staates die Wahrscheinlichkeit für einen Bürgerkrieg, wobei dieser laut Ross's Ressourcen-Bürgerkriegs-Korrelation (1994) durch Missstände und Gier hervorgerufen werden kann und Einfluss auf die Dauer haben oder einen Konflikt

verschlimmern kann. Oftmals wird auch ein Kampf geführt, weil der Anreiz für die Bildung eines separaten Staates besteht. Darüber hinaus bieten Rohstoffe viele Vorteile in einem Krieg, weil erstens keine komplexen Informationen benötigt werden. Zweitens weist die Primärgüterproduktion ein großes Durchhaltevermögen auf und drittens sind die Ressourcen meist keine markengeschützten Produkte, wodurch ihre Herkunft versteckt werden kann. Ein Frieden wird oftmals verhindert, da die Fortführung des Krieges auf einem niedrigen Level profitabler ist. Nichtsdestotrotz ist die Gewalt gegen die Bevölkerung immens und daher soll bei einer Bürgerkriegs-Analyse immer auch die Bevölkerung miteinbezogen werden.

Ressourcen als Fluch – der Coltan-Abbau in der DR Kongo: Der Einfluss der staatlichen und globalen Ebene auf die lokale Ebene

Wie im handlungsorientiertem Ansatz vorgeschlagen, erfolgte im Zuge der Analyse des Coltan-Abbaus in der Demokratischen Republik Kongo eine Beachtung der breiteren politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Umstände auf der staatlichen Ebene und ihrer historischen Dimension. Bezüglich sozioökonomischer Indikatoren konnte das Land seinen immensen Ressourcenreichtum an Diamanten, Kupfer, Gold, Kobalt, Kassiterit und Coltan in kein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum transformieren und es gibt trotz positiver Wachstumsraten in den letzten Jahren eine hohe Staatsverschuldung. Zudem ist der Alltag einer großen Mehrheit der Bevölkerung von Armutsverhältnissen geprägt. Zwei Drittel der Bevölkerung lebt von der Subsistenzwirtschaft, welche aber aufgrund ihrer Ineffizienz nicht die ganze Bevölkerung ernähren kann. Der in der Literatur beschriebene „Ressourcenfluch“ bestätigt sich somit in dieser Hinsicht, da die anderen Wirtschaftssektoren vernachlässigt wurden und der Ressourcenreichtum wegen der staatlichen Schwäche und schwachen Institutionen, dem fehlenden Gewaltmonopol und Korruption auch keinen Vorteil für die Mehrheit der Bevölkerung bringt. Die Schuld dafür ist vor allem in der Politik und der politischen Vergangenheit zu suchen, in welcher zuerst Staatspräsident Joseph Desiré Mobutu mit der staatlichen Kleptokratie und der Rentenökonomie die Ausbeutung von Rohstoffen forcierte, was zu einer zunehmenden Staatsverschuldung führte. Durch die Selbstbereicherung durch die Elite und die Ausplünderung der produktiven Wirtschaft entstanden immer größere Schulden, während die Mehrheit der

Bevölkerung unter großer Armut litt. Auch Laurent Desiré Kabila und sein Sohn Joseph Kabila führten in der Hoffnung auf schnellen Wohlstand, welcher durch die Rohstoffausbeutung erzielt werden kann, die Ausplünderung fort. Mit Mobutus „Debrouillez-Vous“ und der hohen Arbeitslosigkeit war es Aufgabe der Bevölkerung sich „selbst zu helfen“ oder „durchzuschlagen“ (JOHNSON 2008a) und dies erfolgte oftmals durch die Arbeit im Bergbau. Der Coltan-Abbau in den Kivu-Provinzen stellte somit eine von wenigen Möglichkeiten dar, Geld zu verdienen. In der Folge hatten besonders der weltweite gestiegene Bedarf an Tantalum-Kondensatoren für Geräte wie iPods, Digitalkameras, DVD-Player, Nintendo, Xbox, Playstation2, Laptops und Handys im Jahr 2000 und das verringerte weltweite Tantalite-Angebot einmal mehr Auswirkungen auf die DR Kongo. Die kongolesischen Mineralhändler im Osten besaßen dabei eine perfekte Position, um es aus dem Land hinaus zu befördern. Nachgefragt wurde es vor allem von den Firmen aus den USA, Deutschland und China, wobei in den letzten Jahren vor allem China ein Hauptabnehmer war. Ersichtlich an der Coltan-Wertschöpfungskette wird, dass etwas weniger als die Hälfte des Profits (46 Prozent) auf die Kondensatoren herstellenden Unternehmen und nur zwölf Prozent auf die DR Kongo selbst entfällt. Dort entfallen 17 Prozent des Gewinns auf die GräberInnen oder Creuseurs. Im Gegensatz zu den industriellen Minen in Australien und Brasilien, welche moderne Methoden mit Umwelt- und Sicherheitsstandards verwenden, wird Coltan in der DR Kongo seit dem Zusammenfall *SOMINKIS* in den 1990er Jahren über artisanale Bergbaumethoden in schlecht dokumentierten kleinen Lagerstätten wie in Flüssen, Flussbetten oder unter Erdoberfläche abgebaut. Die Ursache für die informellen Methoden sind einmal mehr bei den schwachen Institutionen, den unsicheren Eigentumsrechten und dem Mineralgesetz, den mangelnden Bildungs- und Sozialeinrichtungen sowie beim korrupten Justizsystem und dem geringen dafür notwendigen Finanz- und Arbeitsmanagement zu suchen. Die sozialen und ökologischen Konsequenzen für die Bevölkerung sind beachtlich, Gewalt, Prostitution, Jugendkriminalität und Schulabbrüche sind die Folge. In ökologischer Hinsicht kommt es unter anderem zur Dezimierung des Tierbestands, zur Vegetationsrodung zu Baumfällen und zur Wasserverschmutzung. In dieser Hinsicht kann der Coltan-Reichtum als Fluch beschrieben werden. Dennoch ist das Leben in den Minen - trotz schlechter Arbeitsbedingungen- wegen des

vorherrschenden Elends und der schlechten Lebensumstände in den Kivu-Regionen sowie der unprofitablen Landwirtschaft, welche durch den Krieg und die staatliche Misswirtschaft verursacht wurde, erstrebenswerter und bringt mehr Geld als andere Beschäftigungen.

Ressourcen als Fluch und der zweite kongolesische Krieg

Obwohl Coltan keine Ursache für den Krieg war, stellte seine Ausbeutung während des zweiten kongolesischen Krieges eine wichtige Finanzierungsquelle für Rebellengruppen, allen voran die *RCD*, und ausländische Truppen dar und sie führten eine Besteuerung der Minen durch. Diese war vor allem wegen der staatlichen Schwäche und der Lage sowie der Materialität der Ressource möglich. Zum einen waren auf Grund des Zusammenbruchs der Transportinfrastruktur die Kivu-Provinzen von Kinshasa isoliert und somit wurden die Verbindungen in den Osten, vor allem nach Ruanda als Transitpunkt, wichtiger. Zum anderen ist die Ressource in kleinen Mengen wertvoll und für den Abbau wird wenig Know-How benötigt, wodurch sich damit leicht Geld verdienen lässt. Es können Waffen damit finanziert werden. Während des Krieges wurde von der *RCD* das Exportmonopol *SOMIGL* über Coltan geschaffen und Ruanda war als Gegenzug dazu für die Waffenlieferungen verantwortlich. Mit den Lobby-Kampagnen, bei welchen die Zerstörung von Ökosystemen und die Bedrohung der kongolesischen Gorillas in den Mittelpunkt rückten, konnte *SOMIGL* jedoch nicht lange bestehen und das Monopol fiel zusammen. Durch diese Kampagnen erhielt die Rolle von Coltan im Bürgerkrieg erstmals internationale Aufmerksamkeit. Zudem wurde ein Report der Vereinten Nationen über die illegale Ausbeutung von Ressourcen, unter anderem Coltan, herausgegeben und es kam zum Boykott. Der Coltan-Boom ging daraufhin zurück. Jedoch befanden sich auch 2010 noch zwölf der 13 Hauptminen unter der Kontrolle von bewaffneten Einheiten. Somit kann gesagt werden, dass sich Coltan auch durch seine Rolle im Bürgerkrieg auch als Fluch erwies.

Das Beispiel Coltan der DR Kongo unterstreicht somit, wie dargestellt, die in wissenschaftlichen Diskursen formulierte These, wonach sich natürliche Ressourcen als Fluch erweisen können.

7. Bibliographie

- ADDISON, T., LE BILLON, P. and MURSHED, S.M. (2003): Conflict in Africa: The Cost of Peaceful Behaviour. In: Journal of African Economies, Volume 11(3), 365-386.
- ALBRECHT, H.J. (2007): Internationale Kriminalität, Gewaltökonomie und Menschenrechtsverbrechen: Antworten des Strafrechts. - In: IPG 2007 (2), 153-169.
- ALIER, J. und GUHA, R. (1998): Varieties of Environmentalism. – London.
- AUTY, R. M. (2006): Natural Resources, Capital Accumulation and the Resource Curse. - In: Ecological Economics 61, 627-634.
- AUVINEN, J. (1997): Political Conflict in Less Developed Countries 1981-89. - In: Journal of Peace Research, 34 (2), 177-195.
- BASEDAU, M. (2009): Herausforderungen und Chancen für die Politik: Ressourcenreichtum. – In: Informationen zur politischen Bildung – 303 – 2/2009 Afrika Schwerpunktthemen, 21-23.
- BLAIKIE, P. und BROOKFIELD, H. (1987): Landdegradation and Society (Development Studies). – London und New York.
- BLEISCHWITZ, R., DITTRICH, M., PIERDICCA, Ch. (2012): Coltan from Central Africa, international trade and implications for any certification. In: Resource Policy 37 (2012), 19-29.
- BOSCHINI, A., PETTERSON, J. und ROINE, J. (2013): The Resource Curse and its Potential Reversal. - In: World Development 43, 19-41.
- BRYANT, R. L. und BAILEY, S. (1997): Third World Political Ecology. – London u.a.
- BRYANT, R. L. (1997): Beyond the impasse: The power of political ecology in Third World Environmental Research. - In: Area 1997 (29.1), 5-19.
- BRYANT, R. L. (1999): A Political Ecology for Developing Countries? Progress and Paradox in the Evolution of a Research Field. - In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 1999 (43), Heft 3-4, 148-157.
- BUHAUG, H. und GATES, S. (2002): The Geography of Civil War. - In: Journal of Peace Research 39 (4), 417-433.
- BULTE, H. DAMANIA, R. und DEACON, R.T. (2004): Resource Abundance, Poverty and Development. ESA Working Paper No. 04-03, 1-29.
- CHIARI, B. und KOLLMER, D. (2008): Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo. – Paderborn et. al.

COLLIER, P. (2000): Doing well out of war: an economic perspective. In: BERDAL, MATS and MALONE, D. M. (eds.) *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. –Colorado.

COLLIER, P. (2001): The economic causes of civil conflict and their implications for policy. - In: The World Bank 2000.

DE BOECK, F. (2001): Carimpeiro worlds. Digging, dying and “hunting” for diamonds in Angola. – In: Review of African Political Economy 28 (90), 549-562.

DING, N. und FIELD, B.C. (2005): Natural Resource Abundance and Economic Growth. - In: Land Economics 81 (4), 496-502.

ENDERS, K. und HERBERG, H. (1983): The Dutch Disease: Causes, Consequences, Cures and Calmatives. In: Weltwirtschaftliches Archiv (Zeitschriftenverband 1983), 473-497.

<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+0h756767633A2F2F6A6A6A2E717674766D7276676670756576736772612E7172++/dms/resolveppn/?PPN=GDZPPN001587927>; Zugriff am 20.08.2013.

Exile Kulturkoordination – Gesichter Afrikas. Länderbeispiele Rohstoffe. In: <http://www.gesichter-afrikas.de/rohstoffe-ressourcen-in-afrika/fluch-oder-segen/laenderbeispiele.html>; Zugriff am 20.08.13;

FEARON, J.D., LAITIN, D. (2003): Ethnicity, Insurgency, and Civil War. In: American Political Science Review 97 (1), 75-90.

FLITNER, M. (2004): Kulturelle Wende in der Umweltforschung? – Aussichten in Humanökologie, Kulturökologie und politische Ökologie. - In: GEBHARDT H., REUBER, P. und WOLKERSDORFER, G. (Hrsg): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen – Heidelberg, 213-231.

FRANKE, V. (2007): Gewinnung natürlicher Ressourcen in Konfliktsituationen: Bestandsaufnahme zu den Positionen und Strategien relevanter EZ-Akteure. – Bonn, 2-35.

GARRETT, N., LINTZER, M. (2010): Can Katanga’s mining sector drive growth and development in the DRC? In: Journal of Eastern African Studies 4 (3), 400-424.

HANIK, D. M. (2000): Resources. In: Sheppard, E. und Barnes, T. (2000). A Companion to Economic Geography. – Oxford, 227-241.

HAYES, K. und BURGE, M. (2003): Coltan mining in the Democratic Republic of Congo: How tantalum using industries can commit to the reconstruction of the DRC. In: Fauna and Flora International Conservation Report. - Cambridge.

HAZDRA, P. (2001): Militärische Krisenintervention – ein Konzept mit oder ohne Zukunft. - In: HAZDRA, P. und GRUBER, P. (2001). Frieden im 21. Jahrhundert. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK).

HAZDRA, P. (2008): Ruanda 1994: Der Hutu-Genozid und seine Auswirkungen auf Äquatorialafrika. – In: CHIARI, B. und KOLLMER, D. (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo. – Paderborn et al., 65-71.

HÜTZ-ADAMS, F. (2012): Kongo, Krieg und unsere Handys. – In: Missio Internationales Katholisches Missionswerk (Hrsg.).- Aachen, 1-8.

IMF (International Monetary Fund): In:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/03/ebra.htm>, 09.08.13

International Peace Information Service - Militarized Mining Sites in the Kivu-Areas (August 2009): In:

<http://ee80s.pbworks.com/w/page/3890054/Lab%20The%20social%20Side%20of%20Life%20Cycle%20Analysis>, 20.08.13

JACKSON, S. (2003): Fortunes of war: the Coltan trade in the Kivus. Background research for HPG Report 13 - Overseas Development Institute, 1-21.

JOHNSON, D. und KAYSER, C. (2005): DR of Congo: Shadow Economies in the „Heart of Darkness“. In: BASEDAU, M. und MEHLER, A. (Hrsg.): Resource Politics in Sub-Saharan Africa, 145-172.

JOHNSON, D. (2008a): Kongo. Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens. – Frankfurt.

JOHNSON, D. (2008b): Vom Schicksal geeint? Nationale Identität und regionale Vielfalt. – In: CHIARI, B. und KOLLMER, D. (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo. – Paderborn et al., 65-71.

KANTEL, V. und PAES, W.C. (2008): Coltan- Der Fluch des ‚schwarzen Goldes‘. – In: SCHULZ, M. (Hrsg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur. – Berlin, 200-213.

KIMMEL, EHRlich und WALTER – zentralafrika.de: DR Kongo. In:

<http://www.zentralafrika.de/Laender/DR-Kongo/>, Zugriff am 31.07.13

KRINGS, T. (1999): Editorial: Ziele und Forschungsfragen der Politischen Ökologie. - In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 1999 (34). Heft 3-4, 129-130.

KRINGS, T. und MÜLLER, B. (2001): Politische Ökologie: Theoretische Leitlinien und aktuelle Forschungsfelder. - In: REUBER, P. und WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. – Heidelberg, 93-117.

KRINGS, T. (2008): Politische Ökologie. Grundlagen und Arbeitsfelder eines geographischen Ansatzes der Mensch-Umwelt-Forschung. In: Geographische Rundschau 60 (2008), Heft 12, 4-9.

KRINGS, T. (2011): Politische Ökologie. - In: GEBHARDT et al. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. –Heidelberg, 1097-1106.

MOYROUD, C. und KATUNGA, J. (2002): Coltan Exploration in Eastern Democratic Republic of the Congo (DRC). – In: LIND, J. und STURMAN, K. Institute for Security Studies (Hrsg.): Scarcity and Surfeit. The ecology of Africa's Conflicts. – Pretoria, 158-185.

MÜNKLER, H. (2004): Die neuen Kriege. - In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Der Bürger im Staat 2004 (4), 179-184.

MUSWAY, D. (2006): Bestechende Lebenskunst. Alltagsriten der Korruption in der DR Kongo. – In: Der Überblick, Nr. 2/2006 (Juni 2006): Korruption: Die Kunst des Stehlens.- Hamburg, 6-9.

NEST, M. (2011): Coltan. – Cambridge, Malden.

NGO Online (2007): "Konfliktverschärfende Rohstoffausbeutung" am Beispiel Coltan. In: <http://www.ngo-online.de/2007/03/20/demokratische-republik-kongo/>, Zugriff am 08.09.13

LE BILLON, P. (2001): The political ecology of war: natural resources and armed conflicts. In: Political Geography 2001 (20), 561-584.

LE BILLON, P. und HOCQUARD, Ch. (2007): Filières industrielles et conflits armés: le cas du tantale dans la region des Grands Lacs. In: Écologie et Politique 34, 83-92.

LE BILLON, P. (2008): Diamond Wars? Conflict Diamonds and Geographies of Resource Wars. In: Annals of the Association of American Geographers 98 (2), 345-372.

PEET, R. und WATTS, M. (1996) (1st ed.): Liberation Ecology: Development, Sustainability, and Environment in the Age of Market Triumphalism. - In: Liberation Ecologies: Environment, Development, Social Movements. - New York, 1-45.

PEET, R. und WATTS, M. (2004) (2nd ed.): Liberating Political Ecology. - In: PEET, R. und WATTS, M. (Hrsg.): Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements. – London, 3-44.

POLE INSTITUTE GOMA (Institut interculturel dans la region des grands lacs) (2002): The Coltan Phenomenon: How a rare mineral has changed the life of the population of war-torn North Kivu province in the East of the Democratic Republic of Congo. – Goma.

Prowildlife (2009): Neuer Coltan-Boom bedroht Gorillas im Kongo. In: http://www.umweltjournal.de/AFA_umweltnatur/16473.php; Zugriff am 08.09.2013

RENO, W. (1998): Warlord Politics and African States. – Rienner.

REUBER, P. (2005): Konflikte um Ressourcen. Ein Thema der politischen Geographie und der politischen Ökologie. - In: Praxis Geographie 2005 (9), 4-9.

REUBER, P. (2012): Politische Geographie. – Paderborn.

- ROBBINS, P. (2003): Political ecology in political geography. – In: Political Geography 22 (2003), 641-645.
- ROBBINS, P. (2005) (2nd ed.): Political ecology - A critical Introduction. – Malden, Oxford, Carlton.
- ROSS, M.L. (1999): The Political Economy of the Resource Curse. - In: World Politics (51/2), 297-322
- ROSS, M. L. (2004a): How Do Natural Resources Influence Civil War? Evidence from Thirteen Cases. - In: International Organization (58), 35-67.
- ROSS, M.L. (2004b): What Do We Know About Natural Resources and Civil War? In: Journal of Peace Research, 41 (3), 337-356.
- ROUTLEDGE, P. (1996): Critical geopolitics and terrains of resistance. - In: Political Geography 1996 (15), 509-531.
- RUSTAD, S.A. und BINNINGSBO, H. M. (2012): A price worth fighting for? Natural Resources and Conflict Recurrence. - In: Journal of Peace Research 2012 (49), 531-546.
- SACHS, J. D. und WARNER, A. M. (2001): Natural Resources and Economic Development. The Curse of Natural Resources. - In: European Economic Review 2001 (45), 827-838.
- SEN, A. K. (1984): Resources, Values and Development. - Oxford.
- SHANIN, T. (ed.) (1970): Peasants and Peasant Societies. – London.
- SHEPPARD, E. und BARNES, T.J. (Hrsg.): A Companion to Economic Geography. – Oxford.
- SHERMAN, J. (2000): Profit vs. Peace: The Clandestine Diamond Economy of Angola. In: Journal of International Affairs 53 (2): 699-719.
- Friedman - Spiegel Online (2009): <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/tulpenwahn-in-holland-wie-die-grosse-gartenhure-investoren-verrueckt-machte-a-639504.html>, Zugriff am 09.08.2013
- STRIZEK, H. (2008): Das autoritäre Regime unter General Joseph Desiré Mobutu: Ein Symbol des Kalten Krieges. – In: CHIARI, B. und KOLLMER, D. (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo, 49-65.
- Sustainable Engineering and Practice:
<http://ee80s.pbworks.com/w/page/3890054/Lab%20The%20social%20Side%20of%20Life%20Cycle%20Analysis>; Zugriff am 20.08.13
- SWITZER, J. (2001): Armed Conflict and Natural Resources: The Case of the Minerals Sector. - In: MMSD Project for Institutional Institute for Sustainable Development (IISD) (2001: 12).

- Tantalum Niobium Study Center: In: <http://tanb.org/>, Zugriff am 20.08.2013;
- TAYLOR, P. J. (1997): Appearances notwithstanding, we are all doing something like political ecology. - In: *Social Epistemology: A Journal of Knowledge, Culture and Politics* 11 (1), 111-127. Online first: 25 March 2013.
- TETZLAFF, R. (2008a): Der Fluch des Rohstoffreichtums: Wirtschaft und Bodenschätze. In: CHIARI, B. und KOLLMER, D. (Hrsg.): *Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo.*- Paderborn et al., 163-172.
- TETZLAFF, R. (2008b): Die Wirtschaftspolitik in der Demokratischen Republik (DR) Kongo unter Joseph Kabila. In: SCHULZ, M. (Hrsg.): *Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur.* –Berlin, 262-276.
- TULL, D. (2008a): Das Kriegsgeschehen im Kongo seit 1994.- In: CHIARI, B. und KOLLMER, D. (Hrsg.): *Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo.*- Paderborn et al., 163-172.
- United Nations Security Council (2013): *Special Report of the Secretary-General on the Democratic Republic of the Congo and the Great Lakes Region, S/2013/119.*
- WALKER, P.A. (2007): *Political Ecology: Where is the politics?* - In: *Progress in Human Geography* 2007 (31/3), 363-369.
- WATTS, M. (1983): *Silent Violence: Food, Famine and Peasantry in Northern Nigeria.* – Berkely.
- WATTS, M. (2000): *Political Ecology.* - In: SHEPPARD, E. und BARNES, T. J. (Hrsg.) *A Companion to Economic Geography.* – Oxford, 257-275.
- WELSCH, H. (2008). *Resource abundance and internal armed conflict: Types of natural resources and the incidence of “new wars”* - In: *Ecological Economics* 2008 (67), 503-513.
- WESSLER, H. W. (2002): *Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun?: Coltan und die deutschen Verwicklungen in Afrikas „Erstem Weltkrieg“,* In: http://www.kongo-kinshasa.de/kommentar/kom_059.php; Zugriff am 08.09.2013;
- Wikipedia: <http://en.wikipedia.org/wiki/Coltan>; Zugriff am 13.08.2013
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2013): *Länderprofil DR Kongo,* In: http://wko.at/aussenwirtschaft/publikation/laenderprofil/lp_CD.pdf; Zugriff am 23.08.2013

8. Abbildungsverzeichnis

Abb.1.: Politisch-ökologisches Dreieck (Quelle: FLITNER 2004: 223)

Abb. 2.: Theoretisch-konzeptionelle Bezüge politisch-ökologischer Analysen (Quelle: KRINGS 2011: 1100)

Abb. 3.: Bewegung der Tantalum-Preise am internationalen Markt von 1960 bis 2010 in Dollar pro Pfund (Quelle: NEST 2011: 11)

Abb. 4.: Die weltweiten Tantalum-Quellen von 2000 bis 2009 in Prozent (Quelle: Tantalum Niobium International Study Center 2010, 13.08.13)

Abb. 5.: Die weltweiten Tantalum-Quellen 2010 (Quelle: NEST 2011: 20)

Abb. 6.: Die inoffiziellen Ressourcen-Basen von Tantalum Ta₂O₅ in Millionen Pfund 2010 (Quelle: Tantalum Niobium International Study Center 2010, 13.08.13)

Abb. 7.: Die Provinzen Nord- und Süd-Kivu mit den Coltan- und Kassiterit-Lagerstätten 2009 (Quelle: Sustainable Engineering and Practice; 20.08.13)

Abb. 8.: Die militärischen Bergbau-Gegenden in den Provinzen Nord-Kivu und Süd-Kivu im August 2009 (Quelle: International Peace Information Service; 20.08.13)

9. Anhang

Abstract Deutsch

Ziel dieser Sekundärliteraturanalyse ist im Kontext der Politischen Ökologie und des in der Literatur beschriebenen Ressourcenfluchs zu untersuchen, in wie weit sich Coltan als Fluch für die DR Kongo erweist. Die Politische Ökologie sieht die Natur als Schlachtfeld divergierender Interessen an, auf welchem von unterschiedlichen Machtverhältnissen geprägte AkteurInnen auf der lokalen, staatlichen und globalen Ebene um Einfluss ringen. In dieser Hinsicht gewinnen auch die breiteren ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Handlungen und ihr historischer Kontext an Bedeutung. Der Ressourcenfluch wiederum bezieht sich auf den negativen Zusammenhang zwischen dem Rohstoffreichtum eines Landes und seinem wirtschaftlichen Wachstum und Wohlstand, wobei ein Reichtum an Rohstoffen aber auch die Wahrscheinlichkeit für Bürgerkriege erhöhen und sich in dieser Hinsicht als Fluch erweisen kann. Unter Beachtung der politischen und sozioökonomischen Situation und der Geschichte der DR Kongo sowie der globalen ökonomischen Einflüsse wird der Kontext für den Coltan-Abbau geschaffen. Überdies erfolgt eine Herausarbeitung der Rolle von Coltan im Bürgerkrieg. Mit Hilfe der Beschreibung der informellen artisanalen Abbau-Methoden und des Lebens in den Coltan-Minen werden die sozialen und ökologischen Konsequenzen für die Bevölkerung erforscht.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass der Coltan-Abbau sowohl durch die ökonomischen, politischen Handlungen auf der staatlichen und globalen Ebene in der Vergangenheit und Gegenwart verursacht wurde und vor allem auf der lokalen Ebene soziale und ökologische Auswirkungen hat. Der Fluch der Ressourcen zeigt sich dennoch sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Situation als auch in Bezug auf Coltans Rolle im Bürgerkrieg.

Abstract English

Political ecology's main focus lies on analysing the complex relationship between nature and society. In respect thereof, a major emphasis is put on conflicts about natural resources. For political ecologists nature represents a battleground on which various collective or individual actors on the global, national, regional or local scale, who characterize themselves by diverse social, economic and political interests, struggle for influence. Therefore, an action-oriented problem analysis attempts at incorporating these broader social, economic and political contexts and pays attention to the historical dimension. The so-called resource-curse refers to the negative relationship between resource wealth and a country's economic growth on the one hand and possibly between resource wealth and a country's social wealth on the other. Resource wealth can nevertheless also enhance a country's likelihood for civil wars and can prove to be a curse in this way. Within the scope of the interdisciplinary research field of political ecology and the resource curse this secondary literature analysis concerns itself with the question, in how far Coltan proves to be a curse for the country.

By paying attention to the DR Congo's present political and socioeconomic situation as well as to the political history and the wider global economic forces interested in Coltan, the aforementioned context for Coltan mining is established. What is more, Coltan's role in the second Congolese war is illustrated as it contributed to the rebels' financial funding. The depiction of the Creuseur's lives in the small-scale and artisanal mines as well as the mining methods should provide insights into the mining conditions and its social consequences.

Overall, the analysis has shown that Coltan-exploitation has been influenced by the broader economic and political context on the global and national scale and has considerable social and ecological consequences. The resource-curse shows itself not only in terms of the poor socioeconomic parameters at the national scale, but also in terms of coltan's contribution to conflict.

LEBENS LAUF

VERENA KARLSBÖCK

02.12.1988 in Rohrbach

Staatsbürgerschaft: Österreich

SCHULBILDUNG/ STUDIUM

2007-2013	Universität Wien: Lehramt Englisch/ Geographie und Wirtschaftskunde
2011	University of Aberdeen (ERASMUS-Stipendium)
1999-2007	BG/BRG Rohrbach (Französisch ab der 3. Klasse) mit gutem Erfolg abgeschlossen
1995-1999	Volksschule Sarleinsbach

BERUFSERFAHRUNG/ PRAKTIKA

2012-2013	Lernhilfe Interface: Lernmotivation und Vermittlung von Lernstrategien, Indirekter Spracherwerb durch Festigung des Regelschulstoffes;
08/09 2010-2011	Nachhilfeinstitut Schülerhilfe Rohrbach: Sommer-Nachhilfelehrerin für Englisch
07/08 2010-2012	Oberösterreichische Kinderfreunde: Ferienlager-Betreuung
Juli 2008	Kaplan Aspect English Language School Cambridge: 4-wöchiges Praktikum an der Rezeption
Jul.06/05/04	ARCUS Sozialnetzwerk GmbH – geschützte Werkstätte für Menschen mit psychosozialen Betreuungsbedarf; Ferialpraktikum

ZUSATZAUSBILDUNG UND KENNTHNISSE

- Ausbildung zur Schibegleitlehrerin für eine Wintersportwoche (USI-Wien)
- Koordinatorin für Berufsorientierung (Institut für Geographie und Regionalforschung)
- Sprachen: Englisch (CAE), Französisch, Latein, Spanisch (Grundkenntnisse)

EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN

- Leiterin einer Mädchengruppe bei der katholischen Jungschar Sarleinsbach (2004-2010)
- Mitglied im Pfarrbüchereiteam Sarleinsbach (2002-2011)